Wie Greenpeace die Energiewende schönreden lässt S. 7

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

Nr. 28 – 14. Juli 2012

Einzelverkaufspreis: 2,40 Euro

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Lässt er der Mahnung gegebenenfalls Taten folgen?: Horst Seehofer gibt sich im Gespräch mit der Presse kämpferisch Bild: pa

Seehofer pokert hoch

CSU-Chef macht sich zum Anwalt deutscher Interessen – er wird liefern müssen

Der bayerische Ministerpräsident besteht auf „roten Linien" bei der Euro-Rettung. Damit hat er sich weit vorgewagt.

Horst Seehofer pokert hoch: Wenn die von ihm gezogenen Linien bei der Euro-Rettung überschritten würden, will der CSU-Chef und bayerische Ministerpräsident die Koalitionsfrage stellen. Seine Grenzen seien klar: Keine Anhebung der deutschen Haftungsobergrenze, Garantien und Zahlungen nur bei Reformen als Gegenleistung, Hilfen an Banken nur unter Auflagen.

Was Seehofer antreibt, kann in Umfragen nachgelesen werden. Kommenden Herbst wählen die Bayern einen neuen Landtag. Derzeit liegt die CSU bei 43, der Koalitionspartner FDP gar nur bei zwei Prozent. Erstmals seit Jahrzehnten droht den Christsozialen die Oppositionsrolle im Freistaat. Eine Horrorvision für die machtgewohnte Partei. Aus Umfragen weiß Horst Seehofer auch, dass es nach den Anhängern der FDP die Wähler der Union sind, die den bodenlos erscheinenden Euro-Bemühungen besonders skeptisch gegenüberstehen. Denen muss er etwas bieten.

Fraglich bleibt, wie viel die gezogenen Linien in der Praxis wert sind: Haftungsobergrenzen? Seehofer kritisiert zwar die jüngsten Brüsseler Gipfelbeschlüsse, unterstützt aber nach wie vor den „dauerhaften Rettungsschirm" ESM. Doch genau der ist so verfasst, dass eine Erhöhung der deutschen Haftungssumme sehr wohl möglich ist. Die „Reformen als Gegenleistung" werden gerade systematisch aufgeweicht, dem politischen Bedarf und der Stimmung in den Krisenländern angepasst. Hier müsste Seehofer schon konkreter werden, um wirklich glaubwürdig zu erscheinen. Das Gleiche gilt für die „Auflagen" bei Bankenhilfen.

> In der CSU kursieren Ideen zur Spaltung von Deutschland

Politisch entscheidend aber ist nicht, was Seehofer genau gesagt hat, sondern die öffentliche Wahrnehmung. Und hier macht sich der CSU-Chef zum Wächter deutscher Interessen gegen Ausplünderung. Schon bald könnte er in die Lage kommen, dass alle Augen auf ihn gerichtet sind und er liefern muss. Dann wird es spannend, denn sollte er dann versuchen, sich in Hintertürchen zu flüchten, würde sich die zur Schau gestellte Schneidigkeit brutal gegen ihn selbst richten.

Seehofers Offensive ist Ausdruck tiefer Verunsicherung. Wie weit die in der CSU mittlerweile geht, zeigt ein neues Buch aus der Feder des langjährigen Chefredakteurs des Parteiorgans „Bayernkurier", Wilfried Scharnagl. „Bayern kann es auch allein" lautet der demnächst erscheinende Titel des CSU-Vordenkers und früheren Vertrauten von Franz Josef Strauß. Darin plädiert Scharnagl für einen eigenständigen bayerischen Staat, damit Bayern nicht weiter für Deutschland und Europa zahlen müsse. Die CSU-Führung nimmt das Buch mit einem Vorwort von Peter Gauweiler „wohlwollend" auf, heißt es. Eine bittere Ironie: Statt Europa zu vereinen, lässt der Euro nun Phantasien sprießen, wie man Deutschland (wieder) spalten kann. *Hans Heckel*

JAN HEITMANN:

Scheinheilig

Nicht einmal eine Minute benötigte der Bundestag, um das neue Meldegesetz durchzuwinken. Zu später Stunde, bei fast leerem Plenarsaal und ohne Aussprache. Im Nachhinein wird ihnen ganz plötzlich bewusst, was sie da angerichtet haben. Selbst Abgeordnete der Regierungsparteien schwingen sich nun zu Rettern der Bürgerrechte auf. Sie kündigen Widerstand gegen das Gesetz an und hoffen, dass der Bundesrat es zu Fall bringt und so den staatlichen Datenhandel verhindert.

Als wäre die Pflichtvergessenheit unserer „Volksvertreter" bei der Abstimmung nicht schon beschämend genug, ist ihre jetzt gespielte Aufregung der Gipfel der Scheinheiligkeit. Nicht nur, weil sie sich lieber das Fußballspiel gegen Italien angesehen haben, statt gegen dieses tiefgreifende Gesetz zu stimmen. Jede Fraktion hätte die Möglichkeit gehabt, die Abstimmung auf einfachem Wege zu verhindern. Von 620 Abgeordneten waren gerade einmal 30 bei der Abstimmung anwesend. Ein Antrag auf Feststellung der Beschlussfähigkeit hätte genügt, und die Abstimmungsfarce wäre gescheitert. Doch das widerspreche den parlamentarischen Gepflogenheiten, lassen die Fraktionen unisono verlauten. Und die wiegen offenbar schwerer als die Interessen der Bürger.

Wenigstens eines ist an der Sache tröstlich: Was die Medien im Zusammenhang mit dem Euro-Irrsinn nicht können, wollen oder dürfen, ist ihnen hier gelungen. Sie haben den Finger so schmerzhaft in die Wunde gelegt, dass die Politik ihr klägliches Verhalten nicht verschleiern kann und zurückrudern muss. Ein Lehrstück für das Versagen der Ersten Gewalt und den Wert der sogenannten Vierten Gewalt für die Demokratie.

»Immer der gleiche Ablauf«

Sinn benennt Masche, mit der das Volk für dumm verkauft wird

Getretene Hunde bellen. Entsprechend heftig, ja feindselig fällt die Reaktion des politischen Establishments und seiner Claqueure auf die Warnung von Hans-Werner Sinn und mehr als 200 weiterer Wissenschaftler vor einer Vergemeinschaftung der Bankenschulden aus. Der Leidensdruck muss in der Wirtschaftswissenschaft schon ziemlich groß sein, dass – eine Ausnahme im ansonsten traditionell eher staatskonformen deutschen Wissenschaftsbetrieb – ein Großteil der entsprechenden Fachdisziplin sich eine politisch unkorrekte Kritik der Stammtische an einer Handlungsweise der politischen Klasse zu eigen macht.

Sinn hat zusammen mit Walter Krämer auf – um im Bild zu bleiben – das Gebell der getretenen Hunde reagiert und in der „Frankfurter Allgemeinen" noch einmal nachgelegt.

> Verteidigung gegen Kritik an Warnung

In dem lesenswerten Beitrag setzt er sich unter anderem mit der Kritik auseinander, die mit den Worten des Bundesfinanzministers wie folgt lautet: „Im Kern geht es ja nicht darum, die Haftung zu vergemeinschaften, sondern eine gemeinsame Aufsicht in Europa zu schaffen."

Sinn und Krämer antworten darauf, der Ablauf sei immer der gleiche: Erst würden die Deutschen mit dem „Placebo" der politischen Schranken und Verhaltensmaßregeln bewogen, das Portemonnaie zu zücken. Danach aber würden sie bedrängt, auf die Schranken und Regeln zu verzichten. Ungläubig formulieren Sinn und Krämer: „Das Spiel hat sich mittlerweile so häufig wiederholt, dass wir nicht verstehen, woher die deutsche Regierung und einige unserer Kollegen die Hoffnung nehmen, dieses Mal könnte alles anders sein." Die Frage, ob diese Hoffnung wirklich besteht oder dem Publikum nur vorgegaukelt wird, lassen die beiden unerörtert. *Manuel Ruoff*

Signal an die Vertriebenen

Bayerischer Landtagsausschuss fordert Gedenktag

Der Sozialausschuss des Bayerischen Landtags hat einstimmig für die Einführung eines „Nationalen Gedenktages für die Opfer von Flucht und Vertreibung" am 5. August gestimmt. Damit folgten die Abgeordneten einem Dringlichkeitsantrag der Fraktion der Freien Wähler. Die Bayerische Staatsregierung solle so „in ihrem Bemühen unterstützt werden, sich nach ihren Möglichkeiten dafür einzusetzen, dass der Beschluss des Bundestages vom 8. Februar 2011 möglichst bald – spätestens bis Ende des Jahres 2012 – umgesetzt wird, so der Antrag. Außerdem solle die Bundesregierung prüfen, ob der 5. August als bundesweiter Gedenktag für die Opfer von Vertreibung geeignet sei. Der Bundestag hatte seinerzeit nach einer teilweise emotional geführten Debatte den Antrag der Koalitionsfraktionen zu „60 Jahre Charta der deutschen Heimatvertriebenen" beschlossen.

> Entscheidung nach konstruktivem Dialog

Darin werden die Charta als „wesentlicher Meilenstein auf dem Weg zur Integration und Aussöhnung" und die Verdienste der Vertriebenen nach dem Zweiten Weltkrieg gewürdigt und ein Gedenktag angeregt. Die Charta der Heimatvertriebenen war am 5. August 1950 unterschrieben und einen Tag später in Stuttgart-Bad Cannstatt verkündet worden.

Anders als die Beratung im Bundestag habe die Aussprache im bayerischen Sozialausschuss „in einem konstruktiven Dialog" stattgefunden, so Peter Bauer, der sozialpolitische Sprecher der Freien Wähler. Dabei seien sowohl die Vorstellungen der CSU als auch der Grünen eingeflossen. Bernhard Pohl, stellvertretender Fraktionssprecher und Sprecher für Vertriebenenpolitik, erklärte den Antrag seiner Fraktion damit, dass man diesen Gedenktag den Menschen schuldig sei, die im Zuge von Flucht und Vertreibung „unglaubliches Leid erdulden mussten und ihre Heimat verloren haben". *(siehe Kommentar Seie 8)* *Jan Heitmann*

MELDUNGEN

Vera Lengsfeld VOS-Vorsitzende

Berlin – Der Landesverband Berlin-Brandenburg der Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. (VOS) hat die DDR-Bürgerrechtlerin und *PAZ*-Autorin Vera Lengsfeld zu seiner Landesvorsitzenden gewählt. Lengsfeld erklärte, es sei ihr Ziel, den Verfolgten der kommunistischen Gewaltherrschaft mehr als bisher eine Stimme in der Öffentlichkeit zu geben. Dazu gehöre vorrangig das Bemühen um eine Veränderung des Opferrentengesetzes. Für die kommenden Monate sind mehrere öffentlichkeitswirksame Aktionen und Veranstaltungen zur Vertiefung des antitotalitären Konsenses in der Gesellschaft geplant. Die VOS wurde 1950 in Berlin gegründet. Sie ist der älteste und größte Opferverband und vereint tausende Opfer der SED-Diktatur und deren Sympathisanten. *J.H.*

Acta endgültig ad acta gelegt

Straßburg – Das Europäische Parlament hat das umstrittene internationale Handelsabkommen für einen verstärkten Schutz vor Produktfälschung und Markenpiraterie (Acta) gestoppt. Gegen den völkerrechtlichen Vertrag, den bereits die EU-Kommission und zehn Staaten unterzeichnet hatten, hatte es heftigen Widerstand vor allem in Deutschland und Osteuropa gegeben (siehe *PAZ* Nr. 6). Kritiker hatten vor einen Eingriff in die Privatsphäre der Internetnutzer, einer gravierenden Einschränkung der Informations- und Meinungsfreiheit sowie einem politischen Missbrauch der Regeln zur Internetzensur gewarnt. So sah Acta vor, dass die Internetdienstanbieter den Datenverkehr ihrer Kunden überwachen, Verstöße den Behörden melden und nach drei Verstößen den Internetzugang sperren sollen. Der Bundesverband der Deutschen Industrie will sich mit dem endgültigen Aus von Acta nicht abfinden. Er fordert ein reduziertes Abkommen, das sich auf den „unstrittigen Teil“ des Vertrages konzentriere. *J.H.*

Ägypten im »verfassungsmäßigen Koma«

Neuer Präsident fordert mit Wiedereinsetzung des Parlaments das Militär heraus und sorgt für Instabilität

Kaum im Amt, fordert Mursi mit der Wiedereinberufung des vom Militärrat aufgelösten Parlaments die Generale heraus. Der Militärrat kam zu einer Dringlichkeitssitzung zusammen; wie er weiter vorgehen wird ist unklar. Auch das Verfassungsgericht will Mursis Schritt prüfen. Ägypten droht, im politischen Chaos zu versinken.



Gibt sich siegessicher: Präsident Mohammed Mursi, umgeben von Bodyguards, bei einer Rede auf dem Tahrirplatz *Bild: action press*

Das Parlament war nach einer Entscheidung des Verfassungsgerichts vor einem Monat vom Militärrat aufgelöst worden, weil ein Drittel seiner Mitglieder unabhängige Kandidaten sein sollten. Die Muslimbruderschaft hatte über diese Listen jedoch ihre eigenen Kandidaten ins Parlament geschleust und so 50 Prozent der Abgeordnetensitze erringen können. Mit der Wiedereinberufung des von Islamisten dominierten Parlaments setzt sich Mursi über die Entscheidung von Verfassungsgericht und Militärrat hinweg und holt damit zum ersten Gegenschlag im Machtkampf mit den Generalen aus.

In seinem Erlass ordnete er laut einem Bericht der amtlichen Nachrichtenagentur Mena zudem die Wahl eines neuen Parlaments binnen 60 Tagen nach der Annahme einer neuen Verfassung an. Eine neue Verfassung ist jedoch noch nicht einmal geschrieben. Die Verfassungsgebende Versammlung wurde erst kurz vor der Präsidentschaftswahl per Verordnung des Militärrates wieder eingesetzt, nachdem die Zusammensetzung auch dieses von der Muslimbruderschaft dominierten Gremiums im April vom Verfassungsgericht zunächst für ungültig erklärt worden war. Die Ausarbeitung und Verabschiedung der neuen Verfassung wird nicht vor Jahresende erwartet.

Mit seiner Entscheidung, das Parlament wieder einzuberufen, löst Mursi eine neue Welle der Instabilität in Ägypten aus, nachdem viele geglaubt hatten, mit seiner Einsetzung sei nun eine Phase der Beruhigung eingetreten und das Land könne sich nun endlich seinen drängenden alltäglichen Problemen widmen. Viele Beobachter glauben nun, dass damit schon jetzt die lange Zeit erwartete entscheidende Phase im Kampf zwischen der militärischen und der religiösen Klasse in Ägypten begonnen hat. Während bis zur Wahl des neuen Präsidenten das Militär die Gunst der Mehrheit der Bevölkerung hinter sich hatte, könnte es diesmal jedoch anders ein. Denn diesmal könnten die Generale den Kürzeren ziehen, da sie es mit einem mit einer – wenn auch nur hauchdünnen – Mehrheit gewählten Präsidenten zu tun haben. Allerdings verfügen die Militärs in Ägypten nicht nur über die Kontrolle des Sicherheitsapparates, sie dominieren auch dank eines Netzes von Unternehmen 40 Prozent der Wirtschaft des Landes am Nil.

> Erster Schlag im Kampf um die Herrschaft zwischen der militärischen und der religiösen Klasse

Während Mitglieder der islamistischen Muslimbruderschaft, der Mursi selbst angehört, den Schritt begrüßten, übte der ägyptische Friedensnobelpreisträger Mohammed El Baradei, der als möglicher neuer Premierminister gehandelt wird, im Kurznachrichtendienst Twitter deutliche Kritik: Der Erlass des Präsidenten führe das Land „in ein verfassungsmäßiges Koma“ und lähme die wichtigsten staatlichen Institutionen, so die deutlichen Worte Baradais. Die Bekanntgabe der neuen Regierung, eigentlich die erste Aufgabe des neuen Präsidenten, dürfte nun wieder für längere Zeit blockiert sein.

Wenige Stunden vor der Bekanntgabe von Mursis Entscheidung hatte US-Vizeaußenminister William Burns Mursi bei einem Treffen eine Nachricht von US-Präsident Barack Obama übergeben. Darin bekräftigte Obama die „neue Partnerschaft“ mit Ägypten und lud Mursi für September zu Gesprächen ins Weiße Haus ein. Diese Geste war notwendig geworden, nachdem in Washington Zweifel an der Vertragstreue des neuen, islamistischen ägyptischen Präsidenten bezüglich des Friedensvertrages mit Israel aufgekommen waren. *Bodo Bost*

Die Schulden-Uhr: Steuergedenktag

Politik und Verwaltung sind in der Bundesrepublik Deutschland derart verschwenderisch, dass die Schulden steigen, obwohl die Abgaben zunehmen. Vergangenen Sonntag war „Steuerzahlergedenktag“. Bis zu jenem 8. Juli um 5.20 Uhr haben die deutschen Steuerzahler rein rechnerisch für den Fiskus und die sozialen Sicherungssysteme gearbeitet. Die Abgabenlast liegt in diesem Jahr bei fast 52 Prozent. Das gab der Bund der Steuerzahler bekannt. Er geht bei seiner Berechnung von einem Anstieg der Steuerlastquote um 0,5 Prozentpunkte und der Soziallastquote um 0,1 Prozentpunkte aus. Der Trend des Vorjahres mit insbesondere weiter steigender Steuerlast wird sich damit auch in diesem Jahr fortsetzen. *M.R.*

2.043.145.997.391 €

Vorwoche: 2.042.337.084.755 €
Verschuldung pro Kopf: 24.977 €
Vorwoche: 24.967 €

(Dienstag, 10. Juli 2012, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Unterdrückte wehren sich

Schwarzafrikaner haben den Süden Libyens unter Kontrolle

Der seit dem Sturz von Langzeitmachthaber Gaddafi im letzten Jahr amtierende Übergangsrat (NTC) hat Libyen nicht im Griff, die eigentlichen Beherrscher des Landes sind die vielen oft islamistischen Milizen, die sich gegenseitig bekämpfen. Der Zerfallsprozess Libyens nimmt ständig größere Dimensionen an. Nach der Autonomieerklärung der Cyrenaika im Osten des Landes zu Beginn des Jahres haben nun die schwarzafrikanischen Stämme des Fezzan im Süden Libyens, die Tubus, zu den Waffen gegriffen und verteidigen ihre Region, die fast die Hälfte des libyschen Territoriums umfasst, gegen die Streitkräfte der Übergangsregierung. Diese kontrolliert nur noch die beiden größten Städte der Region, Kufra und Sebha. Nach einem Bericht des Fernsehsenders „France24“ haben die Tubu-Rebellen die Kasernen der alten libyschen Armee an der Grenze des Tschad erobert und bedienen sich nun aus den reichen Waffen-Arsenalen.

In den 42 Jahren seiner Herrschaft hatte Gaddafi auch ein groß angelegtes Umsiedlungsprogramm in die Wege geleitet, um den schwarzafrikanischen Süden Libyens zu arabisieren. So sind in den beiden Oasenstädten Kufra und Sebha große Mengen von hellhäutigen Arabern angesiedelt worden, die diesen einst schwarzafrikanischen Städten ein arabisches Gesicht verliehen haben. Gegen dieses massive Umsiedlungsprogramm hatte sich schon seit Jahren der Widerstand der Tubus gebildet, der jedoch immer wieder erstickt wurde. Nach einem Aufstand der Tubus im Jahre 2009 hatte Gaddafi ihnen die libysche Staatsangehörigkeit aberkennen lassen und sie zu Bürgern zweiter Klasse gemacht. Der Süden Libyens ist zwar sehr dünn besiedelt, aber große Teile des libyschen Erdöls lagern in der Nähe von Sebha; deshalb war hier bereits im April ein erster Aufstand der Tubus am internationalen Flughafen der Stadt niedergeschlagen worden. Die Tubus haben die Stadt jetzt weitgehend verlassen und sind zu ihren Stammesbrüdern in die Wüste geflüchtet. Auch die Oase Kufra haben die Tubustämme weitgehend verlassen, nachdem bei Kämpfen zwischen den beiden Volksgruppe in den letzten Wochen mindestens 50 Menschen getötet worden waren. Die Tubukrieger finanzieren sich hauptsächlich aus den Erlösen vom Schmuggel und dem einträglichen Menschenhandel zwischen Schwarzafrika und Europa, der durch das Gebiet verläuft. Aus diesem Grund dürfte auch die EU, die einst Gaddafi Milliarden für die Eindämmung des Menschentransits durch Libyen anbot, ein Interesse am Ausgang des Aufstandes der Schwarzafrikaner haben.

> Übergangsrat beherrscht nur noch zwei Städte

Um den von der Nato unterstützten Aufstand gegen seine Herrschaft niederzuschlagen, hatte Gaddafi Zigtausende schwarzafrikanischer Söldner für seine Armee anwerben lassen, die nach seinem Tod vielfach verfolgt wurden. So wurde die von schwarzafrikanischen Libyern bewohnte Küstenstadt Tawergha, von wo aus Gaddafi die Belagerung von Misrata aus gesteuert hatte, nach dem Sturz Gaddafis von den Rebellen eingenommen und die Bevölkerung vertrieben. Tawergha ist heute eine Geisterstadt, seine Bewohner leben nach Angaben von Amnesty International in Flüchtlingslagern in ganz Libyen. *B.B.*

Abbau Fehlanzeige

Griechenlands Beamte werden nicht weniger

Ungünstiger hätte es die neue griechische Regierung nicht treffen können. Kaum war die Forderung nach Nachverhandlungen der bisherigen Spar- und Reformvereinbarungen an die internationalen Geldgeber der „Troika“ formuliert, tauchte in der griechischen Presse ein Bericht über massive Tricksereien beim Personalabbau im öffentlichen Dienst in Griechenland auf. Damit nicht genug, die Informationen dazu sollen auch noch von einem Informanten aus den Reihen des Internationalen Währungsfonds (IWF) stammen: „Während die Regierung Gesetze zur Reduzierung der Beamtenstellen verabschiedete, ließ sie die Leute durch die Hintertür wieder herein“, zitierte die griechische Zeitung „To Vima“ einen namentlich nicht genannten Vertreter des IWF. Bei 40025 Staatsbediensteten, die im vergangenen Jahr pensioniert wurden, hätte gemäß den Vereinbarungen lediglich jede fünfte frei werdende Stelle neu besetzt werden dürfen. Statt der erlaubten 8000 sollen allerdings 16711 Neueinstellungen erfolgt sein.

> Kommunen legten sogar noch zu

Völlig außer Kontrolle geraten ist anscheinend der Personalabbau bei den griechischen Kommunen. Ein im Jahr 2010 im Parlament verabschiedeter Plan sollte bei den Personalkosten Einsparungen in Höhe von 1,2 Milliarden Euro erbringen. Zwischenresultat des als „Jahrhundertwerk“ gefeierten Sparprogramms: In den Kommunalverwaltungen stieg die Zahl der Beschäftigten im vergangenen Jahr von 93194 auf 97788. Das ursprüngliche Ziel, insgesamt 150000 Stellen im öffentlichen Dienst Griechenlands einzusparen, dürfte damit erst einmal in weite Ferne gerückt sein. Vom IWF wurde unterdessen dementiert, dass es sich bei dem veröffentlichten Material um Informationen aus dem eigenen Haus handele und dass der Bericht zutreffend sei. Die Zeitung „To Vima“ konnte sich bei ihrem Bericht allerdings auf einen hochkarätigen Kronzeugen berufen: Interims-Finanzminister Giorgos Zannias bestätigte, dass die Zahl der griechischen Beamten nahezu gleich geblieben sei. *N.H.*

Komödie auf dem Golfplatz

Von Theo Maass

An vielen staatlich alimentierten „Gegen-Rechts"-Programmen laben sich linksextreme Existenzen, das ist bekannt. Weniger bekannt ist, dass auch andere skurrile Gestalten sich als Trittbrettfahrer solchen Engagements betätigen. Am 18. August 2012 findet ein „Golfen gegen Rechts" statt. Das Programm stammt nicht aus einer Kabarettveranstaltung.

Schirmherr ist der Innenminister von Mecklenburg-Vorpommern, Lorenz Caffier. Der CDU-Politiker hätte eigentlich Grund, sich ganz fest an die eigene Nase zu fassen und die eigene Vergangenheit als Mitglied einer Blockpartei im Rahmen der „Nationen Front" der DDR aufzuarbeiten. Stattdessen tut er sich als Retter der Demokratie hervor bei einer als „Reiche-Leute-Sport" angesehenen Disziplin.

Auch der Geschäftsführer der ausrichtenden Ferienanlage „Land Fleesensee" Detlev Fricke hat bereits Spuren hinterlassen in Sachen Demokratie und Toleranz. Mitte der 90er Jahre betätigte sich der FDP-Mann häufig als Präsident der Berliner Landesparteitage. Seit dieser Zeit ist er verschiedenen Delegierten in unguter Erinnerung. Fricke gefiel sich darin, ihm unangenehme Parteitagsdelegierte als Redner unter Verballhornung ihres Nachnamens anzukündigen. So wurde aus dem damaligen Vorsitzenden der FDP Berlin-Neukölln Axel Hahn der Delegierte „Harn".

Aber auch die Ferienanlage „Land Fleesensee" selbst ist derweil ins Gerede gekommen – nicht etwa wegen des beabsichtigten Golfturniers. Der NDR berichtete mehrfach über finanzielle Schwierigkeiten der Anlage, die durch Fonds des Finanzdienstleisters AWD und seines Mutterkonzern Swiss Life finanziert wurde. Jutta Meissner (59), AWD-Kundin, sagte dem Sender: „Ich habe Zeit meines Lebens als Altenpflegerin gearbeitet, mit dem Gehalt konnte ich nie große Sprünge machen. Vor elf Jahren ist dann mein Vater gestorben, er hat mir 100 000 Mark vererbt ... Der AWD-Berater riet mir, das Geld anzulegen ... Ein Teil des Geldes war noch angelegt in Bundesschatzbriefen. Dummerweise habe ich mir die ausbezahlen lassen, und die Beträge in verschiedene Fonds investiert, 40 000 Mark in den geschlossenen Fonds Fleesensee ... Über das Risiko oder einen Totalverlust wurde praktisch nicht gesprochen."

Bringe ich das jetzt richtig zusammen? Eine ehemalige DDR-Blockflöte, ein bei Parteifreunden wegen seiner einseitigen Versammlungsleitung berüchtigter „Liberaler" und seltsame Finanzjongleure als Retter unserer Demokratie und Zeichensetzer für „mehr Toleranz". Wer hat sich diese Komödie ausgedacht? Die NPD?

Drehkreuz nach Posemuckel

Der neue Berliner Großflughafen droht auch nach Fertigstellung ein Debakel zu werden



Hier geht bald so gut wie gar nichts mehr. Das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig verhandelt zur Zeit erneut über Klagen gegen die Baugenehmigung für den Hauptstadtflughafen: Schalter im Terminal auf der Baustelle des Flughafens Berlin-Brandenburg (BER)
Bild: Michael Gottschalk/dapd

Ausgeuferte Baukosten und die mehrfach verschobene Eröffnung werden für gewöhnlich mit dem Desaster um den neuen Berliner Hauptstadtflughafen BER in Verbindung gebracht. Das eigentliche Debakel könnte allerdings erst nach der Flughafeneröffnung hereinbrechen, im Extremfall könnte sogar die Schließung drohen.

Die Empörung war groß, als Renate Künast im vergangenen Berlin-Wahlkampf forderte, der neue Flughafen solle kein Luftverkehrsdrehkreuz, sondern nur ein Regionalflughafen werden. Allen Beteiligten des damaligen Streits hätte ein Blick auf die Zahlen der Berliner Flughäfen gutgetan: Die Wahrscheinlichkeit, dass sich BER als internationales Drehkreuz durchsetzt, sind denkbar gering – Berlin ist zur Hochburg der Billigfliegerei avanciert.

Die fetten Jahre in der Luftfahrt sind erst einmal vorbei und Berlin hat sie verschlafen. Sollte der Flughafen im kommenden Jahr fertig werden, wird er zu einem Zeitpunkt an den Start gehen, an dem sich die Luftfahrtbranche in einer tiefen Krise befindet. Der internationale Branchenverband IATA sieht auf Europas Fluggesellschaften allein in diesem Jahr Verluste von 1,1 Milliarden US-Dollar zukommen. Roland Busch, Finanzchef des Lufthansa-Ressorts „Passage", sieht hier die Flughäfen in der Pflicht, deren Gebühren zu hoch seien, auch in Berlin.

Damit nicht genug: Die Flughäfen Tegel und Schönefeld bringen in die Branchenkrise noch ein hausgemachtes Problem mit. Bereits im Jahr 2009 hatte Frank Welskop in seinem Buch „BBI - ein neuer Berliner Bankenskandal?" auf eine regelrechte „Umsatzkatastrophe" der Berliner Flughäfen hingewiesen. Seine damals analysierten Geschäftszahlen haben sich inzwischen weiter verschlechtert.

Worin das Berliner Dilemma besteht, macht ein Vergleich mit den Flughäfen Frankfurt und München deutlich, mit denen sich Berlin so gern messen will: Die Frankfurter erzielten im vergangenen Jahr einen Umsatz von 42,55 Euro pro Fluggast, München immerhin 25,13 Euro. Die beiden Berliner Flughäfen feierten zwar mit 24 Millionen Fluggästen einen neuen Rekord, schaut man sich aber die Umsätze an, dann ist das Attribut „unterirdisch" naheliegend: Magere 10,96 Euro pro Fluggast. Damit spielt Berlin in einer Liga mit Regionalflughäfen für Billigflieger wie Frankfurt/Hahn oder Paderborn. Der Durchschnittsumsatz aller deutschen Verkehrsflughäfen beträgt 25 Euro.

> Was, wenn die EU Dauer-Subventionen verbietet?

Nahezu bedeutungslos ist inzwischen auch die Luftfracht in Berlin: Im Planfeststellungsantrag für BER wurden für das Jahr 2010 noch 230 947 Tonnen prognostiziert – tatsächlich umgeschlagen wurden in dem Jahr nur 31 696 Tonnen, Luftpost inklusive. Verschärft durch die Kreditkosten für den Bau des neuen Flughafens taucht in der Berliner Jahresbilanz 2011 den mageren Umsätzen entsprechend auch ein Minus von 74 Millionen Euro auf, in Frankfurt/Main hingegen ein Plus von 250 Millionen. Mit nur doppelter Passagierzahl erzielte Frankfurt im Vergleich zu Berlin den vierfachen Umsatz und im Unterschied zu den Berlinern auch einen Gewinn.

Die Passagiergruppe, die in Berlin fehlt, die aber einen Flughafen erst zum wirklichen Drehkreuz und zum Gewinnbringer macht, sind die Umsteigepassagiere: In Frankfurt/Main liegt deren Anteil bei 50 Prozent, in München bei 40 Prozent – Berlin bringt es auf fünf Prozent. Die Zahl ist auch kaum verwunderlich: Am Gesamtangebot haben Interkontinentalverbindungen in Berlin nur einen Anteil von drei Prozent. Es besteht kaum ein Anlass dafür, einen Zubringerflug nach Berlin zu besteigen, um dann von hier aus in die weite Welt aufzubrechen. Bisheriges Alleinstellungsmerkmal Berlins ist eine Direktverbindung nach Ulan-Bator, und selbst die ist regelmäßig im Gespräch, nach Frankfurt/Main verlegt zu werden – der besseren Anbindung für Umsteiger wegen.

Die Berliner Hoffnungen auf Erhöhungen der Einnahmen liegen im sogenannten Non-Aviation-Bereich: Erkennbar sein wird das im neuen Hauptterminal an den endlosen Einkaufsflächen, durch die die Passagiere künftig vor dem Einstieg in den Flieger geschleust werden sollen: Ob die in Berlin dominierenden Passagiere von Billig- und Kurzstreckenflügen den erhofften Umsatzsprung auslösen, ist fraglich. Ebenso die Hoffnung auf die Fluglinie Air Berlin: Die wollte in Berlin ein Drehkreuz mit möglichst vielen Umsteigepassagieren einrichten, steht nun aber selbst in den roten Zahlen und vor ungewissen Zukunftsaussichten.

Dem neu ins Boot geholten arabischen Großaktionär Etihad Airways dürfte mehr daran gelegen sein, sein eigenes Drehkreuz in Abu Dhabi mit Zubringerflügen von deutschen Flughäfen zu füttern, als in Berlin einen konkurrierenden Standort großwerden zu lassen.

Sollte ein fundamentaler Wandel bei den Geschäftszahlen des Berliner Luftverkehrs allerdings ausbleiben, dann wird sich schon bald die Frage nach einer laufenden Subventionierung stellen: Den ausgeuferten Bau- und Kreditkosten werden die mageren Einnahmen gegenüberstehen. Eine dauerhafte Subventionierung des Flughafenbetriebs ist angesichts der Haushaltslagen in Berlin und Brandenburg kaum denkbar. Ebenso wenig, dass die EU angesichts ihrer bisherigen Rechtsprechung derartiges überhaupt dulden würde. Im Extremfall könnte dann drohen, was vielen aktuell noch undenkbar erscheinen mag: Eine Region Berlin-Brandenburg, die statt eines internationalen Drehkreuzes überhaupt keinen eigenen Verkehrsflughafen mehr besitzt. *Norman Hanert*

»Es wird neue Ruinen geben«

Brandenburg: Scheidender Landesdenkmalschützer kritisiert Politik

Im August wird Franz Schopper feierlich in das Amt des Direktors des Brandenburgischen Landesamtes für Denkmalpflege eingeführt, doch zum Feiern gibt es für den Denkmalschutz im Land kaum Grund. Sein Vorgänger Detlef Karg warnt vor Unterfinanzierung und Versäumnissen: „Es wird in der Mark neue Ruinen geben!"

Der 48-jährige Schopper ist derzeit sowohl der Landesarchäologe Brandenburgs als auch Museumsdirektor des Archäologischen Landesmuseums und zudem in Personalunion stellvertretender Direktor des Brandenburgischen Landesamtes für Denkmalpflege und des Archäologischen Landesmuseums. Seit Ende Juni steht Schopper faktisch schon dem Landesamt vor.

Die beeindruckende Ämterhäufung zeigt: Viele Verpflichtungen liegen in der Mark in den Händen weniger Denkmalschützer. Und nicht bloß beim Personal wird schmerzhaft gespart. Auch wenn die großen Zeugnisse und Stätten der Vergangenheit gepflegt werden, für Dorfkirchen, Bauernhäuser und manches Herrenhaus reichen die vom Land bereitgestellten Mittel nicht. Das beklagt der nun scheidende oberste Denkmalpfleger Karg. Er prägte die Institution seit den frühen 90er Jahren. „Denkmalförderung bleibt ein Armutszeugnis für Brandenburg", bilanziert er bitter zu seinem Ausscheiden. Karg hatte seine Pensionierung 2010 bereits um zwei Jahre verschoben, „um noch Weichen stellen zu können".

> Nicht einmal einen Zwei-Millionen-Fonds bekam Karg durch

Und es wird nicht besser: Seit Jahren denkt die Landespolitik über weitere Einsparungen beim im Ländervergleich knapp ausgestatteten Denkmalschutz nach. Karg hielt dagegen und setzte sich für das Erhaltenswerte abseits der Touristenströme ein. Nun geht er – „persönlich sehr enttäuscht". Den von ihm geforderten Fonds über zwei Millionen Euro im Jahr für den Denkmalerhalt konnte er nicht durchsetzen. Doch oft entscheiden schon wenige tausend Euro, ob ein Denkmal verfällt.

Mit angeworbenen Bundesmitteln versuchte Detlef Karg gegenzusteuern. Laut seiner Aussage fehlt es jedoch an „Gesamtkonzepten für die ländlichen Räume" – Denkmalschutz sei hier nur als Teil einer ganzheitlichen Zukunftsplanung zu verstehen. Zugleich sagte Karg, dass angesichts der schwindenden Bevölkerung „die Gefahr, dass man Puppenstuben schafft", im Denkmalschutz gegeben sei und somit funktionell leere Orte geschaffen würden, „totsaniert" wie bereits vieles im Westen. *SV*

Wowereit verliert

Beliebtheit bei Berlinern stürzt ab

Ob ausgelassener Besuch auf der Modemesse „Fashion Week" oder ein 25 000 Euro teurer Flug zum Halbfinale der Fußball-Europameisterschaft: Berlins Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) steht derzeit wieder einmal in der Kritik, doch diesmal ist die Lage dramatischer denn je. Berlins teure Flughafenverzögerung ist nämlich keinesfalls gelöst, da feiert der regierende „Partymeister" schon wieder drauflos. Früher sahen ihm die Berliner das nach, doch damit ist es offenbar vorbei.

Wowereit verliert in Meinungsumfragen deutlich an Zustimmung. Auslöser der neuen Entwicklung ist seine Rolle bei der Pannenserie um den Großflughafen BER. Gut 435 Millionen Euro extra kosten Baumängel und Verzögerung, kalkuliert die beteiligte Regierung Brandenburgs. Wowereit rechnet nur mit der Hälfte an Mehrkosten. Laut Forsa-Umfrage rutschte der Politiker in der Beliebtheitsskala von Landespolitikern seit Bekanntwerden der BER-Probleme vom dritten auf den neunten Platz.

> In der SPD formieren sich starke Gegner

Erst im Juni musste der Bürgermeister den Linksschwenk der Landespartei und die Verbannung seines Vertrauten Michael Müller vom Parteivorsitz hinnehmen. Müller wurde bis dahin als Kronprinz und politischer Erbe gehandelt. Der Sprecher des linken Flügels in der Berliner SPD, Jan Stöß, fährt nun als neuer SPD-Landeschef einen erklärten Gegenkurs zu Wowereit und dessen Koalition mit der CDU. „Das richtet sich nicht gegen mich", kommentierte Wowereit noch die Wahl von Stöß. Doch Beobachter glauben, dass es für den ewigen „Strahlemann" bald eng werden könnte. *SV*

Ex-Oberpirat warnt vor Piraten

Auf dem jüngsten Landesparteitag der Berliner Piraten verzichtete der bisherige Landesvorsitzende Gerhard Anger überraschend auf eine erneute Kandidatur: „Ich bin insbesondere angesichts der Leistung der Fraktion, die wir ins Abgeordnetenhaus gebracht haben, so ernüchtert, getroffen, so enttäuscht, immens enttäuscht, dass ich im Rückblick es nicht rechtfertigen könnte, diesen Wahlkampf zu organisieren." Nun will der ehemalige Oberpirat gar die Partei verlassen. Nicht einmal die Wahl der Piraten wolle er künftig noch empfehlen: „Nö, lassen Sie's lieber bleiben." Transparenz und Basisdemokratie würden dort nicht umgesetzt werden, man breche Versprechen, und er fühle sich nunmehr als „Lügner", so Anger in seiner Erklärung. Wenig charmant verkündet Anger, er sei nur noch deswegen nicht ausgetreten, weil er am Wochenende kein Papier gehabt habe, auf dem er eine Austrittserklärung hätte ausdrucken können. *H.L.*

Freiheit allein genügt nicht

Südafrikas Regierung plant »soziale Revolution« gegen gesellschaftliche Missstände

Zwanzig Jahre nach der politischen Wende kann sich Südafrika einer stabilen Demokratie sowie der bedeutendsten und am weitesten entwickelten Wirtschaft auf dem schwarzen Kontinent rühmen. Gesellschaftlich liegt in der Kaprepublik jedoch noch immer einiges im Argen. Mit einem neuen Fahrplan will die Regierung jetzt eine „soziale Revolution“ herbeiführen.

Obwohl das rasante Wirtschaftswachstum eine wohlhabende schwarze Mittelschicht hervorgebracht hat, leben 57 Prozent der Südafrikaner weiterhin in Armut. Laut Präsident Jacob Zuma und dem regierenden Afrikanischen Nationalkongress (ANC) sollen alle Entwicklungshindernisse bald der Vergangenheit angehören – der „zweite Wandel“ beginne in Kürze. Auf der jährlichen Konferenz, bei welcher der ANC seine Strategie bestimmt, stellte Zuma vergangene Woche einen neuen Fahrplan vor, mit dem er Südafrika vor eine sozioökonomische Revolution stellt. In den knapp zwei Dekaden nach dem Ende der Apartheid habe man sich um die politische Emanzipation gekümmert; nun müsse man den Menschen helfen und die Wirtschaft weiter ankurbeln. „Der einzige Weg für Südafrika, voranzuschreiten, ist, Zugang zur Wirtschaft zu haben“, sagte Jeff Radebe, einer der Autoren des Fahrplans.

Zeitweise entbrannte unter den 3500 Delegierten der Konferenz ein Streit, wie der Fahrplan zu benennen sei. Nachdem Zumas „zweiter Wandel“ abgelehnt wurde, einigte man sich auf die „zweite Phase im Wandel“, bezogen auf die Ära nach der Apartheid. Von einer Rechtsgruppe kam die Antwort: „Nennt es doch, wie ihr wollt“, der Inhalt müsse stimmen. Doch der kommt nicht ohne Kritik davon. Obwohl Radebe von „kompletter Einigkeit“ unter den Delegierten sprach, drückten einige davon ihre Zweifel aus. Laut Vizepräsident Kgalema Motlanthe sei das Dokument zu unklar formuliert. Es enthalte ein klares Ziel sowie den Zeitrahmen von 20 Jahren, über den Weg dorthin herrsche jedoch Rätselraten.

Im Dezember werden die Weichen für die Zukunft gestellt

Trotz allem ließ es sich Präsident Zuma nicht nehmen, sich seine „zweite Phase“ als persönlichen Sieg anrechnen zu lassen. Südafrika beschreite damit einen neuen Pfad, loben Zumas Unterstützer. Seine Gegner sprechen hingegen von einer billigen Wahlkampagne und nennen es einen „Schlachtruf“ für die große ANC-Konferenz im Dezember. Dann wird die Partei ihren Kandidaten für die Wahlen 2014 bestimmen. Entweder wird es Präsident Zuma oder ein Vertreter des radikalen linken Flügels.

Politikexperten sprechen schon lange vom neuen und alten ANC. Den neuen besetzen kommunistische Hardliner, die Zuma durch seinen Vize ersetzen wollen. Der



linke Populist und Führer der ANC-Jugendliga, Julius Malema, wurde wegen seiner Hassreden kürzlich aus der Partei verbannt. Die ANC-Kommunisten sprechen sich jedoch weiterhin für die Verstaatlichung von Banken, Minen und Großkonzernen aus und genießen die Unterstützung von Gewerkschaften. Die Regierung dagegen stellt klar, eine Zwangsbeschlagnahmung wie im benachbarten Simbabwe gehöre nicht zum Kurs des ANC. Die Gewerkschaft der Metallarbeiter bemängelt, in Südafrika herrsche bereits Armut „wie in Simbabwe“, ruft aber gleichzeitig nach einer Verstaatlichung. In Simbabwe haben Robert Mugabes Landreformen die Wirtschaft zum Erliegen gebracht. Die Chefin der ABSA, der größten Bank in Südafrika, und ehemalige ANC-Funktionärin Maria Ramos fürchtet sich jedenfalls nicht. Sie fühle sich durch die radikale Linke „nicht aufgewühlt“. Wohin Südafrika künftig steuert, wird sich im Dezember entscheiden.

Markus Schönherr



Trotz Wirtschaftswachstums: Der Großteil der Südafrikaner lebt weiterhin in Armut

Bild: pa

Zeitzeugen



Jacob Zuma – Der 1942 in einem Armenviertel geborene Staatspräsident hütete als Kind Ziegen, hat keine formale Schulbildung, verbrachte viele Jahre als ANC-Aktivist im Untergrund und saß lange im Gefängnis. Seit 2009 Präsident, steht der ehemals orthodoxe Marxist heute für Wirtschaftswachstum und soziale Reformen.

Helen Zille – Die deutschstämmige Vorsitzende der Oppositionspartei Democratic Alliance ist die einzige Provinzregierungschefin, die nicht dem ANC angehört. Früher bekämpfte sie die Apartheid, heute die Korruption und die Politik des ANC. Wegen ihrer Äußerung, dass immer mehr Flüchtlinge aus dem Ostkap wegen der besseren Bildung in die von ihr regierte Provinz Westkap kämen, hat der ANC die Beleidigungen gegen sie verstärkt („Rassistenmädchen“).



Nelson Mandela – Sein Vater gab ihm den Namen „Rolihlahla“, was umgangssprachlich so viel wie „Unruhestifter“ bedeutet. Unruhe hat er mit seinem lebenslangen Kampf gegen die Apartheid viel gestiftet und dafür Jahrzehnte im Gefängnis gesessen. Für viele gilt er damit als Lichtgestalt der Freiheit, anderen dagegen schlicht als Terrorist. Als erster schwarzer Präsident Südafrikas leitete er 1994 dessen Umgestaltung weg von der Apartheid und der Minderheitenherrschaft ein.

Thabo Mbeki – Südafrikas zweitem schwarzen Präsidenten blieb der Nimbus seines Vorgängers versagt. Mehr noch als fehlende Distanz zu seinem Amtskollegen in Simbabwe, Robert Mugabe, wurde ihm die Leugnung des Zusammenhangs zwischen Aids und dem HIV-Virus vorgeworfen. Er musste zurücktreten, nachdem er den Machtkampf gegen Zuma verloren hatte.



Paul Kruger – An dem in Deutschland unter dem Namen Ohm Krüger bekannten gebürtigen Südafrikaner deutscher Abstammung scheiden sich die Geister. Für die einen ist er ein Rassist, für die anderen ein Freiheitsheld im Kampf gegen den englischen Imperialismus. Vergeblich versuchte der Präsident der Südafrikanischen Republik die Unabhängigkeit seines Staates gegen die Briten zu verteidigen. Der 1825 geborene Bure starb 1904 im Schweizer Exil.

Apartheid mit umgekehrten Vorzeichen

Dem Ende der Apartheid in Südafrika sollte eigentlich ein friedliches Nebeneinander der Weißen und Schwarzen folgen. Doch noch immer gibt es in dem Land so etwas wie Rassentrennung und Rassenhass – allerdings mit umgekehrtem Vorzeichen. Seit 1994 sind zwischen 3000 und 4000 weiße Farmer von schwarzen Afrikanern ermordet worden. Genaue Zahlen gibt es nicht, da einerseits die Polizei nicht alle von Weißen angezeigten Verbrechen mit dem größten Eifer verfolgt und auch, weil es nicht im Interesse der Regierung sei, eine reale Statistik zu erheben, wie viele weiße Farmer vermuten. Angestachelt durch rassistische Schwarze sind viele Teile der armen, besitzlosen (schwarzen) Bevölkerung der Meinung, sie hätten

Tausende weiße Farmer ermordet

ein Anrecht auf den Boden der weißen Bauern, da sich diese ihren Grund zu Zeiten der Apartheid angeeignet hätten. Dass es sich bei den weißen Farmern zum größten Teil um Nachfahren der ersten Siedler handelt, die auf dem Boden, den ihre Ahnen kultivierten, leben, wird ignoriert.

An vorderster Front des Rassenhasses gegen die Weißen steht Julius Malema, Präsident der Jugendorganisation des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC), Regierungspartei seit 1994. Der 31-jährige Nachwuchspolitiker stachelt junge Schwarze regelmäßig an, unter anderem durch das öffentliche Singen von Liedern aus der Zeit des bewaffneten Widerstands gegen die Apartheid, wie „Shoot the Boer“ („Erschießt die Buren“). Dieses Lied ist verboten, da es zu Rassenhass und Mord aufruft. Viele der Farmer haben aus Angst vor Überfällen ihr Land verkauft. Die, die noch ausharren, sind umgeben von meterhohen Mauern, Stacheldraht und Starkstromzäunen und haben zur Selbstverteidigung das geladene Gewehr griffbereit. *S.G.*

Wiege der Menschheit

In Südafrika hat die Mehrheit einen Migrationshintergrund

Südafrika gilt als eine Wiege der Menschheit. Während der Frühgeschichte siedelten im südlichen Afrika die San (Buschmänner). Dann wanderten vom Norden schwarzafrikanische Bantu und vom Süden weiße Europäer in das schwach besiedelte Gebiet ein.

1652 gründete die Niederländische Ostindien-Kompanie mit Kapstadt die erste Siedlung am Kap der Guten Hoffnung. Ursprünglich nur als Stützpunkt geplant für den Seeweg von den Niederlanden nach Ostindien, siedelten sich auch viele Niederländer dort an, um Landwirtschaft zu betreiben.

Die Briten nutzten die Revolutions- und napoleonischen Kriege, um den niederländischen Besitz in ihre Gewalt zu bringen. Auf dem Wiener Kongress wurde Großbritannien der Besitz Südafrikas bestätigt. Die Folge war ein Nationalitätenkonflikt zwischen der überwiegend niederländischstämmigen weißen Bevölkerung und den neuen Herren aus Großbritannien. Die niederländischstämmigen Farmer, Buren genannt, wichen vor der britischen Herrschaft ins Landesinnere aus und gründeten dort eigene Burenrepubliken, darunter 1853 die Südafrikanische Republik mit der Hauptstadt Pretoria. 1877 annektierten die Engländer die Republik. Nachdem der Versuch der Buren, auf friedlichem Wege ihre Republik zurückzuerhalten, gescheitert war, griffen sie zu den Waffen. Aus diesem Ersten Burenkrieg von 1880/81 gingen die Buren als Sieger hervor. Die Buren mussten zwar die britische Oberherrschaft anerkennen, erhielten aber Selbstverwaltung.

Der Burenstaat wurde von Briten wie Schwarzen bekämpft

Nachdem auf dem Gebiet der Burenrepublik ertragreiche Diamanten- und Goldvorkommen entdeckt worden waren, versuchten die Briten im Zweiten Burenkrieg von 1899 bis 1902 das Ergebnis des Ersten zu revidieren. Gegen das entschlossene Empire mit seinen Ressourcen und seiner Kriegsführung, zu der auch Konzentrationslager (Concentration Camp) für die burischen Zivilisten gehörten, hatten die burischen Freiheitskämpfer unter ihrem Präsidenten Paul Kruger (Ohm Krüger) keine Chance. Die Buren wurden mit ihrem Territorium in das britische Kolonialreich integriert. 1910 vereinigte Großbritannien seinen Besitz in Südafrika zur Südafrikanischen Union.

In den beiden Weltkriegen gelang es London noch, die Politik der Südafrikanischen Union seinen Interessen unterzuordnen. Nachdem die Südafrikaner jedoch in zwei Weltkriegen für britische Interessen hatten kämpfen müssen, gewannen die deutschfreundlicheren Buren die Oberhand. Die von ihnen dominierte Nachkriegspolitik wird von ihren Gegnern gerne auf die Rassentrennung reduziert. 1961 kam es zum Bruch mit dem britisch geführten Commonwealth. Aus der Südafrikanischen Union wurde die Republik Südafrika.

Schließlich sah sich die weiße Minderheit Südafrikas international derart isoliert, dass sie sich gezwungen sah, 1994 die Gewalt in die Hände der schwarzen Mehrheit zu legen. Die Weißen ziehen sich seitdem zurück. Dass Südafrika auf kurz oder lang den Weg Simbabwes geht, kann nicht ausgeschlossen werden.

Manuel Ruoff

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann
(V. i. S. d. P.)

Chefin vom Dienst, Politik, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil, Leserbriefe:** Christian Rudolf; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit:** Manuela Rosenthal-Kappi; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Sophia E. Gerber, Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Liselotte Millauer (Los Angeles), Norman Hanert (Berlin), Jean-Paul Picaper, Wilhelm v. Gottberg, Hans-Jürgen Mahlitz.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 32.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2010: Inland 9 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 11,50 Euro, Luftpost 15,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e. V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e. V.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-47
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de
E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **1278**

Fast so schlau wie zuvor

NSU-Untersuchungsausschuss befragte den Verfassungsschutzpräsidenten – Fromm wirkte ahnungslos

Über sechs Stunden wurde der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV), Heinz Fromm, im NSU-Untersuchungsausschuss des Bundestages vernommen. Doch außer der Erkenntnis, dass der Amtschef ahnungslos und die Zusammenarbeit mit den anderen Sicherheitsorganen höchst mangelhaft war, ist dabei allerdings nicht viel herausgekommen. *PAZ*-Autor Michael Leh hat die Sitzung verfolgt.

Unter den Abgeordneten, die sich zum Ziel gesetzt haben, die Verstrickung des Verfassungsschutzes in die dem „Nationalsozialistischen Untergrund" (NSU) vorgeworfenen Straftaten aufzuklären, sind auch solche, die selbst ein gestörtes Verhältnis zum Rechtsstaat und dessen Verfassung haben. Neben den elf ordentlichen Ausschussmitgliedern sind ihre Stellvertreter da, darunter Hans-Christian Ströbele, weiland zu zehn Monaten Haft auf Bewährung wegen Unterstützung der RAF verurteilt. Ordentliches Mitglied für die Grünen ist Wolfgang Wieland, einst eifriger Maoist, heute ein sogenannter Realo. Die Linkespartei vertritt Petra Pau. Sie wünscht sich einen „kastrierten" Verfassungsschutz, nämlich einen ohne V-Leute. Ganz abschaffen möchte ihn der größte Teil ihrer Partei, beobachtet er doch auch Extremisten aus deren Reihen.

Fromm hat um seine Versetzung in den Ruhestand zum Ende des Monats gebeten; er spricht ein Eingangsstatement, wirkt resigniert. „Die Taten des NSU sind in der Bundesrepublik ohne Beispiel und eine schwere Niederlage für die deutschen Sicherheitsbehörden", sagt er. Ohne Wenn und Aber bekennt er das Versagen der Behörden bei der Suche nach den Tätern, denen zehn Morde und Anschläge mit Schwerverletzten sowie Banküberfälle vorgeworfen werden und die viele Jahre untertauchen konnten. Zwar habe man immer auch im Rechtsextremismus schwerste Verbrechen durch Einzelne oder Kleinstgruppen für möglich erachtet, doch keine „handlungsfähige Struktur" aus einem Untergrund heraus erkannt, wie es bei dem „Zwickauer Trio" der Fall war. Die Namen Mundlos, Böhnhardt und Zschäpe seien ihm bis zum November 2011 gar nicht präsent gewesen.

Bei der Befragung Fromms zum Nagelbombenattentat 2004 in Köln wird erneut deutlich, wie wenig auch die Polizei an einen rechtsextremistischen Hintergrund dachte. Einen solchen schlossen bereits einen Tag nach dem Attentat der damalige Bundesinnenminister Otto Schily und sein nordrhein-westfälischer Amtskollege praktisch aus. Fromm spricht von einer „analytischen Engführung" und dass man „vielleicht etwas borniert" gewesen sei. Dass Fromm von der

Ausschussmitglied lieferte peinliche Luftnummer

V-Mann-Eigenschaft des NPD-Funktionärs Tino Brandt aus Thüringen im Jahr 2001 erst aus dem Magazin „Der Spiegel" erfuhr, zeigt, wie absurd es die Behörden mit der gegenseitigen Information hielten – teilweise durchaus im Einklang mit den Vorschriften. Ex-Bundesrichter Gerhard Schäfer weist in seinem Gutachten über die Thüringer Sicherheitsbehörden gravierende Fehler nach, auch bei den Ermittlungen von Polizei und Landeskriminalamt. Nicht nur der Verfassungsschutz hat demnach versagt – die Gesamtlage stellt sich sogar noch schlimmer dar.

Bei Fromm geht es jetzt vor allem um das BfV und die Vernichtung von Beschaffungsakten mit Bezug zum NSU durch einen Referatsleiter. Der hat dazu die Aussage verweigert, es läuft ein Disziplinarverfahren gegen ihn, inzwischen gibt es auch eine Strafanzeige. Der Inhalt der Beschaffungsakten soll unter anderem durch Auswertungsakten inzwischen weitgehend rekonstruiert sein. Für Fromm sind die Motive seines Untergebenen unklar. Er deutet an, die Aktion könnte mit zuvor durch den Beamten nicht korrekt eingehaltenen Löschungsfristen zu tun gehabt haben. Doch das bleibt Spekulation. Wie er betont, wiegt für ihn besonders schwer, dass man ihm auch über den Zeitpunkt der Löschung die Unwahrheit sagte. Zu klären sei auch, ob der unmittelbare Vorgesetzte des Referatsleiter involviert war. „Wenn meine Mitarbeiter mir nicht die Wahrheit sagen, dann habe ich Probleme", sagt Fromm. Nachdem das BfV so in die Schlagzeilen geraten sei, habe er mit seinem Rücktritt dem Amt und auch dem Minister etwas „Luft zu schaffen" versucht.

Für eine „Luftnummer", wie es die SPD-Abgeordnete Eva Högl nennt, sorgt Hartfrid Wolff von der FDP. Kaum beginnt die Sitzungspause, drängt er wichtigtuerisch vor die Kameras und verkündet: „Wir haben in den Akten einen Anwerbeversuch einer jungen Frau gefunden, die Katzen besitzt, die Aktivistin des Thüringer Heimatschutzes war und die eine gute Beziehung zu ihrer Oma hatte. Das sind Kriterien, die auch auf Beate Zschäpe zutrafen." Dabei hat schon Fromm im Ausschuss einen solchen Anwerbeversuch so gut wie ausgeschlossen. Der Ausschussvorsitzende Sebastian Edathy (SPD) korrigiert diese Falschmeldung umgehend vor der Presse mit dem Hinweis, man habe „eindeutig nachvollziehen können anhand der Akten", dass es bei dokumentierten Anwerbeversuchen „keinen Bezug zu Zschäpe" gebe. Doch da schwamm Wolffs Ente bereits uneinholbar alle Nachrichtenmeldungen herauf und herunter. „Ein ungeheurer Verdacht steht plötzlich im Raum", sagt Marietta Slomka später im ZDF. Gegenüber der *PAZ* bezeichnet Eva Högl das Verhalten Wolffs als „verantwortungslos".

Dass nicht nur die Opposition, sondern Abgeordnete jedweder Partei Untersuchungsausschüsse gern für die Selbstprofilierung missbrauchen, ist nicht neu. Einer seriösen Aufklärung dient es ganz gewiss nicht.



Um den Amtschef wird es einsam: BfV-Präsident Fromm vor dem Untersuchungsausschuss Bild: Leh

MELDUNGEN

»Roma-Problem benennen«

Köln – Der Großteil der Einbrüche in Deutschland geht auf das Konto von organisierten Roma-Banden, die durch die Öffnung der Ostgrenzen ungehindert nach Deutschland einreisen können. Der für seine Geradlinigkeit bekannte Kölner Oberstaatsanwalt Egbert Bülles kritisiert, dass über diese statistisch nachgewiesene Tatsache niemand laut reden dürfe, weil „Roma und Sinti" während der NS-Herrschaft verfolgt worden seien. Deswegen berichteten auch keine deutschen Medien darüber und selbst Polizei und Justiz seien zur Zurückhaltung angehalten. Niemand wolle eine ethnische Minderheit stigmatisieren, aber „mittlerweile nimmt das Problem derart überhand, dass man es auch beim Namen nennen sollte", so Bülles weiter. *S.G.*

»Junge Welt« verbannt

Greifswald – Die Stadtbibliothek Greifswald hat die linksextreme Tageszeitung „Junge Welt" abbestellt. Die Zeitung, die sonst selbst gern zu diskriminierenden Handlungen gegen andersdenkende Publikationen Beifall klatscht, ist nun empört und sieht in der Maßnahme einen Zensurversuch. Die Bibliotheksleiterin Angelika Spiecker rechtfertigte ihre Handlungsweise damit, dass das Blatt extremistische Positionen vertrete und wohlwollend über Terrororganisationen berichte. Die Redaktion des Linksaußenblattes wiederum hat gute Ratschläge für die Bibliotheksleiterin zur Hand: „Als erstes wird sie jetzt wohl alle Springer-Zeitungen aus der Bücherei entfernen, bei denen die Akzeptanz von Gewalt zur Umsetzung politischer Ziele schon in den Arbeitsverträgen der Redakteure festgeschrieben ist. Sie müssen nämlich positiv über die USA und Israel berichten." *T.M.*

Mogeln mit Segen der EU

Verordnungen aus Brüssel machen Verbraucherschutz zur Farce

Eine Untersuchung von 29 Mineralwassersorten durch die Stiftung Warentest hat ein ernüchterndes Resultat erbracht: Zwei Drittel der Wässer enthielten nur sehr wenig oder wenig Mineralstoffe – lediglich ein einziges stilles Wasser konnte mit einem hohen Mineralstoffgehalt punkten. Allein dieses eine Wasser konnte nach Angaben der Stiftung Warentest „einen nennenswerten Beitrag leisten, um Knochen mit Kalzium und Muskeln mit Magnesium zu versorgen". Allerdings war nicht einmal dieses Getränk völlig frei von Beanstandungen. Ebenso wie 24 weitere Wässer enthielt es nur wenig Natrium, das speziell für Sportler sehr wichtig ist.

Geschickt vermarkten inzwischen immer mehr Hersteller solche Mängel sogar als Vorzug. Sie bewerben ihre Wässer einfach als „natriumarm". Ermöglicht wird dies durch 2009 eingeführte EU-Vorschriften, durch die eigentlich der Verbraucherschutz verbessert werden sollte. In der Realität wurde damit aber der Weg für die europaweite Vermarktung minderwertiger Wässer freigemacht. Viele von ihnen hätten unter Beibehaltung der früheren deutschen Regelungen nicht einmal die Bezeichnung „Mineralwasser" tragen dürfen. Letztendlich in Brüssel durchgesetzt haben sich damit Produzenten mit zweitklassigen Brunnen und Quellen.

Dies ist nicht das einzige Beispiel dafür, wie das Versprechen der EU, für mehr Verbraucherschutz zu sorgen, genau zum gegenteiligen Resultat führt. Eine vom DIN-Verbraucherrat veröffentlichte Untersuchung hat sich unlängst mit den Auswirkungen der EU-Verpackungsrichtlinie aus dem Jahr 2009 beschäftigt. Seitdem sind Hersteller

Viele Hersteller verkaufen Mängel sogar noch als Tugend

nicht mehr an Standardpackungsgrößen gebunden und können Lebensmittel in allen möglichen Verpackungsgrößen verkaufen. Die seinerzeit von der Industrie versprochenen bedarfsgerechten Angebotsgrößen für Senioren, Alleinstehende und Großfamilien sucht man im Lebensmittelhandel bisher vergebens. Stattdessen hat mit Hilfe der EU-Verpackungsordnung die „Mogelpackung" nun ihren juristischen Segen von Brüssel erhalten. Die freigegebenen Packungsgrößen werden für zahlreiche versteckte Preissteigerungen genutzt. So konnte die Verbraucherzentrale Hamburg aufgrund geänderter Packungsgrößen Preissteigerungen von über 60 Prozent nachweisen.

Einen Hinweis, wie es möglich ist, dass sich Verbraucherschutz durch EU-Regulierungen in sein genaues Gegenteil verkehrt, gibt ein Blick auf die Interessenvertreter, die sogenannten Lobbyisten, die in Brüssel tätig sind. Ihre Zahl wird auf 15 000 geschätzt – jeder EU-Abgeordnete wird damit im Schnitt von 20 Lobbisten „bearbeitet". Im Extremfall kommen Branchenvertreter sogar selbst auf wichtige EU-Posten: So hat vor kurzem die EU-Kommission die Chefin von Food-DrinkEurope (FDE), einem Lobbyverband der europäischen Lebensmittelindustrie, ernsthaft als Kandidatin für den Vorstand der EU-Lebensmittelbehörde EFSA vorgeschlagen. Die Behörde zählt zu den wichtigsten europäischen Institutionen für den Verbraucherschutz und ist auch für den sensiblen Bereich der gentechnisch veränderten Nahrungsmittel zuständig. Die Kandidatin war jahrelang für den Marktführer bei gentechnisch verändertem Saatgut, dem US-Konzern Monsanto, tätig. Zumindest aus Sicht der EU-Kommission scheint dies kein Hindernis zu sein, sie künftig mit der Überwachung des Bereichs zu betrauen. *N.H.*

Hartz IV für Asylbewerber

Flüchtlingshilfeorganisationen fordern von Karlsruhe Entscheidung

Obwohl die Kosten für Asylbewerber aufgrund der steigenden Zahl nach Deutschland Flüchtender seit 2010 steigen, fordern Flüchtlingshilfeverbände wie „Pro Asyl" mehr Geld für Asylbewerber. In diesem Jahr hat der Krieg in Syrien für einen neuen Flüchtlingsstrom gesorgt. Allein in Hamburg hat sich die Zahl der Asylbewerber aus Syrien in den vergangenen Monaten verdoppelt. Die Kosten für die Unterbringung und Versorgung von Asylbewerbern betrugen laut Statistischem Bundesamt 2010 mehr als 815 Millionen Euro.

Zur Zeit ist beim Bundesverfassungsgericht ein Verfahren anhängig, bei dem es darum geht, die Sozialleistungen für Asylbewerber denen von Hartz-IV-Empfängern gleichzustellen. Flüchtlinge müssen in Deutschland mit 225 Euro pro Monat auskommen, die zumeist in Sachleistungen gezahlt werden, etwa 40 Euro bleiben als Taschengeld. Ein Hartz-IV-Empfänger erhält einen Regelsatz von 364 Euro pro Monat. Gegen diese Ungleichbehandlung hatten ein Kurde, der 2003 aus dem Irak geflohen war, und ein heute 14-jähriges Mädchen aus Nigeria, das inzwischen Deutsche ist, geklagt. Sie fühlen sich durch das gültige Asylbewerberleistungsgesetz diskriminiert, obgleich die meisten anderen europäischen Länder Flüchtlingen weniger zahlen.

Das Gesetz trat 1993 in Kraft. Damals ging es der Bundesregierung darum, die hohe Zahl der Flüchtlinge, die 1992 mit 440 000 Anträgen einen Rekord erreichte, einzudämmen. In den Folgejahren nahm der Flüchtlingsstrom in die Bundesrepublik deutlich ab.

Seitdem wurde das Asylbewerberleistungsgesetz nie geändert. Vor allem der seit damals nie angepasste Leistungssatz gibt Anlass zu Kritik, denn in den vergangenen 19 Jahren stiegen die Kosten um rund 30 Prozent. Es liegt nun an Karlsruhe, darüber zu entscheiden, ob 225 Euro für ein menschenwürdiges Existenzminimum ausreichen. Es ist davon auszugehen, dass das Bundesverfassungsgericht eine Erhöhung des Regelsatzes befürworten wird. Nach Schätzungen der Richter sind in Deutschland rund 130 000 Menschen davon betroffen. Das Problem bei der Anwendung des Asylbewerberleistungsgesetzes ist, dass dieses ursprünglich nur für Flüchtlinge während des Asylverfahrens galt, die Regelung aber auf Menschen ohne dauerhaftes Aufenthaltsrecht ausgedehnt wurde. Zwei Drittel der 130 000 Asylbewerber leben seit mehr als sechs Jahren in Deutschland. Diese Menschen sollten abgeschoben werden, da ihre Herkunftsstaaten sie aber nicht aufnehmen, bleiben sie auf unbestimmte Zeit. Die Folge: Der Steuerzahler muss für Unterkunft, Kleidung und Essen aufkommen, weil diesen Ausländern die Aufnahme einer Arbeit oft verwehrt bleibt. Laut Gesetz dürfen geduldete Ausländer nur dann beschäftigt werden, wenn die Stelle nicht mit einem Deutschen besetzt werden kann. Besonders prekär stellt sich die Lage in Berlin dar, wo 20 000 gemeldete Asylbewerber leben, die eigentlich abgeschoben werden müssten. Im Jahr 2002 hat Berlin über 140 Millionen Euro an geduldete Ausländer gezahlt. Eine Neuregelung des Aufenthaltsrechts könnte dafür sorgen, dass diese geduldeten Asylbewerber durch Arbeit zum Steueraufkommen beitragen können. Hartz-IV-Empfänger haben nämlich in der Regel während ihres bisherigen Arbeitslebens in die Sozialsysteme eingezahlt. *Manuela Rosenthal-Kappi*

Bisheriges Gesetz berücksichtigt nicht gestiegene Kosten

MELDUNGEN

Protest gegen Premier-Besuch

Kunaschir – „Eine eiskalte Dusche“, kommentierte Japans Außenminister Koichiro Gemba den Besuch des russischen Premiers Dmitrij Medwedjew auf der Kurileninsel Kunaschir. Schien sich der Konflikt um die Inselgruppe, auf die sowohl Russland als auch Japan Anspruch erheben, erst vor kurzem etwas gelegt zu haben, lässt Medwedjews Visite die Wogen wieder höher schlagen. In Begleitung des für die Entwicklung der Pazifikregion Russlands zuständigen Ministers Viktor Ischajew und des Verteidigungsministers habe er eine notwendige Inspektion vorgenommen und zudem sei dies eine innere Angelegenheit Russlands, konterte Medwedjew. *MRK*

Usbekistan stellt sich auf USA ein

Taschkent – Usbekistan wird für die USA wieder der wichtigste Verbündete in der Region für ihre Operationen in Afghanistan und bei der Installierung von gegen den Iran gerichteten Militärbasen werden. Bei einem Treffen zwischen amerikanischen Militärangehörigen und Diplomaten mit der usbekischen Regierung wurde in Taschkent darüber verhandelt. Zuvor hatte Hillary Clinton die zentralasiatische Republik bereits zweimal besucht, auf denen sie Investitionen amerikanischer Firmen in Aussicht stellte. Seitdem hat General Motors bereits eine neue Fabrik in Usbekistan gebaut und Boeing ließ seinen neuesten „Dreamliner“ in Taschkent landen. „Ein Wink mit dem Zaunpfahl“, sagen Skeptiker. Die Amerikaner wollten sich auf diese Weise die militärische Zusammenarbeit der Usbeken erkaufen. Präsident Islam Karimow, der geschickt zwischen Moskau und Washington laviert, sichert seine Macht, indem er die USA gegen den Iran unterstützt. *MRK*

Cameron als Schiedsrichter Europas

Britischer Premier nutzt Schwäche der EU und des Euro, um eigene nationale Interessen durchzusetzen

Erstmals könnte der Austritt eines Landes aus der EU Realität werden. In Großbritannien wird die Abhaltung einer Volksbefragung über die weitere EU-Mitgliedschaft des Landes immer wahrscheinlicher.

Statt eines EU-Austritts könnte allerdings auch ein altes Konzept britischer Machtpolitik Auferstehung feiern: Euro-Bonds, gemeinsame Fiskalpolitik, eine Bankenunion – viele der aktuellen Forderungen des britischen Premiers David Cameron hören sich so an, als würden sie von Euro-Einpeitschern wie Martin Schulz oder Eurogruppenchef Jean Claude Juncker stammen. Erst beim Kleingedruckten wird ein entscheidender Unterschied deutlich: Die gemeinsame Schuldenunion und der weitere Verlust von Entscheidungsfreiheit zugunsten Brüssels sollen alle ohne Großbritannien stattfinden. Für sich selbst sehen die Briten die Zukunft genau im Gegenteil von dem, was sie dem übrigen Europa empfehlen, denn in Großbritannien stehen die Zeichen auf Abwendung von der EU. Unklar ist nur, wie weit man dabei gehen wird.

Derzeit befürworten 68 Prozent der Briten einen Volksentscheid über den weiteren Verbleib des Landes in der EU. Unter dem Druck einer starken EU-kritischen Gruppe in seiner eigenen Partei, den Tories, hat Cameron inzwischen sogar Bereitschaft erkennen lassen, eine derartige Befragung abzuhalten. Camerons eigentliches Ziel ist indes der Verbleib Großbritanniens in der EU – allerdings zu Vorzugsbedingungen: ein Zugang zum gemeinsamen Binnenmarkt ohne größere weitere Verpflichtungen und Belastungen. Auch den Ansatzpunkt, wie sich diese Art von privilegierter EU-Mitgliedschaft erreichen lässt, hat Cameron bei einer Rede im Unterhaus bereits angedeutet: „Wir sollten diese Gelegenheiten maximieren und unsere nationalen Interessen durchsetzen.“ Mit „diese Gelegenheiten“ meint er nichts anderes, als das Ausnutzen der aktuellen Schwächephase von EU und Euro. Die Chancen, so Sonderkonditionen aushandeln zu können, scheinen nicht einmal schlecht. Aufmerksam verfolgt wird etwa die zunehmende Isolation Deutschlands bei EU-Gipfeln. Sollte der „Club Med“ irgendwann Themen wie eine Abschottung vom Weltmarkt oder Ähnliches auf die Tagesordnung der EU setzten, könnte Deutschland auf die Unterstützung Großbritanniens angewiesen sein, lautete etwa eine Kalkulation, die unlängst von einem Vertreter der Denkfabrik „Open Europe“ zu hören war. Das Gedankenspiel macht nicht nur deutlich, welche Möglichkeiten sich aus britischer Sicht bieten, sondern auch, wie erpressbar Deutschland innerhalb der EU geworden ist.

Deutschland ist innerhalb der EU erpressbar geworden

In moderne Form gekleidet, könnte damit in der britischen Außenpolitik ein Konzept Auferstehung feiern, das bereits im viktorianischen Zeitalter Triumphe feierte: die „Splendid isolation“, die „wunderbare Isolation“. Kernpunkt war die Aufrechterhaltung eines europäischen Mächtegleichgewichts, bei dem Großbritannien den Schiedsrichter spielt, kombiniert mit einem anderen traditionellen Grundsatz britischer Europapolitik, der Schwächung der jeweils stärksten Macht auf dem Kontinent. Camerons Befürwortung von Euro-Bonds, Fiskal- und Bankenunion für die Euro-Zone, während Großbritannien außen vor bleibt, lässt sich nämlich durchaus in zwei Richtungen deuten. Zum einen als Wunsch, Investitionen der „City of London“ in den EU-Krisenländern zu retten, indem Deutschland zur Kasse gebeten wird. Zum anderen würde Deutschland mit der Abgabe seiner Haushaltssouveränität an Brüssel und dauerhaften Transferleistungen an das übrige Europa daran gehindert, selbst allzu erfolgreich zu sein.

Cameron hat gleich noch ein weiteres Beispiel für pragmatische britische Interessenpolitik geliefert. „Den roten Teppich ausrollen“ wolle er den französischen Konzernen, die vor der Steuerpolitik des neuen französischen Präsidenten flüchten wollen, ließ er unlängst wissen. In Deutschland wenig beachtet, hat allerdings auch schon Frankreichs Präsident Francois Hollande klar gemacht, was er von der Abgabe französischer Souveränitätsrechte hält: „Es gibt keine Übertragung von Souveränität ohne größere Solidarität“. Im Klartext war das eine Absage an Merkels Europa-Konzept einer gemeinsamen Fiskalpolitik, der auf lange Sicht einmal eine gemeinsame Schuldenhaftung folgen kann. Damit befindet sich Hollande im Einklang mit der gesamten Europa-Politik Frankreichs der Nachkriegszeit. Deren Ziel war es nicht, französische Souveränität einzuschränken, sondern im Gegenteil die Einflussmöglichkeiten Frankreichs durch Rückgriff auf deutsche Ressourcen zu erweitern. De facto heißt das, Weltmacht mit den Mitteln anderer zu sein.

Deutschlands politische Führung scheint unter den wichtigen nationalstaatlichen Akteuren der letzte zu sein, der noch am Ziel einer weiteren politischen Integration der EU festhält. Tatsächlich stehen die Zeichen auf eine Art von Restaurationspolitik im Stil der Zeit Metternichs. Eine Diskussion, wie unter diesen Bedingungen eine realistische deutsche Europapolitik aussehen könnte, hat jedoch noch nicht einmal begonnen. *Hermann Müller*



Führt Europa an der Nase herum: Britischer Premierminister David Cameron Bild: imago

Reich mit Müll

Mafia und Piraten regeln illegale Entsorgung

Waffen im Tausch gegen illegale Müllentsorgung vor Afrikas Küsten – diesem Verdacht geht der Sondergesandte der Europäischen Union für Somalia, Alexander Rondos, einem Bericht der unabhängigen Online-Zeitung „EUobserver“ zufolge nach. Angestoßen wurden die Ermittlungen durch eine Untersuchung des französischen Kriminologen Michel Koutouzis. Dieser will Belege dafür gefunden haben, dass italienische Mafia-Gruppierungen wie die Camorra, die kalabrische ’Ndrangheta und die aus Apulien stammende Sacra Corona Unita von den international isolierten ostafrikanischen und vor allem somalischen Stammesherren die Erlaubnis erhalten haben, Müll in deren „Hoheitsgebiet“ im Meer zu versenken. Im Gegenzug sollen von der Mafia leichte Infanteriewaffen an die somalischen Stämme und Piratenclans geliefert werden, die ursprünglich vom Westbalkan stammen. Außerdem sollen die somalischen Piratenfürsten große Mengen Bargeld erhalten, das in Tourismusgebieten wie etwa Kenia gewaschen wurde. Nach Erkenntnissen Koutouzis‘ soll der Müll vor den Küsten Somalias, des Sudan und Eritreas, ja sogar „vor der Nase unzähliger Kriegsschiffe, die Seefracht im Roten Meer und Golf von Aden kontrollieren“, so Koutouzis, ins Meer gekippt werden. Für die Piraten und die Mafiabosse ist das illegale Müllgeschäft gleichermaßen lukrativ.

Bezahlt wird mit Waffen und Drogengeld

Bereits im Jahr 2005 hatte die Uno Informationen erhalten, nach denen durch den Tsunami im Indischen Ozean im Jahr zuvor Schwermetalle wie Blei, Cadmium und Quecksilber, aber auch Krankenhausabfälle an der somalischen Küste angeschwemmt wurden. In einer der Hochburgen der somalischen Piraterie, der Region Benadir, soll es daraufhin zu etwa 300 Todesfällen durch Vergiftungen gekommen sein. Ebenfalls nach dem Tsunami aufgetauchte Container lassen nach Angaben der Uno vermuten, dass inzwischen sogar radioaktive Abfälle im Indischen Ozean entsorgt wurden. Nach Schätzungen der italienischen Umweltschutzorganisation „Legambiente“ wird in Italien rund ein Viertel des Abfalls, also 25 Millionen Tonnen pro Jahr, illegal entsorgt. *N.H.*

Staatsbankrott zum Jubiläum

Ein Jahr nach der Unabhängigkeit blickt der Südsudan in eine ungewisse Zukunft

Am 9. Juli 20011 erklärte der Südsudan seine Unabhängigkeit vom Norden. Zu seinem einjährigen Geburtstag hofft der ostafrikanische Staat auf ein besonderes Geschenk: Die Rückzahlung von vier Milliarden US-Dollar, die korrupte Beamten seit der Abspaltung gestohlen haben. In einem Brief rief Präsident Salva Kiir 75 im Dienst befindliche und ehemalige Beamte kürzlich auf, die „enorme Summe“ zurückzuzahlen. Man habe zusammen für Frieden, Gerechtigkeit und Gleichheit gekämpft. Jetzt vergesse man dies und bereichere sich auf Kosten anderer. Kiir hat erkannt: „Die Glaubwürdigkeit der Regierung steht auf dem Spiel.“ Viele Beamte sind einstige Rebellen, selbsternannte Freiheitskämpfer der Sudanesischen Volksbefreiungsarmee (SPLA), der Partei, die heute das Land regiert. Der Süden wurde von der Regierung in Khartum jahrzehntelang vernachlässigt, in zwei Bürgerkriegen kämpfte das Volk um Anerkennung. Die SPLA setzte sich für die Gleichberechtigung aller Sudanesen ein. Ihre Vision war ein friedliches Zusammenleben des schwarzen, christlichen Südens und des arabischen Nordens. Nach dem Tod des Gründungsvaters der SPLA, John Garang de Mabior, hieß die neue Devise hingegen: Abspaltung! Im Jahre 2005 bekam der Südsudan eine teilweise Autonomie, bis im Januar 2011 etwa 99 Prozent der Südsudanesen für einen geteilten Sudan votierten. Die Verwaltung befindet sich noch im Aufbau und eine zentrale Kontrolle über die Finanzen fehlt, was das System besonders anfällig macht für Korruption.

Dabei bräuchte der junge Staat derzeit alle verfügbaren Mittel. Nach einem Bericht der Weltbank könnte der Südsudan schon im Juli seine Devisen im Ausland ausgeschöpft haben. Zum Jubiläum gäbe es dann den Staatsbankrott. Die Regierung beschwichtigt, die Einschätzung sei übertrieben. Vorstellbar wäre dies allerdings schon, vor allem, seit der Südsudan zu Jahresbeginn in einem Konflikt mit den Norden den Rohölxport gestoppt hat. Der Süden hatte die Regierung in Khartum beschuldigt, das Öl aus der Leitung abzuzapfen. Nun wartet man auf eine Pipeline nach Äthiopien, doch der Bau kann mehrere Jahre dauern. Rund 98 Prozent der südsudanesischen Staatseinkünfte kamen aus dem Geschäft mit Öl. Vorerst wurden alle Straßen- und Siedlungsprojekte gestoppt. Doch der Konflikt wird nicht nur an der wirtschaftlichen, sondern nach wie vor auch an der militärischen Front ausgetragen. Die Streitkräfte der sudanesischen Armee bombardieren immer noch die Grenzregionen, in denen mehrheitlich ethnische Südsudanesen leben – dem Friedensvertrag zum Trotz. Im Juni löste die Bombardierung eine neue Flüchtlingswelle aus. Das UN-Flüchtlingskommissariat (UNHCR) berichtete von 35 000 Vertriebenen, die in den Süden geflohen seien. Seit das UNHCR vorletztes Jahr im Südsudan aktiv wurde, seien mehr als eine viertel Million Menschen aus den bombardierten Gebieten Richtung Juba geflohen, sagt der UNHCR-Sprecher Mark Kyria gegenüber der *PAZ*. Positiv geändert habe sich allerdings ihr Status: „Waren die Flüchtlinge früher nur intern Vertriebene, überqueren die Menschen heute eine internationale Grenze. Als Flüchtlinge haben sie mehr Rechte und mehr Pflichten“, so Kyria. Auf die neuen Flüchtlinge aus dem Norden warteten in den Auffanglagern bereits 70 000 weitere, die ebenfalls auf Hilfe hoffen. Auch im restlichen Land grassiert die Armut. Statistiken behandeln immer noch den Gesamtsudan und für einen Eintrag im Human Development Index ist der Staat noch zu jung. Entwicklung scheint unter diesen Bedingungen jedenfalls schwer möglich.

Der Konflikt mit dem Norden wird auch militärisch ausgetragen

Die Entwicklungshilfe aus dem Ausland schreitet mäßig voran, dabei zählt für den Südsudan jede Woche. Präsident Kiir bekennt sich offen zu guter Regierungsführung, die aber nicht über Nacht erreicht werden könne. Seine Offenheit macht ihn attraktiv für Geberländer. Die EU investierte gemeinsam 285 Millionen Euro in Projekte und US-Präsident Obama stellte 20 Millionen Euro bereit, um die Flüchtlingskrise zu bewältigen. Denn zu den Flüchtlingen, die mit dem letzten Schwall gekommen waren, gesellten sich kürzlich 12 000 vertriebene Südsudanesen aus dem Sudan. Ihnen fehlte das Geld für ein Visum, um in der Hauptstadt Khartum zu bleiben. Die Internationale Organisation für Migration (IOM) holte sie daraufhin über eine Luftbrücke nach Hause. „Zu Hause“ nennen allerdings nur wenige von ihnen den Süden: Viele Jugendliche betraten zum ersten Mal in ihrem Leben südsudanesischen Boden. Die meisten von ihnen sind mittellos. Für sie ist es ein gewagter Neuanfang, bei dem jeder Schritt über eine entweder erfolgreiche oder brotlose Zukunft entscheiden kann. Das gilt für den ganzen Südsudan. *Markus Schönherr*

Energiewende schöngeredet

DIW-Studie für Greenpeace verharmlost Kosten des grünen Experiments – Preisexplosion wird geleugnet

Erneuerbare Energie ist nach einer aktuellen Greenpeace-Studie günstig zu haben: Der Atomausstieg beeinflusse die Kosten kaum. Schuld an der stockenden Energiewende und dem bisherigen Preisanstieg sei vielmehr die Bundesregierung, so das Gutachten.

Unternehmen geben sich mitunter ökologisch und ethisch korrekter, als es ihre Produkte bei kritischer Prüfung erlauben. Diesen Trend, sich grünzuwaschen (engl.: „Greenwashing“), attackieren Umweltschützer wie Greenpeace seit Jahren. Nun hat Greenpeace Deutschland, längst selbst ein Unternehmen, beim Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) eine Studie in Auftrag gegeben. Das Papier zeichnet die Chancen für kostengünstigen, sauberen und grünen Strom in rosigen Farben. Konkret geht es in dem Gutachten um die Kosten der Energiewende in Deutschland. Anfang des Jahres warnte nämlich die Industrie vor deren hohen Kosten, trotz abfedernder Ausnahmeregeln: „Deshalb ist es fahrlässig zu behaupten, dass die Energiewende allenfalls ein paar alten Industrien die Existenz kosten werde“, so der Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI), Hans-Peter Keitel. Arbeitsplatzverlust und Deindustrialisierung, Letzteres von EU-Energiekommissar Günther Oettinger im Mai kritisiert, droht laut Wirtschaftsexperten daher vor allem wegen der hierzulande vergleichsweise hohen Stromkosten, angefeuert durch den Atomausstieg. Nun stellte Claudia Kemfert, Mitverfasserin des neuen Greenpeace-Papiers und Leiterin des Bereichs Energie, Verkehr, Umwelt am DIW, abweichend fest, es sei „keine Strompreisexplosion zu erwarten“.

Stromsparen soll mögliche Engpässe verhindern helfen

Außerdem gelte: „Ein möglicher Strompreisanstieg kann durch Energieeffizienzverbesserungen deutlich abgemildert werden.“

Sparen soll demnach weiteren Preisanstieg und drohende Versorgungsengpässe infolge der Abschaltung von (Kern-)Kraftwerken verhindern. Wie das Grundproblem der Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands bei steigenden Preisen für grüne Energien gelöst werden kann, erklärt die neue Studie nicht. Die Großindustrie habe enorme Möglichkeiten zum Stromsparen, hieß es nun bei Vorstellung der Studie pauschal. Demnach sei bis zum Jahr 2020 mit einem Aufschlag von gerade einmal 0,2 bis 0,6 Cent pro Kilowattstunde auf den Großhandelspreis für Strom zu rechnen. Das entspreche einem Preisanstieg zwischen vier und zwölf Prozent, rechnet das DIW vor.

Die Deutsche Energieagentur Dena schätzte im Dezember hingegen den Anstieg auf rund 20 Prozent bis 2020. Auch die Bundesnetzagentur rechnet mit höheren Preisen als die Umweltschützer. Tatsächlich zahlen deutsche Verbraucher für eine Megawattstunde Strom bereits 80 Euro. In Italien sind es beispielsweise nur 60 und in den USA umgerechnet nur gut 40 Euro. Die Umweltaktivisten haben indes laut ihrer Studie vor allem das nationale Klimaschutzziel von 40 Prozent weniger Kohlendioxydausstoß bis 2020 im Blick. Um das zu erreichen, sollen Stromproduzenten gut die Hälfte weniger

Negative Folgen lässt die Studie außer Acht

Treibhausgase produzieren, fordert die Studie nun. Bei Abschaltung der Atomkraftwerke sei dies nur im Rahmen eines funktionierenden europäischen Emissionshandels möglich, behauptet das Papier.

Statt einen kritischen Blick auf die realen Möglichkeiten sauberer Kraftquellen zu werfen, spricht Greenpeace sich so für noch mehr Bürokratie aus. Erst damit „würden die Investitionen in Kohlekraftwerke unattraktiv und emissionsärmere Gaskraftwerke begünstigt“, so die Empfehlung. Diese ist maßgeschneidert auf die Greenpeace-Forderung, Gaskraftwerke als Brückentechnik einzusetzen bei gleichzeitiger Abschaltung aller Atomkraftwerke bis 2015. Erst vor wenigen Wochen hatte sich Greenpeace für die Abschaltung sämtlicher Kohlekraftwerke ausgesprochen und Gaskraftwerke als vorübergehenden Ersatz gefordert, und zwar ungeachtet der Tatsache, dass deren Bilanz beim Kohlendioxyd kaum geringer ausfällt. Die Entscheidung fiel mit dem Bekanntwerden neuster Daten zu Deutschlands jüngst steigendem Kohleverbrauch zusammen. Das Beratungsunternehmen Ecofys berechnete daraufhin im Auftrag von Greenpeace für alle 140 deutschen Kohlekraftwerke, wie viel Strom diese noch liefern dürfen und wann sie vom Netz zu nehmen sind.

Die aktuelle Studie geht noch weiter. Wenn ein funktionierender Emissionshandel mit einer erfolgreichen Effizienzpolitik vereint werde, würde der Schadstoffaustoß im Stromsektor im Jahr 2020 um 48 Prozent geringer ausfallen als jetzt, im Jahr 2030 sogar um 64 Prozent. Falls es anders kommen sollte, benannte Greenpeace-Energieexperte Niklas Schinerl auch schon einen Schuldigen: „Wenn die Strompreise steigen, ist nicht der Atomausstieg der Sündenbock, sondern Wirtschaftsminister Rösler.“ Die schiere Hoffnung auf beständig weitere Stromsparmöglichkeiten bestimmt so den Blick auf die Energiewende.

Sverre Gutschmidt


Teure Fehlinvestition: Brennende Windkraftanlage im Windpark Wulfshagen bei Kiel Bild: action press

KURZ NOTIERT

Staatsschulden tatsächlich viel höher: Deutschland steht nach Berechnungen der in Berlin ansässigen Stiftung Marktwirtschaft in Wahrheit mit 5,7 Billionen Euro Schulden da. Zu den rund 2,088 Billionen Euro „offizieller“ deutscher Staatsschulden kämen die Folgen politischer und rechtlich bindender Zusagen des Staates wie der Pflegeversicherung und der Beamtenpensionen hinzu, denen keine Rückstellungen gegenüberstehen würden. Für diese Mischung aus „vergangenen Sünden, aktuellen Unterlassungen und jahrzehntelanger Nonchalance“ werde Deutschland „mit Sicherheit und vollständig selbst“ durch Inflation, Mehrarbeit ohne Mehreinkommen, den Abbau von Sozialleistungen und Steuererhöhungen zahlen müssen, so Stiftungsvorstand Michael Eilfort. *J.H.*

Slowenien wackelt: Analysten sagen voraus, Slowenien werde der sechste Staat sein, der Hilfe aus dem Rettungsschirm der EU benötigen wird. Slowenische Banken waren in Schieflage geraten, als die von ihnen finanzierte Immobilienblase geplatzt war. Als Folge der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise ist der auf Exporte ausgerichtete slowenische Markt eingebrochen. Allein der Marktführer Nova Ljubljanska Bank, an der Staat 45 Prozent der Anteile hält, benötigt 380 Millionen Euro zur Refinanzierung. *MRK*

Kapitalflucht aus Europa: Weil nach der Zinssenkung durch die Europäische Zentralbank (EZB) die Risiken zu hoch und die Renditen zu gering seien, wollen mehrere US-Geldmarktfonds ihr Kapital aus Europa zurückziehen. JP Morgan Chase, Goldman Sachs und BlackRock machten bereits den Anfang und schlossen ihre Geldmarkt-Fonds in Europa. *MRK*

Kein Geld für Griechenland: Die Troika will wegen der Nichterfüllung von 210 Zielen des Darlehensvertrags Griechenland keine weitere Tranche auszahlen. Zur Auszahlung kommt es erst, wenn die von der Troika geforderten Reformen beschleunigt umgesetzt werden. *MRK*

Säbelrasseln für den Profit

Iranische Blockadedrohung soll Ölpreis in die Höhe treiben

Pünktlich mit dem Inkrafttreten des EU-Embargos gegen den Iran zum 1. Juli haben iranische Parlamentarier mit einer Blockade der Straße von Hormus gedroht. Öllieferungen aus den Anrainerstaaten des Persischen Golfs in die EU sollen den Seeweg künftig nicht mehr passieren. So ernst die Ankündigung auch klingt, es handelt sich mehr um Säbelrasseln als um eine echte Gefahr für die Ölversorgung Europas. Zwar passieren täglich bis zu 18 beladene Tanker und auf dem Rückweg in den Persischen Golf genauso viele unbeladene diesen Seeweg, Hauptziel der meisten Lieferungen ist aber Ostasien: 85 Prozent des Öls aus dem Persischen Golf sind für die Märkte in China, Südkorea, Japan und Indien bestimmt.

Eine vom Iran in der Straße von Hormus provozierte Krisensituation, die begrenzt bleibt, könnte allerdings trotzdem den eigentlich vom Iran gewünschten Effekt hervorrufen: einen Wiederanstieg des Ölpreises. Seit März ist der Preis für ein Fass Öl (159 Liter) von 129 Dollar bis in den 90-Dollar-Bereich gefallen. Ein Ende der Abwärtsspirale ist nicht in Sicht. Die Ölwirtschaft Libyens und des Irak haben sich wieder stabilisiert, in Erwartung eines kommenden Iran-Konflikts hat vor allem Saudi-Arabien seine Ölförderung massiv nach oben gefahren. Der Iran-Krieg ist ausgeblieben, gleichzeitig ist der weltweite Ölverbrauch wegen

Offiziell Vergeltung für den EU-Ölboykott

der wirtschaftlichen Abkühlung eher niedrig.

Sollte es dem Iran durch Rühren der Kriegstrommeln an der Straße von Hormus gelingen, die Preise wieder ansteigen zu lassen, dann wird dies einer ganzen Reihe von ölproduzierenden Ländern durchaus gelegen kommen. Für die 50 weltgrößten Ölkonzerne außerhalb der Opec und Russlands liegen einer Analyse des Unternehmens Sanford C. Bernstein zufolge die Grenzkosten ihrer Produktion bei 90 Dollar pro Fass. Im Klartext: Die Verkaufspreise drohen unter die Förderkosten zu fallen. Das weltgrößte Förderland Saudi-Arabien kann zwar preiswerter fördern, braucht aber mittlerweile auch einen Ölpreis von 80 Dollar für einen ausgeglichenen Staatshaushalt. Für Russland wird die kritische Grenze in Bezug auf die staatlichen Ausgaben sogar bei 100 Dollar gesehen. Spuren haben die gesunkenen Öl-Preise und ein bereits länger verhängtes US-Embargo gegen den Iran aber vor allem bei den iranischen Einnahmen hinterlassen: Geschätzte zehn Milliarden Dollar sollen dem Iran seit Jahresanfang bereits entgangen sein. Das Ziel, den Iran wirtschaftlich in die Knie zu zwingen, ist allerdings noch weit. Schätzungen über Teherans Devisenreserven schwanken zwischen 60 und 100 Milliarden Dollar, die immer noch vorhanden sein sollen. Einem Bericht der BBC zufolge versucht der Iran, das gegen ihn verhängte Öl-Embargo mit einem Trick zu umgehen: 15 der 39 Öltanker des Iran fahren inzwischen unter der Flagge des Pazifik-Inselstaates Tuvalu. Vermutet wird, dass so iranisches Öl über Ägypten an europäische Raffinerien geliefert wird.

Norman Hanert

Sanktionierter Patentraub

Indien zwingt westliche Firmen zur Preisgabe von Lizenzen

Wir sind in Indien faktisch enteignet worden“ – dem bitteren Fazit, das ein deutscher Maschinenbauer bereits im Jahr 2010 ziehen musste, werden sich bald noch mehr westliche Unternehmen anschließen. Geht es um das Thema Patentraub, dann steht meist China im Fokus. Weniger beachtet, greift allerdings in Indien eine Praxis um sich, bei der geistiges Eigentum ausländischer Unternehmen sogar mit der Hilfe von Regierung und Justiz von indischen Firmen übernommen wird. Jüngstes Beispiel dafür ist ein nun vorgestellter Regierungsplan: 1,2 Milliarden Inder sollen künftig kostenlos nachgeahmte Medikamente, sogenannte Generika, zur Verfügung gestellt bekommen. Während die Verschreibung von Originalmedikamenten künftig unter Strafe gestellt wird, sollen Ärzte nur noch eine von der Regierung ausgegebene Liste mit kostengünstigen Generika für Verschreibungen nutzen dürfen.

Möglich wird dies erst dadurch, dass westliche Pharmafirmen ungefragt sogenannte Zwangslizenzen für die Medikamente bereitstellen müssen. Bereits im März war das deutsche Unternehmen Bayer von einer ähnlich umstrittenen Entscheidung betroffen: Acht Jahre vor Ablauf der Patentschutzfrist wurde der Pharmahersteller gezwungen, eine Zwangslizenz für ein Krebsmittel einzuräumen. Bayer musste einem indischen Konkurrenten die Rezeptur des Medikaments

Begründung: »Übergeordnetes nationales Interesse«

zur Verfügung stellen, der das Präparat nun für den indischen Markt herstellt. Der deutsche Hersteller erhält nur einen geringen Betrag für jedes verkaufte Präparat. Nutznießer derartiger Regelungen sind indische Generikahersteller, welche die staatlich sanktionierten Nachahmerprodukte nicht nur im eigenen Land vertreiben, sondern zum Teil sogar exportieren. Die indischen Pharmakonzerne sparen so eigene Entwicklungskosten und werden mit dem legalisierten Technologieraub langfristig zu international konkurrenzfähigen Konzernen herangezogen. Die offizielle Begründung für die Praxis der Zwangslizenzen lautet: „nationales Interesse“.

Tatsächlich ist die Pharmabranche nur die Speerspitze einer Entwicklung. Was westlichen Firmen in Indien drohen kann, macht der Fall des norddeutschen Windanlagenbauers Enercon deutlich. Im Jahr 2010 erklärte Indiens Patentgericht zwölf Patente des Unternehmens "mangels Innovation" für unwirksam, die Gültigkeit weiterer sieben Patente wurde angezweifelt. In der Praxis kam das Urteil einer Enteignung gleich, es war eine Einladung an indische Konkurrenten des Unternehmens zum ungestraften Nachbau. Im Verlauf des Gerichtsverfahrens fiel wieder der Satz, Indiens „nationales Interesse“ wiege höher als die Rechte eines Unternehmens an seiner Technologie. Das Resultat der Gerichtsentscheidung: Tausende baugleiche Windräder wurden inzwischen nach den deutschen Bauplänen durch indische Konkurrenten in Indien aufgebaut. Das deutsche Unternehmen, das bereits seit 1994 in Indien aktiv war, wurde auf dem weltweit drittwichtigsten Markt für Windkraftanlagen regelrecht enteignet. *N.H.*

Zeichen setzen

Von Jan Heitmann

Mögen die Linken aller Couleur auch noch so zetern, die braune Vorgeschichte der Vertreibung betonen und den deutschen Opfern von Flucht und Vertreibung die alleinige Schuld an ihrem schweren Schicksal zuweisen, der Vertriebenengedenktag wird kommen. Vertreibung ist immer Unrecht, unabhängig davon, was ihr vorausgegangen ist. Das Militärtribunal in Nürnberg hat die vom NS-Regime durchgeführten Vertreibungen zu Recht als Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit verurteilt. Das Völkerrecht hat jedoch universelle Geltung. Auch wenn so mancher es nicht wahrhaben will: Es gilt selbst für Deutsche, sogar für solche, die 1933 schon wählen durften. Darum stellt auch die Vertreibung der Deutschen aus den Ostgebieten, an den damaligen Prinzipien ebenso wie an den heutigen UN-Konventionen gemessen, ein Verbrechen dar. Ein Gedenktag für die Vertriebenen ist also angemessen und längst überfällig. Allein schon als Zeichen dafür, dass solche staatlich angeordneten Untaten weder aktuell noch in der historischen Rückschau jemals gebilligt werden.

Vertane Chance

Von Manuela Rosenthal-Kappi

Eigentlich liegen Deutsche und Russen gar nicht so weit auseinander in dem, was sie sich für die Zukunft vorstellen und erreichen wollen: Beiden Seiten ist an einem partnerschaftlichen, wenn nicht gar freundschaftlichen Umgang miteinander gelegen und wenn sich daraus auch noch fruchtbare Geschäftsbeziehungen generieren lassen, umso besser.

Lediglich bei der Umsetzung der Vorhaben hapert es gelegentlich, wie auch das vor kurzem durchgeführte Wirtschaftsforum in Berlin bewiesen hat. Seit Jahren bemühen sich die jeweiligen Regierungen der Königsberger Exklave darum, aus der aufgrund ihrer geopolitischen Lage isolierten Situation herauszufinden. Dank der Privilegien der Sonderwirtschaftszone „Kaliningradskaja oblast" ist es auch schon gelungen, westliche Investoren, auch aus der Bundesrepublik anzulocken. Die Firma Avtotor, wo BMWs vom Band laufen oder das Kindernahrungswerk von Hipp bei Heiligenbeil sind Beispiele hierfür.

Aufgrund der zurückliegenden Erfahrungen ist es daher unverständlich, dass Gouverneur Nikolaj Zukanow, ein Mann, der in seiner Heimatstadt Gumbinnen vieles zum Positiven verbessert hat, trotz seiner Erfahrungen mit Investoren lediglich mit Beamten, nicht aber mit russischen Unternehmern nach Berlin gereist ist. Sicher ist eine Erklärung, dass es in Russland kaum mittelständische Firmen gibt, aber um die Errichtung eines gesunden Mittelstandes geht es ja gerade.

Verständlich, dass deutsche Mittelständler, die Ideen und konkrete Vorschläge im Gepäck hatten, enttäuscht sind ob der vertanen Chance.

Bürger ohne Maßstäbe

Von Hans Heckel

Angesichts der Dramatik der Ereignisse um die Euro-Krise liegt eine merkwürdige Schlaffheit über Deutschland. Schon vor Wochen beklagte ein Autor dieser Zeitung die Passivität, mit welcher die Bürger der Bundesrepublik auf die Zumutungen der Euro-„Rettung" (nicht) reagieren. Trotz weiterer Zuspitzung hat sich am Befund nichts geändert: Das deutsche Volk dämmert auf den Zuschauerrängen dahin, während Politiker, Wissenschaftler und Journalisten in der Arena unter sich sind.

Noch erstaunlicher wird dieser Anblick, wenn man sich vor Augen hält, mit welcher Zähigkeit bis hin zur Verbiesterung die gleichen Deutschen gegen Bahnhöfe oder Wohnungsbau zu Felde ziehen. Da wird bisweilen gerungen, als ginge es um den Fortbestand des Planeten: Keinen Fußbreit geben wir nach, wir kämpfen weiter. Sogar die Parole der deutschen Revolution von 1989, „Wir sind das Volk!", musste schon für Bauverhinderer aller Sorten herhalten.

> Sind die Deutschen wirklich »reife Demokraten«?

Machen wir uns nichts vor: Die stolze Überzeugung, dass die Deutschen nach den Erfahrungen zweier Diktaturen und dem erfolgreichen Aufbau einer stabilen Demokratie nun zu unerschütterlichen Verteidigern von Rechtsstaat und Volkssouveränität gereift seien, muss hinterfragt werden. Der Zweifel wird eher noch verstärkt, wenn man sich im Volk umhört nach den Ursachen der bleiernen Ruhe: „Uns fragt ja sowieso keiner", lautet eine oft gehörte Begründung. So reden artige Schulkinder, die schüchtern den Finger heben und hoffen, dass der Lehrer ihnen Rederecht erteilt. So reden Untertanen in einer Hierarchie, nicht aber freie Bürger.

Allerdings ist das Bewusstsein für Freiheit und Demokratie nicht einfach eingeschlafen, es ist von gewissen Teilen der sogenannten Elite auch gezielt ausgehöhlt worden. „Freiheit" degradierten jene Kreise regelrecht zum Schimpfwort, wir denken an die Debatten um die ersten Äußerungen von Bundespräsident Joachim Gauck. Gegen „Volkssouveränität", also die Voraussetzung echter Demokratie, haben lange vor der deutschen Vereinigung all diejenigen gewettert, die den Gedanken an ein gemeinsames Deutschland verbannen wollten. Und Rechtsstaat? Wo ernsthaft diskutiert werden muss, ob die rote Diktatur der DDR ein Unrechtsstaat war, kann das Wissen um Wert und Wesen eines Rechtsstaats nicht sehr tief wurzeln. Schließlich hat man den Deutschen den Begriff des „Volkes", der dem der Demokratie zwingend zugrunde liegt, als „verdächtig" verleidet.

So sind denn alle Maßstäbe, alle Begriffe erodiert, welche die Deutschen heute benötigten, um sich ihrer Lage bewusst zu werden. Und um zu begreifen, was auf dem Spiel steht. Der Preis für unsere träge Indifferenz wird erschreckend ausfallen.



Der deutsche „Wutbürger" erscheint wie die Karikatur des engagierten Demokraten: Demo auf dem Stuttgarter Schlossplatz gegen den Bau des neuen Bahnhofs

Bild: imago

Gastkommentar





»Mehr Europa wagen« – weniger Deutschland erhalten

Von Dieter Farwick

Der 29. September 2012 wird als ein weiterer „schwarzer Freitag" in die Geschichte Deutschlands eingehen. An diesem Tag haben Bundestag und Bundesrat dem Fiskal- und dem ESM-Vertrag zugestimmt, obwohl am Tag zuvor bei dem EU-Gipfel in Brüssel wesentliche Inhalte beider Gesetzesvorlagen verändert worden waren. Gegen den Rat zahlreicher Experten hat der Bundestag auf sein „Kronjuwel" – die national autonome Haushaltspolitik im Rahmen des ESM-Vertrages – verzichtet. Zum wiederholten Mal wurden Bundestag und Bundesrat unter Zeitdruck gesetzt, das Gesetz zu verabschieden, um es – wie angekündigt – zum 1. Juli in Kraft treten zu lassen. Ein weiterer Beleg für die Missachtung des Bundestages und des Bundesrates – von der Informationspflicht gegenüber dem Bürger ganz zu schweigen. Die Hoffnungen ruhen jetzt auf dem Bundesverfassungsgericht und dem Bundespräsidenten, die das Gesetz vermutlich nicht verhindern, aber Änderungen und Auflagen erzwingen können. Beide Gesetzte sind für die Regierung wichtige Meilensteine auf dem Weg zu einer „Fiskalunion" (Schäuble), einer „wirklichen europäischen Wirtschafts- und Finanzregierung" (Merkel). Im Magazin „Der Spiegel" träumt der deutsche Finanzminister von einem „europäischen Finanzminister" mit einem Vetorecht gegenüber den nationalen Haushalten – ohne demokratische Legitimation. De facto wird Europa eine Transfer-, Banken-, Haftungs- und Schuldenunion, in der die – noch – zwölf Geberländer die bereits fünf Nehmerländer unterstützen müssen, wobei Deutschland mit mindestens 27 Prozent beteiligt ist.

Ein besonderes Kapitel ist die Zustimmung der Kanzlerin zu dem Wachstumspakt in Höhe von rund 120 Milliarden Euro – gegen ihre wiederholt geäußerte gegenteilige „Überzeugung". Sie wollte sich damit die Zustimmung der Opposition erkaufen, um die Zwei-Drittel-Mehrheit abzusichern, was ja auch funktioniert hat. Darüber hinaus wollte sie den Südländern entgegenkommen, die jedoch unter Führung von Italien und Spanien diesen Pakt erfolgreich als Erpressung für Lockerungen im europäischen Finanzsystem zu ihren Gunsten nutzten.

Die EZB wird in die Aufsicht der sich abzeichnenden „Bankenunion" eingebunden – ein weiterer Verstoß gegen bisherige Regeln. Die Bank, die Europa mit billigem Geld überschwemmt, wird Teil der Aufsicht. So kann man auch einen Wolf zur Beaufsichtigung einer Schafherde einsetzen.

> Die Politik »wurschtelt« sich ohne erkennbares Ziel durch die Weltgeschichte

In Brüssel wiederholte sich das seit Jahren gewohnte Trauerspiel: In Berlin werden „rote Linien" gezogen, die in Brüssel innerhalb von Stunden weggewischt werden. Jetzt darf der ESM europäische Banken direkt unterstützen – ohne die Auflagen, die zum Beispiel Griechenland erfüllen muss. Der Euro, der Europa retten sollte, hat Europa tief gespalten. In der Eurozone werden die fünf Nehmerländer auf absehbare Zeit von der EU in Brüssel und dem IWF in Washington fremdbestimmt. Der Hass auf die Geberländer – besonders auf Deutschland – wächst, wie auch die Ablehnung der Geberländer, weiter durch den Steuerzahler schwer verdientes Geld in ein Fass ohne Boden zu werfen. Außerhalb der Eurozone verbleiben so wichtige Staaten wie Großbritannien und Dänemark, während potente Staaten wie die Schweiz und Norwegen sogar außerhalb der EU sind und auch bleiben werden.

Der entscheidende Sündenfall war im Mai 2010 das Aufbrechen der „no-bail-out Klausel". Seitdem stolpert die EU von Gipfel zu Gipfel ohne erkennbare vorausschauende Gesamtstrategie. Die Eurozone wird die nächsten drei Jahre in der derzeitigen Form nicht überleben. Das katastrophale Krisenmanagement der deutschen Bundesregierung in der sogenannten „Eurokrise" ist nicht das einzige Politikfeld, in dem haarsträubende Fehler und Versäumnisse der deutschen Bundesregierung festzustellen sind.

Deutschland ist als Importland wichtiger Rohstoffe und Seltener Erden sowie als Exportland hochwertiger Industriegüter auf ferne stabile Produktionsstätten, auf sichere Handelswege und auf die Aufnahmefähigkeit der weltweiten Märkte angewiesen. Die Frage, welchen Platz Deutschland in den nächsten fünf bis zehn Jahren in der Welt und in Europa einnehmen und welche Rolle Deutschland in der globalisierten, eng verflochtenen Welt spielen soll, wird von der Regierung nicht beantwortet. Es fehlen auch klare Aussagen, welches Europa gewollt wird. Ohne erkennbares gemeinsames Ziel „wurschtelt" sich die deutsche Politik durch die Weltgeschichte. Sie ist gekennzeichnet von Widersprüchen, Fehlern und Versäumnissen. Diese Politik als „alternativlos" zu bezeichnen, kommt einem Offenbarungseid gleich.

In den letzten Jahren hat sich das Zentrum der Weltpolitik vom Atlantik in den asiatisch-pazifischen Raum verschoben – wie auch der Schwerpunkt der amerikanischen Politik. Deutschland hat sich in der „Frage Libyen" im UN-Sicherheitsrat der Stimme enthalten und die militärische Teilnahme an der von der Nato geführten Operation verweigert. Beide Entscheidungen haben das Ansehen Deutschlands in der Welt, in den UN, der Nato und der EU stark beschädigt.

> Deutschland benötigt eine ressortübergreifende Gesamtstrategie

In der Innenpolitik sind wichtige Baustellen unzureichend beachtet worden. Die überhastete Energiewende mit ihren kostenträchtigen Folgen, die schleichende Islamisierung mit einer wachsenden islamischen Paralleljustiz, die Abschaffung der Wehrpflicht und die „Jahrhundertreform der Bundeswehr" sind nicht mit der notwendigen Sorgfalt und Tiefe bearbeitet worden. Diese Reform wird daher die nächsten drei Jahre nicht überleben.

Dazu kommen die Probleme der inneren Sicherheit, die den deutschen Staatsbürger unmittelbar betreffen werden. Die schleichende Islamisierung nicht nur durch die radikalen Salafisten, der Missbrauch unserer Sozial- und Gesundheitssysteme durch Zuwanderer, deren zum Teil mangelnder Integrationswille können bei notwendig werdenden Kürzungen der staatlichen Transferleistungen den inneren Frieden in Deutschland nachhaltig gefährden.

Diese möglichen Entwicklungen haben eine gemeinsame Ursache: mangelnde Führungskompetenz und eine fehlende Gesamtstrategie. Deutschland braucht eine geistig-moralische, kompetente Führung und eine Gesamtstrategie. Ein „Weiter so" darf es in der deutschen Politik nicht geben, wenn das Vertrauen im Ausland und in der eigenen Bevölkerung wieder aufgebaut werden soll. Der jetzt eingeschlagene Weg erhöht die Gefahr, dass Deutschland seine Zukunft verspielt. Eine ressortübergreifende Gesamtstrategie muss im Kanzleramt entworfen und durchgesetzt werden, da die einzelnen Ressorts wegen ihrer divergierenden Partikularinteressen und ihrer begrenzten Gesamtschau dazu nicht in der Lage sind. Für diese Aufgabe benötigt die Kanzlerin einen „Nationalen Sicherheitsberater" mit einem interdisziplinären Kompetenzteam, der in ihrem Auftrag die Umsetzung der Gesamtstrategie überwacht. Nur mit einer radikalen Änderung der politischen Struktur und Kultur kann Deutschland wieder die Position einnehmen, die das deutsche Volk verdient. In einer Demokratie kann keine Regierung auf Dauer gegen die Mehrheit seiner Staatsbürger regieren. Die steigende Zahl der bewussten Nichtwähler ist ein deutliches Warnsignal.

Brigadegeneral a.D. Dieter Farwick ist Autor des im Osning Verlag erschienenen Buches „Wege ins Abseits. Wie Deutschland seine Zukunft verspielt". Das Buch kann versandkostenfrei direkt beim Verlag bezogen werden, Fax (08821) 9676324, E-Mail info@osning-verlag.de

»Der Kunst ihre Freiheit«

Museen feiern 150. Geburtstag Gustav Klimts, des Begründers der Wiener Moderne und des Jugendstils

Die 150. Wiederkehr des Geburtstags von Gustav Klimt nimmt die Stadt Wien zum Anlass, das Jahr 2012 ihrem großen Sohn zu widmen. Alle Wiener Museen und viele private Galerien richten für den Maler Sonderausstellungen aus und ermöglichen so dem Besucher einzigartige, einmalige und eindrucksvolle Sichtweisen auf Klimt, seine Werke und sein Wirken.

In der österreichischen Hauptstadt Wien, unweit der Akademie der bildenden Künste, zwischen Karlsplatz und Naschmarkt gelegen, steht ein beliebtes Postkarten- und Fotomotiv: die Wiener Secession. Das Gebäude mit der markanten, aus goldenen Blättern und Beeren der Krone des Lorbeerbaums nachempfunden Kuppel ist nicht nur Magnet für Touristen und Kunstliebhaber gleichermaßen, es ist auch Sinnbild einer kunsthistorischen Entwicklung und einer kulturpolitischen Wende. Dem konservativen Kunstverständnis entfliehend, gründeten einige Künstler um Gustav Klimt 1897 die Wiener Secession. Unter dem Leitgedanken der Secession „Der Zeit ihre Kunst. Der Kunst ihre Freiheit“ begann die Wiener Moderne und Klimt wurde zu einem der renommiertesten Vertreter dieser Epoche und des ganzen Jugendstils.

Das Wien um die Jahrhundertwende zum 20. Jahrhundert war eine sich im Aufschwung befindende, pulsierende Metropole, die zu der Zeit mit fünf Millionen Einwohnern mehr als das Zweieinhalbfache der heutigen Größe hatte. Inmitten dieser Zeit, im „fin de siècle“, entstand eine künstlerische und kulturelle Hochkultur. Was Arthur Schnitzler oder Hugo von Hofmannsthal für die Literatur waren, war Gustav Klimt für die Kunst. Nicht jemand, der bloß das Ende einer vorherigen Epoche heraufbeschwor, sondern einer, der eine neue maßgeblich be- und gegründet hat. Dies zeigt auch sein neuer Kunststil, der sich gewandelt hatte. Die Farben wurden intensiver, die Flächengestaltung ornamentaler und die Darstellung symbolischer. Der am 14. Juli 1862 in Wien geborene Klimt zählt zu den bedeutendsten Malern Österreichs und war ein bekannter Vertreter des Jugendstils. Bevor Klimt 1918 in seiner Geburtsstadt verstarb, schuf er nicht nur viel gerühmte Kunstwerke, er hatte auch maßgeblichen Einfluss auf die kulturpolitische Entwicklung Österreich-Ungarns und der restlichen Welt.

Wien war zu Beginn des 20. Jahrhunderts aufstrebende Stadt

Auch wenn das Gemälde „Adele Bloch-Bauer I“ („Goldene Adele“) von Klimt 2006 für kolportierte 135 Millionen US-Dollar verkauft wurde und daher zu den teuersten Gemälden der Welt gehört, sind seine Werke nicht nur von einem hohen materiellen Wert, sie sind auch Zeugnis einer neuen Kunstauffassung und eines neuen Selbstverständnisses der Künstler. Klimt wurde durch seine internationale Anerkennung, die er schon zu Lebzeiten erhielt, innerhalb der Gesellschaft der österreichisch-ungarischen Monarchie immer stärker geschätzt, unter anderem als beliebter Porträtist. So gelang es Klimt, den Wandel der Gesellschaft und das neue Selbstbewusstsein des Bürgertums malerisch festzuhalten.

Zwischen Arkaden und Doppelsäulen des großen Stiegenhauses des Kunsthistorischen Museums Wien, an der Nordwand gelegen, schuf Klimt in den Jahren 1890/91 mehrere Wandbilder. Sind diese Bilder normalerweise nur für Besucher mit sehr guten Augen oder durch transportable Okulare zu sehen, hat das Kunsthistorische Museum eine zwölf Meter hohe Brücke gebaut, die einen direkten und unverfälschten Blick auf die Bilder des jungen Klimt ermöglichen. Die Museen der Stadt haben sich auf das Klint-Jahr 2012 eingestellt: Das Wien Museum zeigt neben rund 400 Werke des jungen Klimt die größte zusammenhängende Sammlung von Zeichnungen, das Künstlerhaus Wien sein Wirken in einzelnen Institutionen. Alle Museen zeigen ihre gesammelten Werke des Malers sowie sein Wirken aus unterschiedlichen Perspektiven: das Leopold Museum unter anderem anhand von Reisekorrespondenz.

Keine Einrichtung ist so mit Klimt verbunden wie die Wiener Secession. Sie ist nicht nur viel zitiertes Exponat des Jugendstils ob ihrer Bauweise, sondern vor allem durch einen von Klimt erschaffenen Wandfries. Richard Wagners Interpretation von Ludwig van Beethovens 9. Symphonie hielt Klimt in einem Wandzyklus fest. Das deswegen genannte „Beethovenfries“ genannte Kunstwerk, welches sich im linken Seitensaal der Secession befindet, ist eines der ersten Werke der Wiener Moderne und das zentrale Kunstwerk dieser Epoche.

Für Wandbilder wurde zwölf Meter hohe Brücke gebaut

„Der Kuss“ von Klimt, welches einen Mann und eine Frau in innigster Umarmung zeigt, ist das bekannteste und am meisten reproduzierte Gemälde von Klimt. Das Bild, in der von Klimt oft gewählten dominierenden Farbe Gold gehalten, wird als Allegorie der Liebe verstanden, als die Darstellung der unendlichen, sinnlichen Liebe zwischen Mann und Frau. Das Museum „Oberes Belvedere“ in Wien, als Besitzer dieses Bildes, zeigt seinen Besuchern im Jubiläumsjahr im Rahmen einer einmaligen Ausstellung dieses Bild zusammen mit seiner kompletten Klimt-Sammlung, welche die größte ihrer Art weltweit ist.

Sascha Günther



Usprünglich für eine vorübergehende Ausstellung in der Wiener Secession 1902 geschaffener Wandzyklus und heute wieder im Secessionsgebäude untergebracht: Gustav Klimts Beethovenfries Bild: pa

Im Spessart tummeln sich wieder die Räuber

Anlässlich seines 600. Jubiläums wird Wasserschloss Mespelbrunn zum Ort für musikalisches Spektakel

Wer kennt es nicht zumindest dem Namen nach, das berühmt-berüchtigte Wirtshaus im Spessart? Literaturfreunde denken dabei an die Erzählung aus dem Märchenalmanach von Wilhelm Hauff aus dem Jahr 1827. Die meisten jedoch erinnern sich wohl eher an die Film- Komödie von Kurt Hoffmann mit Liselotte Pulver und Carlos Thompson in den Hauptrollen, die 1957 hier vor Ort gedreht wurde. Die wesentlichen Schauplätze der Filmhandlung waren zwei: zum einen das historische Wirtshaus, wohinter sich das bis heute existierende Gasthaus Zur Post in Hessenthal verbirgt, dessen Grundstein vor 200 Jahren gelegt wurde und das bereits Wilhelm Hauff kannte und literarisch verewigte. Zum anderen ist es das Wasserschloss Mespelbrunn, das in diesem Jahr sein 600-jähriges Bestehen feiert.

Nachfahre von Echters wohnt noch heute im Südflügel

Anlässlich dieses Jubiläums wird das musikalische Räuberspektakel „Das Wirtshaus im Spessart“ diesen Sommer vor der historischen Schlosskulisse erneut aufgeführt. Die Inszenierung hält sich eng an das Originaldrehbuch, und alle aus dem Film bekannten Figuren treten auch im Freilichttheater auf: Knoll und Funzel, Obrist von Teckel, Graf Sandau und selbstverständlich die Comtesse und ihr Räuberhauptmann. Mit dabei sind natürlich auch die musikalischen Ohrwürmer aus den 50er Jahren wie „Ach das könnte schön sein ...“, damals gesungen von den beiden Kabarettisten Wolfgang Müller und Wolfgang Neuss.

Das heutige Darsteller-Ensemble zählt insgesamt über 100 Mitglieder, die zum Gelingen dieser humorvoll-ro-mantischen Räuberpistole vor der historischen Kulisse des Wasserschlosses beitragen. Bis zum 25. August finden die Aufführungen an jedem Freitag und Sonnabend Abend statt. Der Eintritt kostet 22 Euro, ermäßigt 18 Euro. Kartenbestellungen sind möglich entweder unter der Telefonnummer (06092) 319 oder per E-Mail unter vorverkauf@spessartraeuberland.de.

Vom Wasserschloss Mespelbrunn selbst ist der nördliche Flügel zur Besichtigung freigegeben, während der Südflügel bis heute von den Nachfahren Hamann Echters bewohnt wird. Dieser erhielt im Jahre 1412 den „Platz zum Espelborn“ als Schenkung vom Erzbischof Johann von Mainz für seine treu geleisteten Dienste als kurfürstlicher Forstmeister und erbaute hier ein Weiherhaus, das bereits von seinem Sohn zu einem befestigten, wehrhaften Gebäude mit Mauern, Türmen und Wassergraben erweitert wurde. Denn damals war der Spessart noch ein wilder, unerschlossener Wald und für Anwohner ebenso wie für Reisende nicht ungefährlich. Sein heutiges Aussehen als verträumtes Renaissanceschloss verdankt das Bauwerk größtenteils Peter Echter von Mespelbrunn und seiner Frau Gertraud von Adelsheim, die den Umbau zwischen 1551 und 1569 durchführten. Von ihren zehn gemeinsamen Kinder ist das bekannteste Julius Echter, der als Fürstbischof in Würzburg und Herzog in Franken 1576 das Juliusspital und 1583 die Universität in Würzburg gründete. Im 17. Jahrhundert erlosch die männliche Linie der Echter. Als letzter weiblicher Spross heiratete Maria Ottilia Echter 1648 Philipp Ludwig von Ingelheim aus dem Rheingau, woraufhin beide mit kaiserlicher Erlaubnis ihre Familienwappen zusammenführen durften. Bis heute lautet der Name der Familie „Grafen von Ingelheim genannt Echter von und zu Mespelbrunn“.

Dank seiner abgeschiedenen Lage überstand Schloss Mespelbrunn alle Kriegswirren ohne Schäden und konnte sich sein malerisches Erscheinungsbild unversehrt erhalten. Eine Besichtigung ist in der Zeit von Karfreitag bis Allerheiligen täglich zwischen 9 und 17 Uhr möglich im Rahmen einer dreiviertelstündigen Führung, die im 20-Minuten-Takt startet. Pro Jahr verzeichnet das Schloss bis zu 100 000 Besucher. Der Eintrittspreis beträgt 4 Euro, für Schüler und Studenten 2 Euro. Telefon (06092) 269, E-Mail: schlossverwalung@schloss-mespelbrunn.de

. *Angelika Fischer*



Romantische Kulisse für die sommerlichen Freilichtspiele „Das Wirtshaus im Spessart“: Schloss Mespelbrunn Bild: A. Fischer

Der Krieg im Comic

Der Begriff Comic leitet sich vom englischen „comic strip“ (komischer Streifen) ab. Ein Comic beschreibt in einer Folge von gezeichneten Bildern nebst Text einen Vorgang oder erzählt eine Geschichte. Auch wenn dies meistens der Fall ist, muss ein Comic nicht zwangsläufig komisch sein. Als eigenständige Kunstform der sequenziellen Darstellung hat sich der Comic seit jeher auch ernster, ja dramatischer Geschehnisse angenommen. Selbst ein so schrecklliches Ereignis wie ein Krieg lässt sich im Comic darstellen, ohne dass dies verharmlosend oder gar despektierlich wirkt.

Einen Eindruck davon kann man sich in der Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus – Deutsch-Osteuropäisches Forum in der Ausstellung „Tout le monde kaputt. Der Erste Weltkrieg im Comic“ verschaffen. Die Ausstellung entstand im Rahmen des langjährigen Projektes „Studenten im Museum“ des Historischen Seminars II der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf in Zusammenarbeit mit dem Museum Historial de la Grande Guerre im französischen Péronne. Um die Aussagen der ausgestellten Comics der französischen Autoren und Zeichner Kris, Maël und Pendanx zu veranschaulichen, werden originale Comiczeichnungen gemeinsam mit Objekten aus den Beständen des französischen Weltkriegsmuseums gezeigt. Die Ausstellung wird von einem Rahmenprogramm begleitet, das historische Vorträge zur Ost- und Westfront sowie zur Literatur über den Ersten Weltkrieg umfasst. Daneben gibt es eine Filmreihe mit klassischen und modernen Antikriegsfilmen. In einem sogenannten Workshop sollen explizit Schüler und Studenten angesprochen werden. Die Ausstellung ist bis zum 14. September montags bis donnerstags 10 bis 17 Uhr und freitags 10 bis 14 Uhr zu sehen. Nähere Informationen erteilt die Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus, Bismarckstraße 90, 40210 Düsseldorf, Telefon (0211) 169910, Fax (0211) 353118, E-Mail: info@g-h-h.de

Weder komisch noch verharmlosend oder despektierlich

Auch das aktuelle Kriegsgeschehen in Afghanistan ist jetzt Gegenstand eines Comics. „Wave and Smile“ (Winke und lächle) nennt der Autor und Zeichner Arne Jysch seinen im Carlsen Verlag erschienenen „gezeichneten Roman“. Mehr als zweieinhalb Jahre hat Jysch recherchiert, mit Soldaten gesprochen, geschrieben und gezeichnet. Obwohl er selbst nie Soldat und schon gar nicht in Afghanistan war, zeichnet er ein klares Bild der Einsatzrealität. Auf knapp 200 Seiten hat er fast alle Facetten des Afghanistan-Einsatzes verarbeitet, von der permanenten Bedrohung durch Selbstmordattentäter, Heckenschützen und Sprengfallen über die sinnlose, den Einsatz behindernde deutsche Regelungswut bis hin zur posttraumatischen Belastungsstörung, die die Bundeswehrsoldaten mit nach Hause nehmen. Die durchgehend farbigen Illustrationen werden, dem Sujet der fiktiven Romanhandlung entsprechend, überwiegend von Ocker- und Grautönen oder dem Flecktarnmuster der deutschen Uniformen, eben den Farben dieses Krieges, dominiert. Die Zeichnungen weisen eine erstaunliche Athentizität und Detailtreue auf. In einer Situation, in der wir uns noch immer schwer damit tun, den Afghanistan-Einsatz als Krieg wahrzunehmen, führt Jysch uns mit seinem Comic vor Augen, dass Krieg nicht historisch, sondern Realität ist. *J.H.*

Statt des Gewehrs eine Schaufel

Arbeitsdienst: Viele autoritäre und totalitäre Staat in Europa hatten einen – auch die DDR

Kein Wort seiner geschwätzigen Autobiographie verlor 1981 Erich Honecker dazu, dass am 24. Juli 1952 auf seine Initiative ein „freiwilliger kasernierter Arbeitsdienst“ in der jungen DDR entstand. Das Unternehmen, pathetisch „Dienst für Deutschland“ (DD) genannt, war eine einzige Pleite, weswegen man es im Juni 1953 stillschweigend aufgab und fortan verschwieg, auch in der Historiographie, womit ein spannendes Thema vergeben wurde.

Die „Empfehlung“ für das Unternehmen hatten die Sowjets im April 1952 gegeben, vermutlich auch den Befehl zu dessen Ende, als sie erkannten, dass Honecker den nationalsozialistischen Reichsarbeitsdienstes (RAD) in allen Äußerlichkeiten kopierte. Die Russen empfahlen als Muster den polnischen „Sluzba Polsce“ (Dienst für Polen, SP) vom Februar 1948, der brav das „Vorbild“ des sowjetischen Komsomol propagierte und von dem Kollaborateur Oberst Edward Braniewski geführt wurde.


Marschierten in Reih und Glied: Der „Dienst für Deutschland“ Bild: Ullstein

Polens SP war als straff organisierte, einheitlich uniformierte, unentgeltlich arbeitende und politisch indoktrinierte Zwangsorganisation für 16- bis 21-Jährige eine Kopie des RAD, auch hinsichtlich des Erfassungsgrades: 1949 waren bereits 1,2 Millionen junge Polen erfasst, den RAD durchliefen von 1933 bis 1940 drei Millionen „Arbeitsmänner“. Honeckers DD brachte es demgegenüber nur auf ganze 6700 „Aktivisten“.

Ein Arbeitsdienst in einem totalitären Staat basiert auf physischer Arbeit, politischer Schulung und paramilitärischer Ordnung. Und sein Erfolg hängt von der Ausgewogenheit dieser Elemente ab. Das hatten die Polen halbwegs hingekriegt, als sie Jugendliche militärisch formiert ins kriegszerstörte Warschau schickten und ihnen „Kto Polsce sluzy, sobie sluzy“ (Wer Polen dient, dient sich selber) ans Herz legten. Dennoch wurde der SP von der Regierung am 17. Dezember 1955 aufgelöst, gewiss auf Moskauer Weisung, denn im eisigen Kalten Krieg war nur Satelliten-Militär interessant, „Wojsko“ (Armee) bei Polen, „Kasernierte Volkspolizei“ (KVP) in der DDR.

So endete in Osteuropa das Erbe der „Erfinder“ des Arbeitsdienstes, der Bulgaren mit ihrer „Trudova povinnost“ (Arbeitspflicht, TP) vom Juni 1920. Sie hatten auf deutscher Seite den Weltkrieg verloren, durften 1919 laut Friedensvertrag von Neuilly nur noch 20 000 Soldaten haben, ein Sechstel der alten Stärke. Jetzt machte die Bauernregierung unter Aleksandyr Stamboliski aus der Not eine Tugend, indem sie „alle bulgarischen Untertanen beiderlei Geschlechts“ von 16 bis 20 Jahren für ein halbes (Mädchen) beziehungsweise ein ganzes Jahr (Männer) zu „Za Bylgarija trud“ (Arbeit für Bulgarien), so das TP-Motto, verpflichtete. Bereits im Juli 1921 betraf das 774 000 junge Leute, 86 Prozent der „Arbeitspflichtigen“, die als „Trudovazi“ Hunderte Kilometer Straßen und Gleise bauten, Stauseen und Brunnen anlegten, dazu vielfach noch mit Lesen, Schreiben und Hygiene vertraut gemacht wurden. Die TP war ein solcher Erfolg, dass man sie beibehielt, als 1937 die Beschränkungen von Neuilly fortfielen.

Das bulgarische Exempel wurde von deutschen Gruppen wie der „Schlesischen Jungmannschaft“ vor Ort studiert und daheim in „Freiwilligen Arbeitsdiensten“, die im Dezember 1932 schon 241 766 Jugendliche beschäftigten, kopiert. 1933 kam der RAD, per Gesetz vom 26. Juni 1935 Zwangsorganisation, der „Dienst“ und „Arbeit“ großschrieb – „Arbeit für dein Volk adelt Dich selbst“ –, aber auf Distanz zur NSDAP achtete, weswegen er 1946/47 im Nürnberger Prozess kaum erwähnt wurde, schon gar nicht als „verbrecherische Organisation“.

Das bulgarische Muster zündete in Übersee sowie West- und vor allem Osteuropa. In Rumänien gründete Dimitrie Gusti, Soziologe von Rang und umsichtiger Bildungsminister, 1938 den „Serviciul Social“ (Sozialer Dienst), der jugendliche Arbeit, praktische Landeserkundung und dörfliche Bildungsvermittlung verband. In Ungarn entstand 1939 für ethnische Minderheiten der „Munkaszogálat“ (Arbeitsdienst), ähnlich in der Slowakei die „Pracovni jednotky“ (Arbeitseinheiten) für Juden und Zigeuner.

Am 1. April 1946 startete mit dem Baubeginn der 92 Kilometer langen Bahnstrecke Brcko–Banovici im Norden Bosniens mit 62 268 Jugendlichen in Titos Jugoslawien die „Omladinska radna akcija“ (Jugendarbeitsaktion, ORA). In insgesamt 34 Jahren nahmen zwei Millionen „Akzijaschi“ freiwillig daran teil, darunter anfangs auch aus der Lausitz slawische Sorben mit deutscher Staatsangehörigkeit. Das trug diesen nach dem Ausbruch des Konfliktes zwischen Tito und Stalin im Jahre 1948 Ärger mit den SED-Stalinisten ein. Außer im Eisenbahnbau wurden die jugendlichen Freiwilligen auch beim Bau von Fabriken, Brücken und der Autobahn „Brüderliche Eintracht“ eingesetzt. Die ORA zeigte, wie man Arbeit und Unterricht, Unterbringung und Ernährung, Sport und Unterhaltung so regelt, damit es bei Jugendlichen „ankommt“. Sie war eine Alternative zur Armee, die nicht alle jungen Männer aufnehmen konnte, die zur Verteidigung gegen Stalin zu ihr drängten. Um bei Mädchen nicht als „kukavice“ (Feiglinge) chancenlos zu sein, schlüpften sie bei der ORA unter.

Die ORA war wie jeder Arbeitsdienst unwirtschaftlich, betrieb einen Kult physischer Arbeit, als diese dank moderner Maschinen unnötig war. Trotzdem hielt man bis Titos Tod 1980 an ihr fest. Derzeit erlebt sie einen zweiten Frühling – in Belgrad, wo im Mai 2012 das Technische Museum eine ORA startete, um einen Dampfer Baujahr 1913 wieder aufzumöbeln, oder im slowenischen Portoroz, wo ORA-Veteran Jozef Parag seit Jahren ORA-Aktionen ausrichtet, zu deren 200 Plätzen sich Jugendliche aus dem ganzen ehemaligen Jugoslawien drängen.

Militarisierung der Arbeit

Und anderswo? In Ungarn will Premier Viktor Orbán Arbeitslose zu gemeinnütziger Arbeit zwingen. In Deutschland schlugen der niedersächsische Ministerpräsident Siegmar Gabriel 2003 und Bundesverteidigungsminister Franz Josef Jung 2005 sogenannte Gemeinschaftsdienste für Jugendliche vor. Aber nicht à la Honeckers DD, über den jüngst die Rentenversicherung urteilte: Er war kein „Arbeitsverhältnis“, zählt nicht als „Rentenbeitragszeit“.

Wolf Oschlies

Erste First Lady

Bundespräsidentengattin Elly Heuss-Knapp

Der Apfel fällt nicht weit vom Stamm. Elly Heuss-Knapps Vater war der Nationalökonom Friedrich Knapp und so studierte auch die spätere Ehefrau des ersten Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland in Freiburg und Berlin dieses Fach. Vorher besuchte sie jedoch das Lehrerinnenseminar. Nach der Seminarausbildung gründete sie mit anderen eine sogenannte Fortbildungs- oder Fortschrittsschule für Mädchen, welche die siebenjährige Volksschule hinter sich hatten. Dort unterrichtete sie bis zur Aufnahme ihres Nationalökonomiestudiums.

Elly Heuss-Knapp Bild: Archiv

Neben der Wirtschafts- interessierte die am 25. Januar 1881 in Straßburg geborene spätere Gründerin und erste Kuratoriumsvorsitzende des Müttergenesungswerkes die Sozialpolitik. Als Studentin hatte sie Kontakt mit dem Wirtschaftswissenschaftler und Sozialreformer Lujo Brentano, der im Rahmen der bestehenden liberalen Wirtschaftsordnung die Lebensverhältnisse der Lohnarbeiter verbessern wollte. Theodor Heuss war sein Student und Doktorand, Friedrich Naumann gehörte zu den Gästen seines Hauses. Über Brentano lernte Heuss-Knapp Naumann und über Naumann dann ihren späteren Mann Heuss kennen. 1908 heirateten die beiden, Albert Schweizer hielt die Traurede. Seit dem Ersten Weltkrieg mit seiner Not engagierte sich Heuss-Knapp in der Wohlfahrt, seit der Novemberrevolution auch in der Politik. Wie ihr Mann fand sie ihre politische Heimat in der linksliberalen Deutschen Demokratischen Partei.

Ihre große materielle Bewährungsprobe hatte Heuss-Knapp in der NS-Zeit, als sie wegen des Berufsverbotes ihres Mannes die Familie mit unpolitischer Arbeit ernährte. Erfolgreich betätigte sie sich in der Werbebranche. So ist sie die Erfinderin des „akustischen Warenzeichens“ (Jingle).

In Nachkriegsdeutschland fand sie mit ihrem Mann schnell zur FDP, wurde Mitglied des Landtages von Württemberg-Baden, wo sie außer dem kultur- auch dem sozialpolitischen Ausschuss angehörte. Nach der Wahl ihres Mannes zum Bundespräsidenten konzentrierte sie sich auf die Aufgaben einer First Lady, wobei ihr Interesse insbesondere den karitativen, landesmütterlichen galt. 1950 gründete sie das Müttergenesungswerk. Bereits wenige Jahre später erlag sie am 19. Juli 1952 in Bonn einem langjährigen schweren Herzleiden.

Manuel Ruoff

Zukunft am Boden ungewiss

Mit dem Forschungsflugzeug ATTAS ist die letzte fliegende VFW 614 ausgemustert worden

Sie war ein ganz besonderes Flugzeug – die VFW 614 des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt (DLR), Zulassung D-ADAM. Die nun im Rahmen eines Festakts außer Dienst gestellte Maschine diente fast drei Jahrzehnte für Forschungs- und Entwicklungsaufgaben der unterschiedlichsten Art. D-ADAM war nicht nur das letzte noch fliegende Exemplar von 19 gebauten Maschinen. Es war auch ein einzigartiges Labor für die deutsche und internationale Luftfahrtforschung.

Durch zahlreiche Umbauten ist es im Laufe seiner langen Dienstzeit immer wieder an neue Aufgaben angepasst worden. Mit dem Kurzstrecken-Verkehrsflugzeug VFW 614 hatte das 1982 gekaufte und 1985 in Dienst gestellte Flugzeug nicht viel gemein. Aufhängepunkte für Sensorbehälter auf den Tragflächen, eine Messsonde für den Luftdruck an einem langen Ausleger vor der Bugspitze, sowie zusätzliche Steuerklappen an den Hinterkanten der beiden Flügel machen deutlich, wie weit das ATTAS (Advanced Technologies Testing Aircraft System, etwa Fortgeschrittenes Testsystem für Flugzeugtechnologien) vom ursprünglichen Verkehrsjet entfernt war.


Von außen durch den langen Ausleger vor der Bugspitze als eine besondere VFW 614 zu erkennen: Die ATTAS des DLR Bild: List

Begonnen hatte das mit dem Umbau, der dem Einsatz für die Wissenschaft voranging. Zwischen 1982 und 1985 installierten Techniker bei Messerschmitt-Bölkow-Blohm in Bremen (heute Airbus) ein neues elektronisches Flugsteuerungssystem, leistungsfähige Bordcomputer, Datenaufzeichnungsgeräte und andere elektronische Ausrüstung. Die ursprüngliche mechanische Steuerung diente als Sicherheitsreserve.

Die Flugsteuerung war frei programmierbar. Wissenschaftler konnten also Software aufspielen, die das Flugverhalten anderer, zum Teil sehr viel größerer Flugzeuge simuliert. So testeten Entwickler schon Jahre vor dem Erstflug die Flugeigenschaften des großen Airbus A380.

Auch innen war vom Passagierflugzeug nichts mehr zu erkennen. Nur die Ausstattung des rechten Platzes im Cockpit entsprach bis zum Schluss weitgehend dem Airliner VFW 614. Bei Flugversuchen saß hier der Sicherheitspilot, der Start und Landung übernahm und die Arbeit des links sitzenden Experimentalpiloten überwachte. Dessen Arbeitsplatz sah mit seinem seitlich angebrachten Steuerknüppel und den großen Displays eher aus wie das Cockpit eines modernen Kampfjets. Allerdings konnte der Sicherheitspilot seinen Kollegen jederzeit durch einen Zug am Steuerhorn übersteuern und das Flugzeug übernehmen.

In der ehemaligen Passagierkabine befanden sich Arbeitsplätze für Ingenieure und Wissenschaftler sowie Geräteschränke mit der umfangreichen Bordelektronik. Datalinks verbanden die Elektronik an Bord mit Computern am Boden und ermöglichten sogar, das Flugzeug von einer erdgebundenen Kontrollstelle zu fliegen wie eine Drohne.

In seinen 27 Dienstjahren wurde ATTAS bei zahlreichen Forschungsprogrammen genutzt, so zur Vermessung von Wirbelschleppen, zum Testen geräuscharmer Landeanflugverfahren oder um innovative Software für die Regelung des Luftverkehrs zu testen. Studenten nutzten das Flugzeug ebenso als fliegendes Klassenzimmer wie angehende Testpiloten der britischen Empire Test Pilots School. Allerdings zeigten sich zu Beginn des Jahres Schäden an einem der Triebwerke, und so legte man das Flugzeug still. Über das weitere Schicksal des ATTAS wird noch entschieden. Vielleicht bleibt es den Forschern als Labor am Boden erhalten. Denkbar ist auch, dass es seinen Ruheplatz in einem Museum findet.

Friedrich List

Wie das »rote Preußen« endete

Vor 80 Jahren entmachtete das Reich mit dem »Preußenschlag« die geschäftsführende Regierung Braun

Am 20. Juli dieses Jahres jährt sich zum 80. Mal der sogenannte Preußenschlag, die umstrittene Absetzung der geschäftsführenden preußischen Regierung Otto Braun durch das Reich. Durch die auf Artikel 48 der Weimarer Reichsverfassung beruhende Notverordnung „Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet des Landes Preußen" wurde die geschäftsführende Minderheitsregierung des Sozialdemokraten Braun zugunsten eines Reichskommissars entmachtet.



Anlass des „Preußenschlages": „Altonaer Blutsonntag" Bild: Ullstein

Der erst kurz vor dem Staatsstreich als Nachfolger Heinrich Brünings ins Amt berufene Reichskanzler Franz von Papen wurde zum Reichskommissar in Preußen ernannt, wo er als Regierungschef im Auftrag des Reiches fungierte. Zum stellvertretenden Reichskommissar wurde der Essener Oberbürgermeister Franz Bracht ernannt, der zusätzlich mit der Leitung des preußischen Innenministeriums betraut und insofern Nachfolger Carl Severings wurde. Etliche andere wichtige Ämter in Regierung und Verwaltung wie beispielsweise die des Polizeichefs wurden ebenfalls von der Reichsregierung neu besetzt. Durch diese Entfernung vieler der SPD angehörenden beziehungsweise ihr nahestehenden Politiker aus ihren Machtpositionen wurde Preußen als „rote Festung" innerhalb des Reiches von den Konservativen ausgeschaltet. Da der Freistaat Preußen als Hochburg der Weimarer Koalition galt, wird der „Preußenschlag" gegen seine geschäftsführende Landesregierung nicht nur als Angriff auf den Föderalismus, sondern auch auf die Mittelinksparteien verstanden.

Ein Schlag gegen die Weimarer Koalition

Der Artikel 48 der Reichsverfassung besagte, dass bei akuter Gefährdung der inneren Sicherheit und Ordnung der Reichspräsident per Notverordnung jene sichern sollte. Solch eine Notverordnung durfte auch in die Politik einzelner Reichsländer eingreifen. Im Falle des „Preußenschlages" gab es viele Aspekte, die seine Legitimität bis heute zweifelhaft erscheinen lassen. So hat beispielsweise die Reichsregierung die Notverordnung bereits präventiv vor dem 20. Juli verfasst und sie ohne Datum durch den Reichspräsidenten Paul von Hindenburg unterzeichnen lassen, also sobevor es überhaupt einen akuten Anlass für sie gab. Den offiziellen Anlass bildete am 17. Juli 1932 der „Altonaer Blutsonntag", an dem im damals zu Preußen gehörenden Altona friedlich geplante Demonstrationen der extremen Parteien eskalierten und zu Straßenschlachten führten, als die Demonstranten aufeinandertrafen. Dieses Ereignis forderte 17 Tote und etliche Verletzte und diente als Begründung für mangelnde Sicherheit in Preußen, in dem die Landesregierung die Kontrolle verloren habe.

Weitere, inoffizielle Beweggründe kamen hinzu: So wurde mit dem „Preußenschlag" eine Hochburg der SPD neutralisiert, die der konservativen Reichsregierung zunehmend zur Last geworden war. Außerdem waren in Preußen die extremen Gruppen ungleich behandelt worden. Während Linksextreme uneingeschränkt ihre Meinung äußern durften, wurde den Rechtsextremen der Machtaufstieg erschwert, beispielsweise durch das Verbot der SS und SA.

Ein Schlag gegen den Föderalismus

Widerstand gegen den „Preußenschlag" gab es kaum. Die Partei des geschäftsführenden Ministerpräsidenten und die ihr nahestehenden Gewerkschaften leisteten beinahe keine Gegenwehr, riefen nicht zum politischen Generalstreik gegen die Reichsregierung auf. Durch diese Teilnahmslosigkeit verloren sie unter ihren Anhängern erheblich an Vertrauen und an Ansehen als Machtfaktoren in der Politik. Möglicherweise ist es darauf zurückzuführen, dass die SPD bei den folgenden preußischen Landtagswahlen vom 31. Juli 1932 in erheblichem Maße an Wählern verlor, wohingegen die NSDAP einen enormen Stimmzuwachs verzeichnen und die meisten Abgeordneten in den neugewählten Landtag entsenden konnte.

Kritisiert wurde der Preußenschlag schon während und direkt nach seiner Ausführung. Die Kritik lautete, dass er verfassungsrechtlich ungenügend begründet sei, um in dem Ausmaß Veränderungen in der preußischen Regierung vorzunehmen. Trotzdem wurde die Klage der preußischen Regierung gegen die Reichsregierung vom Staatsgerichtshof zurückgewiesen. Letzterer erklärte die Notverordnung für verfassungsgemäß, soweit sie den Reichskanzler zum Reichskommissar für Preußen bestellte und diesen ermächtigte, preußischen Landesministern vorübergehend Amtsbefugnisse zu entziehen und diese Befugnisse selbst zu übernehmen oder anderen Reichskommissaren zu übertragen.

Die dem „Preußenschlag" folgende Aufnahme vieler ihr angehörender beziehungsweise nahestehender Personen in den preußischen Staatsapparat erleichterte der NSDAP ihren rasanten Aufstieg und auch ihre Regierungsübernahme 1933. Die Ausschaltung der SPD-geführten Landesregierung erleichterte den Nationalsozialisten nach ihrer „Machtergreifung" die Gleichschaltung der Länder als einen Schritt zum Totalitarismus. *Melinda Heitmann*

»Altonaer Blutsonntag«

Der SA-Aufmarsch vom 17. Juli 1932 im damals noch preußischen Altona, der bis zu 7000 Teilnehmer zählte, ist als „Altonaer Blutsonntag" in die Geschichte eingegangen. 17 Menschen kostete er das Leben, über 100 wurden verletzt.

An jenem 17. Juli zog die SA aus Werbezwecken in der von Kommunisten und Sozialdemokraten dominierten Stadt auf. Die vom sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Otto Eggerstedt genehmigte Demonstration eskalierte, als die SA und die sie begleitenden Polizisten von Häuserdächern aus beschossen wurden. Obwohl die Polizei nicht zimperlich gegen die Gegendemonstranten vorging und vermutlich einige der Todesopfer zu verschulden hatte, wurden in anschließenden Gerichtsverfahren Kommunisten als die Schuldigen bestraft. Vier von ihnen zum Tode, der Rest zu teilweise langen Haftstrafen. *Sascha Günther*

»Königsberg ist meine Heimat ...«

Buchvorstellung und Zeitzeugengespräch in Berlin – Verfolgung und Vertreibung prägten Nechama Drobers Leben

Jahrhundertelang haben jüdische Mitbürger die Geschichte Königsbergs mitgeprägt, zu Wohlstand, Glanz und Würde beigetragen. Das nationalsozialistische Regime machte diese Symbiose zunichte. Mit der Verfolgung und insbesondere der Deportation der Königsberger Juden am 24. Juni und 24./25. August 1942 wurde die jüdische Kultur der Stadt am Pregel praktisch ausgelöscht. In Berlin erinnerte jetzt eine Veranstaltung in der Neuen Synagoge, dem Centrum Judaicum, an diese dramatischen Ereignisse vor 70 Jahren. Hauptgast war Nechama Drober, eine der letzten Augenzeuginnen, die sowohl die braune Herrschaft als auch die Russenzeit am Ort überlebt haben. Ihre Erinnerungen an den Holocaust, aber auch an das alte Königsberg, bewegten die zahlreichen Gäste zutiefst. Ihr Buch, in zweiter Auflage erschienen, war an diesem Abend alsbald vergriffen.

Welches Interesse das Thema Königsberg heute wieder in der deutschen Hauptstadt erzeugt, zeigte schon die Rednerliste des Abends. Nicht nur Hermann Simon, der Direktor des Centrum Judaicum, sprach einleitende Grußworte. Auch Aristide Fenster, der Generalkonsul der Bundesrepublik Deutschland in Königsberg, und Klaus Weigelt, der Vorsitzende der Stiftung Stadtgemeinschaft Königsberg (Pr.), äußerten sich zur Geschichte und Bedeutung Königsbergs in heutiger und früherer Zeit.


Bei der Veranstaltung in Berlin: Nechama Drober Bild: Stiftung Denkmal

Äußerst bewegend war das folgende Zeitzeugengespräch, das Uwe Neumärker, der Direktor der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas, mit Nechama Drober vor großem Publikum auf dem Podium führte. Die Königsbergerin wurde 1927 als Hella Markowsky geboren. Die bald 85-Jährige, die heute in einem Seniorenheim in Israel ihren Lebensabend verbringt, erlebte Einschnitte in ihrem Leben, wie sie schlimmer nicht hätten sein können. Schon als kleines Mädchen erlebte sie die Ausgrenzung der Juden in der Schule, später sah sie vom Schlafzimmerfenster aus, wie die Neue Synagoge in Königsberg, die den jüdischen Kindern als Schule diente, im November 1938 brannte. Sie erlebte den Abtransport von Teilen der jüdischen Bevölkerung mit Deportationszügen am 24. Juni und 24./25. August 1942. Sie begleitete unzählige Freunde, aber auch Verwandte, bis zum Zug – ohne zu ahnen, dass es kein Wiedersehen geben würde.

Auch die Bombennächte von Königsberg erlebte die junge Hella in großer Furcht mit. Sie überlebte diese nur knapp. Es folgten die Eroberung Ostpreußens durch die Rote Armee und die Hungersnot unter der deutschen Zivilbevölkerung, bei der ihre Mutter und ihr fünfjähriger Bruder umkamen, nachdem der Vater von den Sowjets bereits nach Sibirien verschleppt worden war und lange Zeit verschollen blieb. Hella Markowsky floh mit ihrer Schwester Rita über Litauen, wo sie ihren Namen wechseln musste, in das moldauische Kischinew. Ihre wahre Identität als Deutsche gab sie niemals preis, weil sie Angst um ihr Leben und ihre Existenz hatte. Wegen des aufkeimenden Antisemitismus in der zerfallenden Sowjetunion, die ihr niemals Heimat geworden war, emigrierte sie mit 63 Jahren nach Israel. Am liebsten wäre sie 1990 nach Deutschland übergesiedelt, doch die deutschen Behörden lehnten den Einreiseantrag ab. Bereits im vorigen Jahr nahm Drober an der Einweihung einer Gedenktafel für die 465 jüdischen Kinder, Frauen und Männer, die am 24. Juni 1942 in die Vernichtungsstätte Malyj Trostenez bei Minsk verschleppt und dort erschossen wurden, am früheren Königsberger Nordbahnhof teil; ein gemeinsames Projekt unter anderem der Stiftung Denkmal, der Stadtgemeinschaft Königsberg und der russisch-jüdischen Gemeinde.

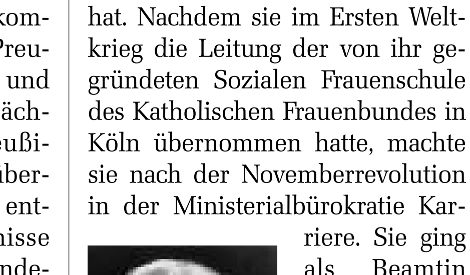
Trotz aller Schwierigkeiten und Erlebnisse in ihrem Leben, so die beherzte Aussage von Nechama Drober, ist sie im Herzen Königsbergerin und Deutsch ihre Muttersprache in bester ostpreußischer Ausprägung geblieben. Ihre Erinnerungen tragen den Titel "Ich heiße jetzt Nechama. Mein Leben zwischen Königsberg und Israel" und sind für fünf Euro bei der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas, Geschäftsstelle, Georgenstraße 23, 10117 Berlin, Telefon (030) 263943-0, Fax (030) 263943-20, E-Mail: info@stiftung-denkmal.de, erhältlich. *Christian Mahnken*

Mutter zweier Verfassungen

Helene Weber galt in der jungen Bundesrepublik als die einflussreichste Frau der Union. Die engagierte Frauenpolitikerin war nicht nur die einzige Unionsfrau im Parlamentarischen Rat, sondern neben Wilhelm Heile von der Deutschen Partei und Paul Löbe von der SPD auch das einzige Mitglied des Parlamentarischen Rates, das auch schon in der Nationalversammlung über die Weimarer Verfassung abgestimmt hatte. Zudem war sie, auf deren ausdrücklichen Wunsch hin, die Nachfolgerin der ersten First Lady der Bundesrepublik in deren Eigenschaft als Vorsitzende des Kuratoriums des Müttergenesungswerkes.

Wie Elly Heuss-Knapp wurde auch die am 17. März 1881 in Elberfeld geborene Volksschullehrertochter Lehrerin. Nach der Mittleren Reife besuchte sie von 1897 bis 1900 das Lehrerinnenseminar. Wie bei Heuss-Knapp folgte dem Lehrerinnenexamen und kurzer Tätigkeit im erlernten Beruf die akademische Weiterbildung an der Universität. Sie studierte Geschichte, Philosophie, Romanistik und Sozialpolitik. Anschließend arbeitete sie im Höheren Schuldienst in Bochum und Köln.

Nebenbei ist die Lehrerin auf sozialem und sozialpolitischem Gebiet aktiv. Ihr Standort ist dabei der politische Katholizismus, in dem sie diverse Funktionen innehat. Nachdem sie im Ersten Weltkrieg die Leitung der von ihr gegründeten Sozialen Frauenschule des Katholischen Frauenbundes in Köln übernommen hatte, machte sie nach der Novemberrevolution in der Ministerialbürokratie Karriere.




Helene Weber



Sie ging als Beamtin ins preußische Ministerium für Volkswohlfahrt. Daneben arbeitete sie für das Zentrum als Parlamentarierin. Nach der Nationalversammlung saß sie für ihre Partei von 1922 bis 1924 im preußischen Landtag und anschließend im Reichstag. Als einzige Abgeordnete ihrer Fraktion stimmte sie gegen das Versailler Diktat. Ebenso sprach sie sich fast eineinhalb Jahrzehnte später gegen das Ermächtigungsgesetz aus, stimmte aber aus Gründen der Fraktionsdisziplin im Reichstag dafür.

Die Herrschaft der Nationalsozialisten unterbrach Webers Tätigkeit und Karriere in Staat und Politik. In der freien Wohlfahrtspflege fand sie ihre Nische. In Berlin war sie bis 1943 im Fürsorge- und Caritasdienst tätig. Nach der Ausbombung zog sie erst zu ihrer Schwester nach Marburg und ließ sich dann 1945 in Essen nieder.

Nach dem Krieg nahm sie ihre politische und Parlamentsarbeit wieder auf. Nun engagierte sie sich in der CDU und übernahm die Leitung von deren Frauenvereinigung, wurde also formal erste Frau der CDU. Sie wurde Mitglied des NRW-Landtages, des Zonenbeirates und schließlich des Parlamentarischen Rates. Nach der Gründung der Bundesrepublik wurde sie Bundestagsabgeordnete, 1950 auch Mitglied der deutschen Delegation des Europarates. Wenn Weber auch eine „schematische" Gleichberechtigung ablehnte, um den „Eigenwert" der Frau zu bewahren, so war ihr doch ein weiblicher Bundesminister ein Anliegen. 1961 gab Bundeskanzler Konrad Adenauer ihrem Drängen mit der Berufung von Elisabeth Schwarzhaupt zur Bundesgesundheitsministerin nach. Im darauffolgenden Jahr starb Helene Weber nach längerer Krankheit am 25. Juli in Bonn. *Manuel Ruoff*

Europäischer Krieg gegen Deutschland

Zu: „In der Räuberhöhle“ (Nr. 27)

Der Eurorettungsgipfel endete mit einer weiteren Niederlage Deutschlands und offenbarte unsere katastrophale politische Isolation.

Altbundeskanzler Helmut Schmidt stellte kürzlich richtig fest, Deutschland befinde sich in einer Lage wie vor dem Ersten Weltkrieg. Aufgrund seiner nationalmasochistischen Einstellung gibt Schmidt Deutschland die Schuld daran. Aber es ist doch wohl eher so, dass wir durch die Verantwortungslosigkeit der anderen in die Rolle des weißen Raben geraten sind.

Alle vorgetäuschten Schutzmechanismen zur Disziplinierung der internationalen Finanzpolitik kann man vergessen. Als schlimmes Negativbeispiel gilt die Europäische Zentralbank. Nach ihren Statuten ist die EZB verpflichtet, eine Währungsstabilitätspolitik nach dem Beispiel der Deutschen Bundesbank zu betreiben. Aber kein Schwein in der EZB kümmert sich darum. Die Zentralbank betreibt stattdessen eine kriminelle Geldvermehrung und finanziert marode Staaten. Das alles müssen die Deutschen eines Tages bezahlen.

Der ehemalige deutsche Chefvolkswirt der EZB, Jürgen Stark, hat aus Gewissensgründen seinen Posten aufgegeben, weil er diese Machenschaften nicht mit verantworten wollte.

Nach meinen Beobachtungen sind die europäischen Verhandlungen eine Fortsetzung der europäischen Kriege mit anderen Mitteln und mit dem seit Jahrhunderten verfolgten Ziel, Deutschland zu vernichten. Die Franzosen bezeichneten Maastricht als „Versailles ohne Krieg“. Nachdem man uns ein Drittel unseres Landes geraubt hat, will man uns nun auch noch wirtschaftlich ausplündern.

Gerhard Synowzik, Stadtoldendorf

Merkels Trick

Zu: „Jenseits des Rechts“ (Nr. 26)

Bundeskanzlerin Merkel darf man unterstellen, dass sie den gesamten Wortlaut des ESM-Vertrages kennt. Deshalb ist ihr Verhalten geprägt von Täuschungsmanövern, welche das wahre Ziel verschleiern sollen. Offenbar hat sie auch den „Clausewitz“ gelesen, denn ihr Vorgehen ist nicht ungeschickt. Dem Volke stellt sie sich, im vollen Rampenlicht, als „eiserne Kanzlerin“ dar, die mit „Zähnen und Klauen“ die Interessen des deutschen Volkes vertritt und an der sich die „europäischen Schuldenmacher“ die Zähne ausbeißen. Dieses Bild wird fleißig von allen Medien aufgenommen.

Genau das ist aber der Trick. Kann man denn von einer solchen „harten Kämpferin“ annehmen, dass sie etwas zum Nachteil Deutschlands durchsetzt? Deswegen kann der „ESM“ doch nichts Schlechtes sein, den sie so mühsam unseren „europäischen Partnern“ abgerungen hat, oder? Lesen soll das „Vertagswerk“ möglichst auch keiner, weil viel zu kompliziert für das Volk. So soll verschleiert werden, dass der „ESM“ in Wahrheit viel schlimmer ist als die Versailler Verträge und alle „Rettungsschirme“ zusammen genommen. Diese hatten wenigstens ein Ende, der ESM nicht.

Lothar Liedtke, Lima, Peru

Das tut direkt weh

Zu: „Wie Königsberg zur ‚Weißen Brücke‘ kam“ (Nr. 25)

Wir hatten schon immer eine weiße Brücke in Königsberg. Es war eine Holzbrücke, die weiß gestrichen war. Die von der Cranzer Allee kommende Sarkauer Straße führte direkt auf sie zu hinüber ans Oberteichufer.

Einen Kunzauer Weg hat es nie gegeben, jedoch den Kunzener Weg. Er kreuzte vor der Brücke über die Sarkauer Straße und hieß dann Am Ziegelhof. Solche Ungenauigkeiten in der *Preußischen Allgemeinen Zeitung/Das Ostpreußenblatt* tun mir direkt weh, habe ich doch meine glücklichen Kinder- und Jugendjahre am, im und um den Oberteich herum verlebt.

Irene Blankenburg-Kurbjuhn, Ostseebad Kühlungsborn

Äpfel und Birnen

Zu: Betreuungsgeld

In der Sendung „Beckmann“ ist Ulla Schmidt mit dem Vergleich von Betreuungsgeld und Theaterbesuch hausieren gegangen. Das ist in mehrfacher Hinsicht ein Äppel-Birnen-Vergleich – hinsichtlich des Erfordernisses: Ein Kulturangebot ist kein Erfordernis; – hinsichtlich des Zwecks: Opernbesuch ist ein Angebot, das man nutzen kann, aber nicht muss; ein Betreuungsservice ist ein Erfordernis, das zu erbringen ist (das gilt selbst im Falle der „Nur-Hausfrau“, denn ihr Verdienstausfall muss irgendwie ausgeglichen werden); – hinsichtlich des Kompensationserfordernisses: Es wird ein Angebot mit einem Erfordernis verglichen: Das Angebot braucht man nicht zu nutzen, das Erfordernis ist aber unabdingbar und – das Kulturangebot gilt für alle, das Betreuungsgeld nur für den, der es benötigt. Erkennt Frau Schmidt diese offensichtliche Irrelevanz des Vergleichs nicht?

Dr. Hans-Joachim Kucharski, Mülheim

Hatte es auch früher schon in Königsberg gegeben: Eine weiße Brücke Bild: J. Tschernyschew

Da ist das Problem

Zum Leserbrief „Themen für Konservative liegen auf der Straße“ (Nr. 26)

Dieser Leserbrief zeigt genau das Problem, weswegen konservative Parteien es so schwer haben, sich wieder zu etablieren: Sie verschließen sich total dem Wandel der Zeit. Es gibt keinen rationalen Grund, Homosexuellen das Recht auf Eheschließung zu verwehren. Konservativsein muss nicht zwangsläufig heißen, Verhältnisse der 50er und 60er Jahre des vergangenen Jahrhunderts krampfhaft beibehalten zu wollen. Dadurch machen sie sich automatisch uninteressant für den jungen Teil der Bevölkerung.

Dem Titel des Leserbriefes kann ich jedoch uneingeschränkt zustimmen: Es gibt sovieles, was die konservativen Parteien in ihrem Programm thematisieren könnten. Aber leider schießen sie sich ausschließlich auf die Einwanderungsproblematik ein.

André Lisowski-Berndt, Essen

Über uns hinweg

Zu: „In der Räuberhöhle“ (Nr. 27)

Die Unterzeichnung des Vertrags zum Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) ist abzulehnen. Kein Mensch kann die Folgen für unser Land absehen, auch unseren Politikern fehlt der „Durchblick“.

Es wird über die Köpfe von Parlament und Bürgern hinwegregiert! Und grundlegende Elemente unserer Verfassung werden missachtet. Wie soll der Bürger da Vertrauen in die politische Führung haben, wenn er jeden Tag andere Hiobsbotschaften hört? Ohne Vertrauen in Politik und Währung wird der „europäische Traum“ bald verflogen sein.

Christian Lukner, Bonn

Ein Raffzahn

Zu: „Verschwiegene Erfolgsgeschichte“ (Nr. 22)

Niemand hat „Island“ Geld geliehen. Das Geld ging an isländische Banken, die dann nun mal Pleite gingen. Wer glaubt, dicke Zinsen ohne Risiko einstreichen zu können, ist auch als Kleinanleger ein Raffzahn.

Wolfgang Franz, Velburg

CDU zerstört mit

Zu: „Ausplünderung durch die Hintertür“ (Nr. 25)

Als 80-jähriger Ostdeutscher, der über 40 Jahre in der BRD gearbeitet und gelebt hat, bin ich immer mehr enttäuscht, dass nun auch die CDU, unsere Partei, mitbeteiligt ist am Abbau, an der Zerstörung unseres Vaterlandes, am Ausverkauf der BRD. Es ist uns „Normalbürgern“ klar geworden, dass Sarrazin Recht hat, Deutschland wird abgeschafft. Wir sind sehr traurig darüber.

Siegfried Seidel, Hagen

Was für ein Irrsinn!

Zu: „Über die Grenzen des Sozialstaats“ (Nr. 26)

Es ist höchste Zeit, dass da wieder ein neues soziales Fass geöffnet wird, beziehungsweise das vorhandene muss vergrößert werden. Nachweislich hat sich in unserem Land eine gigantische Sozialindustrie entwickelt, die unaufhörlich wächst. Die ganzen Beauftragten, Sozialarbeiter, Juristen, Soziologen und was weiß ich nicht noch alles vermehren sich von Jahr zu Jahr und müssen mit Arbeit bei Laune gehalten werden. Wenn man jetzt den Asylanten mehr Geld gibt, wird der Anreiz, nach Deutschland zu kommen, automatisch größer, es kommen neue „Kunden“ und Bedürftige, was wiederum bedeutet, dass wir mehr von den genannten Berufsgruppen benötigen.

Und so wird dieses riesige Sozialrad, so eine Art Lawine, immer größer, immer schwerer, immer unkontrollierbarer und wird uns eines Tages zermalmen. Wann in der langen Geschichte der Menschheit hat es einen solchen Irrsinn jemals gegeben? Und wenn sich jemand dagegen auflehnt, wird er als Rechtsradikaler an den Pranger gestellt, verliert seine Arbeit, wird aus Ehrenämtern entfernt, wird buchstäblich vogelfrei. Und so etwas nennt sich dann demokratischer Rechtsstaat, auf den wir alle stolz sein sollen.

Der Abgrund, auf den wir zusteuern, rückt immer näher, denn wir dürfen die Sozialausgaben in unseren „befreundeten“ Ländern mitfinanzieren, wie zum Beispiel die Rente ab 60 in Frankreich. Das alles läuft dann unter dem Deckmantel der Solidarität mit unseren europäischen „Freunden“, denen wir ja unseren Wohlstand zu verdanken hätten.

Peter Schumacher, Melsungen

Gute Schüler ausgebremst

Zu: „Schulkinder als Versuchskaninchen“ (Nr. 26)

Theo Maass hat klare Worte gefunden und die in Berlin laufenden bildungspolitischen Experimente als sozialistische Fehlplanung enttarnt. Leider folgen diesem sozialistischen Vorreiter allzu eifrig andre Bundesländer.

In NRW wird wieder einmal ein neuer Schulversuch realisiert: die Einheitsschule für alle Klassen von eins bis zehn. Die Schüler besuchen durchweg von der ersten bis zur zehnten Klasse dieselbe Schule, ohne dass eine weitere Differenzierung erfolgt. Wie die Vergangenheit lehrt, wird aus einem Schulversuch rasch gängige Praxis. Da die Kommunen die Schulträger sind, werden diejenigen unter ihnen jubilieren, deren Haushalte hohe Defizite aufweisen: Heißt dies doch, dass künftig weniger Schulgebäude unterhalten werden und weniger Hausmeistergehälter gezahlt werden müssen. Die demografische Entwicklung und eine sozialistisch geprägte Bildungsideologie machen dies möglich.

Die Schulen sind oftmals bereits von einer Bildungsinstitution zu einer Verwahranstalt degradiert worden. Kinder mit Lernbegabungen und einem Wissensdrang werden gleich zu Beginn ihres staatlichen Schullebens radikal ausgebremst. Den Lehrern werden multi-heterogene Klassenzusammensetzungen zugemutet, die vielfach in den Lehrern das rasche Absterben ihres Berufsethos fördern, und dies wird zudem mit einer Bürde von neuen Aufgaben gekoppelt, die unter den neuen Bedingungen unerfüllbar bleiben müssen. Der von oben inszenierten Gleichmacherei werden Generationen von Schülern und Lehrern geopfert. Unter Anbetracht dieser Entwicklung sieht die Zukunft Deutschlands in der Tat sehr düster aus!

Ilona Dubalski-Westhof, Radevormwald

Haben oder Sein?

Zu: „Über die Grenzen des Sozialstaats“ (Nr. 26)

Der Autor schreibt: „Medien diskutieren allerdings kaum die Frage, ob es gerecht ist, jemandem, der in den Sozialstaat nie eingezahlt hat, gleiche Leistungen in bar zu gewähren wie einem Hartz-IV-Empfänger.“ Dieser Auszug unterstellt, dass man darüber im Sinne von „Gerechtigkeit“ zu diskutieren habe. Allerdings meine ich, dass diese Fragestellung in ein Dilemma führt und für jeden aufrechten Preußen eigentlich keine Frage sein sollte. Es gibt darauf genau zwei richtige Antworten. Beide sind – je nach Prämisse – richtig, widersprechen sich aber. Die Frage ist nur, was hat für uns mehr Gewicht? Das Haben oder das Sein?

Liege ich mit meiner Unterstellung richtig, ist dem Autor das Haben wichtiger als das Sein, demnach ist es selbstverständlich nicht gerecht, irgend jemandem von etwas abzugeben, zu dem dieser nichts beigetragen hat. Das ist in jedem Falle ein logisches Argument. Für einen Preußen aber dennoch ein armseliges Argument, betrifft es doch nur das Haben und stellt nicht die Frage nach dem Sein.

Ist die Prämisse das Sein, so lautet die Frage anders: Wenn die geringen Hartz-IV-Sätze tatsächlich das Mindestmaß an Unterstützung darstellen, die man noch als menschenwürdig einordnen möchte, kann es dann eine Unterstützung geben, die noch geringer ausfällt? Ist Menschenwürde eine Frage der Herkunft? Für einen aufgeklärten Preußen sollte die Prämisse das Sein sein und aus einer gewissen Erhabenheit dieser Geisteshaltung heraus auch einem Asylsuchenden eine Unterstützung, die nicht geringer ausfällt als die für einen Einheimischen, gern gegönnt werden.

René Lehmann, Ludwigsfelde

Unter Alkohol

Zu: „Unterlassene Hilfeleistung“ (Nr. 27)

Vielleicht sollte man das ganze „Palaverment“ einmal unter Alkohol setzen. Wahrscheinlich richten sie dann weniger Schaden an, jetzt bei nüchterner Betrachtung.

Es heißt ja: „Besoffene und Kinder sagen meistens die Wahrheit!“

Gustav Geste, Hannover

Politik für die Interessen der großen Gläubiger

Zu: Europäischer Stabilitätsmechanismus

Ich höre immer wieder, der ESM wird „von den Parlamenten“ „auf höchst demokratische Weise“ ratifiziert. Aber wir leben in einem demokratischen Rechtsstaat. Und ein Teil des Rechtes sind Grundrechte und grundrechtsgleiche Rechte.

Nachdem 1933 durch das Ermächtigungsgesetz die Weimarer Verfassung ausgehebelt wurde, haben daraus die Väter und eine Mutter des Grundgesetzes die Konsequenzen gezogen und festgelegt, dass diese Basisrechte unveränderlich ewig gültig sind. Sie sind die Garantie dafür, dass die Demokratie nicht in einen Politikdarwinismus ausartet und man als Wähler nie einer politischen Macht unbegrenzt ausgeliefert ist.

Beim ESM und beim Fiskalpakt haben viele Menschen sich näher mit den Verträgen befasst und dabei entdeckt, dass hier Grundrechte bedroht sind. Die ganzen Verträge sind darauf hin ausgerichtet, die Interessen der großen Gläubiger zu erfüllen, selbst wenn dann Länder das Menschenrecht auf Gesundheit oder Nahrung nicht mehr sicherstellen können. Der IWF, nach dessen Praxis die Strenge in den Verträgen sein soll, ist schon über Tausende Leichen gegangen, indem seine Auflagen Sozialstrukturen zerstörten oder die Auflösung von Nahrungsmittelreserven forderten, sodass Hungersnöte und Krisen dann wesentlich mehr Opfer forderten, als es bei einer menschlicheren Politik passiert wäre. Die wirtschaftlichen Auflagen des IWF waren bei weitem nicht immer marktwirtschaftlich und haben durch künstlich geschaffene Benachteiligungen Kleinbetriebe und Regionalwirtschaften ruiniert oder geschwächt.

Die Klage von Sarah Luzia Hassel-Reusing aus Wuppertal ist über 700 Seiten lang. Schon zum Lissabonvertrag hat diese Frau eine großartige Verteidigung unseres Grundgesetzes geschrieben, wovon einiges in das Lissabonurteil einfloss. Die Verfassungskläger – ich kenne die drei ÖDP-Kläger persönlich (Buchner, Reusing und Striedl) – wurden damals durch Richter mit den Worten begrüßt: Wir sind froh, dass ihr kommt, sonst wären wir morgen arbeitslos.

Ich weiß nicht, wie die Richter urteilen werden. Sie haben auch beim Lissabonurteil meine Erwartungen nicht total erfüllt. Aber sie haben über die Rechtsprechung so viele Verbesserungen in den Lissabonvertrag eingebaut, beziehungsweise in dessen Anwendungsmöglichkeiten für Deutschland, dass wir diesen Klägern und den Richtern nur dankbar sein können für ihre akribische Recherche. Die vermisse ich bei vielen Politikern. Das könnte nämlich zu besseren Gesetzen und Verträgen führen und würde so das Verfassungsgericht entlasten.

Felix Staratschek, Radevormwald

Das Ostpreußenblatt



Nr. 28 – 14. Juli 2012

Wirtschaftstreffen ohne russische Unternehmer

Königsbergs Gouverneur warb mit seinen Beamten für das Gebiet – Deutsche Mittelständler vermissten ihre Kollegen

Die Sonderwirtschaftszone „Kaliningradskaja oblast" sollte theoretisch aufgrund ihrer geographischen Lage gerade für Investoren aus der Bundesrepublik Deutschland interessant sein. Wie der unlängst durchgeführte Wirtschaftstag in Berlin mit Beteiligung hochrangiger Persönlichkeiten der Region jedoch gezeigt hat, gibt es in der Praxias immer noch viele Hindernisse.

Das Königsberger Gebiet hat durch seine geographische Lage, seinen Status als Wirtschaftssonderzone, seine ungewöhnliche Verflechtung mit dem historischen und kulturellen Erbe, seine außergewöhnliche Landschaft und das Gold der Ostsee, den Bernstein, eine große Anziehungskraft. Diese Vorzüge, die eigentlich wie ein Magnet auf ausländische Investoren und Touristen wirken müssten, erzielen bei den nahen Nachbarn der Region, darunter auch die Bundesrepublik, bislang nicht den von den Russen gewünschten Effekt.

In den vergangenen Jahren haben die Bemühungen der Gebietsregierung zugenommen, das Königsberger Gebiet in europäischen Ländern mit dem Ziel zu präsentieren, Investoren anzulocken. Dafür hatte sich der damalige Gouverneur Georgij Boos eingesetzt. Der amtierende Gouverneur Nikolaj Zukanow will die Werbung für die Exklave fortsetzen. Ein besonderes Augenmerk gilt dabei deutschen Partnern. Mitte Juni fand in Berlin der „Wirtschaftstag der Region Kaliningrad" statt. Er fand in der Vertretung des Landes Schleswig-Holstein statt, mit dem das Königsberger Gebiet langjährige enge partnerschaftliche Beziehungen pflegt. Die Delegation des Königsberger Gebiets konnte mit hochrangigen Vertretern aufwarten. Neben dem Leiter wichtiger Ministerien der Regionalregierung war auch der Gouverneur selber anwesend.



Bild: Tschernyschew

Setzt sich engagiert für das Königsberger Gebiet ein: Stefan Stein (links) von der Industrie- und Handelskammer Hamburg

Die deutschen Investitionen in die Wirtschaft des Königsberger Gebiets belegen nur den zehnten Platz. Die meisten Investitionen kommen aus den Nachbarstaaten Polen und Litauen. Aber auch Großbritannien und die USA sowie Steuerparadiese wie Zypern sind stärker vertreten als die Bundesrepublik. Im Vergleich zu

Investitionen deutscher Firmen nur an zehnter Stelle

der dynamischen Entwicklung der deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen andernorts ist das deutsche Engagement im Königsberger Gebiet bescheiden. Der stellvertretende Wirtschaftsminister des Gebiets, Michail Gorodkow, stellte die wirtschaftlichen Daten der Exklave im Vergleich zu den gesamtrussischen dar. Industrieminister Dmitrij Tschemakin nannte die Schlüsselbranchen der Region, für die man besonders gerne deutsches Kapital anlocken möchte. Dazu gehören die Bereiche Schiff-, Auto- und Maschinenbau, die Möbelbranche, touristische Infrastruktur und Bernsteinabbau.

Der emotionalste Auftritt war der von Stefan Stein, dem Leiter der Hamburger Industrie- und Handelskammer. Er berichtete den Teilnehmern von seiner langjährigen Erfahrung bei der Einführung von Wirtschaftsunternehmen in der russischen Exklave. Er lobte nicht nur die Gebietsleitung, sondern verlieh auch seiner Bewunderung für die erreichten Veränderungen der vergangenen Jahre Ausdruck. Stein rief die deutschen Kollegen auf, sich mutig auf den Königsberger Markt zu wagen, weil sie dort die notwendigen Bedingungen für ihre Unternehmen fänden.

Die Gäste hatten allerdings den Eindruck, dass ein Großteil der Informationen nur für Vertreter großer Firmen gedacht war, denn die Hürde für eine Niederlassung in der Sonderwirtschaftszone liegt mit fünf Millionen Euro recht hoch. Die meisten Konferenzteilnehmer waren aber Vertreter des Mittelstandes, die gar nicht über solche Mittel verfügen. Zukanow erklärte, dass er sich des Problems bewusst sei und den Ministerien der russischen Regierung bereits ein Antrag auf Herabsetzung der Niederlassungsbarriere in der Sonderwirtschaftszone vorliege. Es liege nun in den Händen der Regierung, einen Betrag festzusetzen.

Der Gouverneur legte einen besonderen Schwerpunkt auf die Stabilität und Sicherheit für Investoren. Diese Faktoren spielen für jede Investition und besonders bei deutschen Unternehmern eine große Rolle. Im Königsberger Ge-

Spezialrat soll für mehr Transparenz sorgen

biet wurde ein sogenannter Spezialrat eingerichtet, der dafür sorgen soll, dass Investoren, die dort investieren, ruhig schlafen können. Der Spezialrat hat die Aufgabe, alle eine Niederlassung betreffenden Formalitäten und Angelegenheiten aus einer Hand zu regeln. Nach der Antragstellung soll es dann drei Monate dauern, bis etwa die Baugenehmigung für ein Objekt vorliegt. Man müsse sich also nicht mehr durch das Dikkicht des Bürokratieapparats wühlen, alles sei transparent. Nikolaj Zukanow sagte, er wünsche sich, die Infrastruktur gerade mit deutschen Investoren zu verbessern, weil beide Länder enge historische Verbindungen hätten. Dies bestätigte auch der deutsche Generalkonsul für das Königsberger Gebiet, Aristide Fenster: „Kaum ein Land ist so stark mit Russland verbunden wie Deutschland. Aufgrund der Geschichte und der geographischen Lage ist vor allem das Kaliningrader Gebiet prädestiniert für enge Kontakte zu Deutschland." Fenster ging auch auf die Visafrage ein: „Ein wichtiges Instrument der Wirtschaftsförderung ist die Visaerteilung. So erteilt das Generalkonsulat an russische Geschäftsleute verstärkt multiple Mehrjahresvisa. Überhaupt wurden 2011 mehr denn je Visaanträge bearbeitet; im laufenden Jahr erwarten wir eine weitere Steigerung um 15 bis 20 Prozent auf zirka 25 000."

Die deutschen Teilnehmer bedauerten, dass die Delegation keine Vertreter des Mittelstandes mitgebracht hatte, mit denen man gerne persönliche Kontakte für eine eventuelle spätere Zusammenarbeit hätte geknüpfen hätte. Denn darin bestand ja das eigentliche Ziel der Präsentation des Gebiets. Das Fehlen russischer Unternehmer war denn auch das Manko der Veranstaltung, denn viele deutsche Teilnehmer waren mit Ideen und konkreten Vorschlägen angereist, die sie mit russischen Kollegen diskutieren wollten. Unter den deutschen Teilnehmern waren Vertreter von Wirtschaftsvereinigungen aus Schleswig-Holstein, Thüringen, Berlin und Brandenburg anwesend.

Die Teilnahme von russischen Geschäftsleuten hätte den Reklameeffekt für eine Niederlassung deutscher Firmen im Königsberger Gebiet sicherlich erhöht.

Jurij Tschernyschew

Kunst, Bürgerservice oder Schabernack?

Königsberg rätselt über ein blaues Bücherregal – Initiatoren halten sich bedeckt und verschweigen ihre Identität

Im Zentrum von Königsberg ist ein ungewöhnlicher blauer Gegenstand aufgetaucht, der die Aufmerksamkeit aller Passanten auf sich zieht, denn etwas Ähnliches hat man in der Stadt noch nicht gesehen: In der Nähe der Anzeigetafel des Dramentheaters wurde ein Bücherregal aufgestellt. Die unbekannten Urheber dieser Neuerung haben an das Bücherregal einen Briefkasten montiert, auf dem zu lesen ist: „Möchten Sie ein Buch mit flexiblem Einband, werfen sie 30 Rubel ein, für ein fest gebundes 50 Rubel". Das Geld soll in den Briefkastenschlitz eingeworfen werden.

Zunächst war völlig unklar, was die Sache zu bedeuten hat. Die Vermutung, dass es eine Initiative der gegenüberliegenden Bibliothek sei, erwies sich als falsch. Die Abteilung der Stadtverwaltung, die für Verbraucherschutz und Marktkontrolle zuständig ist, begann sich ebenfalls für das ungewöhnliche Objekt zu interessieren. Der Chef dieser Behörde, Ilja Schumanow, konnte jedoch keine Ordnungswidrigkeit feststellen, da man das Bücherregal nicht als Handelsobjekt betrachten könne, weil dort kein Verkäufer sitze. Ein etwas fadenscheiniges Argument, wenn man bedenkt, dass an Kaffeeautomaten auch kein Verkäufer sitzt. Dennoch werden sie als Handelsobjekte betrachtet, für deren Aufstellung man eine Genehmigung benötigt und Steuern zahlen muss.



Bild: Tschernyschew

Zur Touristenattraktion gemausert: Das blaue Regal

Wie dem auch sei, die Initiatoren der Idee mit dem Bücherregal werden kaum wirtschaftliche Ziele verfolgen. Davon konnte man sich überzeugen, als sie sich zu erkennen gaben: Es handelt sich um eine junge Frau namens Alexandra, die Englischkurse gibt und übersetzt, und einen jungen Mann, der auf den Namen Felix hört. Ihre Familiennamen sind jedoch bis dato unbekannt geblieben. Das Pärchen will sie partout nicht preisgeben. An einem Morgen hatten sie das Bücherregal mit der leuchtend blauen Farbe aufgestellt. Von Zeit zu Zeit bringen sie neue Bücher. Es handelt sich um kunst- und naturwissenschaftliche Werke, aber auch Bücher über ostpreußische Geschichte, die man lesen oder eben für wenig Geld käuflich erwerben kann.

Die Bücher sind bislang noch nicht gestohlen worden, das Geld aus dem Briefkasten hingegen fand schon recht bald einen neuen, unrechtmäßigen Besitzer. Auch die batteriebetriebene Lampe ist verschwunden, welche die jungen Leute für die Passanten dort angebracht hatten. Viele nehmen die Bücher aus dem Regal, setzen sich auf die nebenstehende Bank und lesen darin. Diejenigen, die keine Zeit haben, werfen Geld in den Briefkasten und nehmen die Bücher mit.

Das Bücherregal steht in der Nähe einiger Sehenswürdigkeiten der Stadt, dem Dramentheater, dem schönen Marmorbrunnen, den Denkmälern für Schiller und Puschkin sowie den kämpfenden Wisenten. Deshalb ist es nicht verwunderlich, dass sich das Bücherregal der Aufmerksamkeit vieler vorbeischlendernder Touristen erfreut. Viele holen ihre Fotoapparate heraus und knipsen sich gegenseitig vor dem blauen Bord. Offensichtlich haben die jungen Leute den Geschmack der Königsberger und der Touristen getroffen. *J.T.*



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

es war in der alten Zeit, als man noch Poesiebücher schrieb, da verewigte sich eine meiner Lehrerinnen mit einem längeren Spruch in meinem Album. Er machte sich recht edel aus inmitten der üblichen Reimereien – wie von dem Veilchen im Moose, bescheiden, sittsam und rein, das man sein sollte –, und handelte von dem Glück, auf das man niemals warten sollte, denn „oftmals bleibt im Garten, das Erwartete zurück hinter dem Erwarten“. Damit konnte ich als Zwölfjährige überhaupt nichts anfangen, denn wir hatten keinen Garten, und so beachtete ich auch die Schlussverse nicht, die da lauteten: „Wenn du damit rechnest nicht, wird's aus freien Stücken kommen und wie Sonnenlicht doppelt dich beglücken!“ Ich muss diese Dichterworte aber doch gespeichert haben, denn sie fielen mir plötzlich wieder ein, als ich jetzt einen Brief bekam, der den Satz enthielt: „... auch wenn man damit nicht mehr gerechnet hatte!“ Geschrieben hat ihn unser Leser **Horst Gutzeit** aus Bad Tölz, den das, was er uns mitteilen konnte, sicher wie Sonnenlicht beglückt hat: Es meldete sich jetzt nach jahrelanger vergeblicher Suche ein junges Mitglied der Verwandtschaft und erfüllte somit seinen Wunsch, den wir vor sieben Jahren erstmals gebracht und im Jahr 2007 wiederholt hatten. Herr Gutzeit suchte damals Nachkommen des 1862 in Osterode geborenen **Max** Gutzeit – ohne Resonanz! Und nun las eine Enkeltochter des Genannten jene Ausgaben der *PAZ* mit unserer „Ostpreußischen Familie“ im Internet und war erstaunt. Ebenso überrascht war Herr Gutzeit, als sie sich bei ihm meldete. So viel in so wenigen Zeilen, denn Herr Gutzeit wollte uns dies spontan mitteilen und bedankte sich bei uns mit den Worten: „So hat Ihre Tätigkeit, für die ich mich bei Ihnen herzlich bedanken möchte, wieder einen tollen Erfolg gebracht. Ich wünsche Ihnen und der Familie weiterhin so große Erfolge!“

Und die haben wir, lieber Herr Gutzeit, die haben wir sogar in reichem Maße. In den letzten Folgen konnten wir schon von überraschenden Ergebnissen berichten, heute nun von weiteren, darunter von einem ganz besonderen Erfolg: Das Rätsel um das im Acker von Petrikatschen gefundene Kreuz hat seine Lösung gefunden, und zwar eine verblüffende, mit der ich nicht gerechnet hatte. Diesmal haben wir nicht Jahre zu warten brauchen, die Klärung kam schnell und unverhofft. Es ist schon eine ganz besondere Geschichte, und deshalb wird sie in unserem heutigen Extra-Beitrag behandelt.

Schnell reagierte auch Herr **Reinhold Kayss**, Auskunftsstelle Kreis Neidenburg, auf die in Folge 25 veröffentlichte Suchfrage von dem in Frankreich lebenden **Dieter Reinert** nach seinen Verwandten aus Grünfließ bei Neidenburg. Es handelte sich um die Nachkommen des Ehepaars **Wilhelm** und **Ottilie Tallarek**, über die der Suchende einige Angaben machen konnte. Danach ist der Ehemann bereits 1934 verstorben, seine Witwe mit fünf Kindern blieb in Neidenburg und erlebte den Russeneinfall, bei dem der einzige Sohn **Willy** erschossen wurde. „Eines der vier Mädchen, **Elly Schäfer**, soll heute noch leben“, schrieb Herr Reinert – und das kann Herr Kayss bestätigen. Die heute 82-Jährige wohnt heute in Blomberg (NRW-Lippe) und ist Mitglied der Kreisgemeinschaft Neidenburg. Deshalb konnte Herr Kayss sie so schnell finden, Herrn Reinert noch mehr über die Familie mitteilen und dabei dessen Angaben bestätigen, dass die Witwe in ein Haus gezogen war, das außerhalb von Grünfließ lag, aber noch eingemeindet war. Herr Kayss schreibt: „Die Familie Tallarek wohnte auf dem so genannten Abbau. Das Haus wurde von den Russen zerstört und jetzt wieder von der polnischen Familie **Storz** aufgebaut. Zur Erinnerung an den früheren Besitzer haben sie einen Stein mit der Inschrift ‚Zur Ehre der Familie Tallarek‘ in deutscher und polnischer Sprache gesetzt.“ Herr Kayss hat Kontakt zu der Familie Storz und konnte Herrn Reinert Fotos von dem erst in diesem Frühjahr aufgestellten Stein und dem Neubau übermitteln. Herr Reinert hatte, als er mit seinem Wunsch an uns herantrat, schon hoffnungsvoll gemeint, dass die Suche in unserem Leserkreis eine vielversprechende Möglichkeit biete. Dass der Erfolg aber so schnell eintreten würde, dürfte ihn überrascht haben wie uns auch. Wir danken Herrn Reinhard Kayss aus Bischofsheim für seine Hilfe.

„Das ist wieder einmal eine schöne Erlebnisgeschichte für die Ostpreußische Familie, die wir Ihnen zu verdanken haben“, schreibt Frau **Roswitha Kulikowski**. Es geht um das Thema „Kirche in Alt-Ukta“, zu dem Frau Kulikowski mit ihren Erinnerungen beigetragen hatte. Und was dabei herauskam, das berichtet sie selber: „Bei mir klingelte das Telefon, und im breiten Ostpreußisch fragte eine Stimme: ‚Ist da die Frau Kulikowski, die Roswitha **Saßnick**?‘ ‚Ja!‘ ‚Na ei, rate mal, wer hier ist? Na, die **Lenchen Wriedt**‘ – Da war also die Tochter unserer Tante **Liesbeth** aus Keilern bei Alt-Ukta, wo wir unsere Ferien vor dem Krieg verlebten. Lenchen war damals noch nicht verheiratet und half ihrer Mutter, die Sommergäste zu versorgen, und natürlich betreute sie uns Kinder. Na, das wurde ja ein Plachandern!“ Und dabei blieb es nicht. Da Frau Kulikowski noch Fotos von jenen Ferientagen in Masuren besitzt, konnte sie Lenchen Wriedt Aufnahmen von ihrem alten Hof übersenden. Auf manchen Bildern war sie selbst im Kreis der vielen Ferienkinder abgebildet. Ja, dieses Wiederhören kann man sich gut vorstellen. Aber Frau Kulikowski konnte noch mehr berichten. Sie hatte ihren Tierarzt auf den Wunsch einer Leserin aufmerksam gemacht, die in unserer Kolumne nach dem Verbleib der Kinder des Bartensteiner Tierarztes Dr. **Gotthardt** gefragt hatte. Dieser gleichnamige Bekannte von Frau Kulikowski war nun ein Sohn des Bartensteiners, er fand zu seiner großen Freude in der suchenden Leserin eine alte Schulfreundin wieder. Leider verstarb Dr. Gotthardt nach kurzer Zeit, doch über dieses Wiederfinden hatte er sich sehr gefreut. Und dann ist da noch eine dritte Geschichte, die aber noch etwas warten muss, denn es gibt ja noch andere positive Berichte.



Erstes Treffen im April 2012: Gerhard Kalweit und Frau mit Christa Möller (rechts) Bild: privat

Wie der von **Christa Möller**, die durch uns die hilfsbereite Familie wiederfand, die im Februar 1945 die damals achtjährige Christa **Koller** und ihre Großmutter **Elly Borowski**, die zu Fuß aus Sensburg geflüchtet waren, mit ihrem Treckwagen über das Frische Haff brachten. Frau Möller hatte diese Hilfe nie vergessen, denn das Kind stand hilflos mit der Großmutter am Ufer inmitten anderer Flüchtlinge, die alle nicht wagten, das an manchen Stellen schon brüchige Eis zu betreten. Dieser Wagen mit den großen Gummirädern hatte die Familie **Kalweit** aus Bürgersdorf im Kreis Wehlau bis zum Haffufer gebracht, nun wollte sie weiter zur Frischen Nehrung. Die Familie erbarmte sich der kleinen Christa und ihrer Großmutter und nahm sie mit über das Haff. Eine Nacht und einen halben Tag lang fuhren sie mit diesem Fluchtwagen, bis sich auf Wunsch der Großmutter ihre Wege trennten. Frau Möller hat dieses Erlebnis nie vergessen, konnte aber nicht nach der Familie suchen, weil sie weder deren Namen noch den Ort des Geschehens wusste. Sie wandte sich schließlich an uns und bat in unserer Ostpreußischen Familie nach dem Wagen mit den Gummirädern und ihren Besitzern zu suchen. Das kaum Glaubliche geschah: Es meldete sich die Tochter **Inge** der Familie Kalweit, die sich als damals 13-Jährige noch gut an die Mitgenommenen erinnerte, genau wie ihr jüngerer Bruder **Gerhard** Kalweit. Sie wussten auch den Namen des Ortes, an dem die gemeinsame Flucht über das Frische Haff begann: Tollendorf. So entstand nach 63 Jahren eine Verbindung zwischen Menschen, die als Kinder gemeinsam diese Stunden voller Not und Angst erlebten. Es sollte nach etlichen Telefongesprächen auch ein Wiedersehen geben, und Frau Möller versprach uns ein Foto von diesem Treffen – aber dann hörte ich nichts mehr. Das hatte leider einen traurigen Grund, denn der Ehemann von Frau Christa Möller war nach langer Krankheit verstorben, und es brauchte eben seine Zeit, bis man an eine Begegnung denken konnte. Nun ist sie erfolgt, Frau Möller fuhr mit ihrer Tochter nach Zeuthen bei Berlin zu Gerhard Kalweit und seiner Frau, die auch aus Ostpreußen kommt. Es war ein nettes Treffen, wie Frau Möller schreibt, und ein weiteres soll demnächst folgen. Das Versprechen hat sie gehalten: Das erste Foto von einem Wiedersehen nach 67 Jahren erhielt die Ostpreußische Familie. Hier ist es.

Die ostpreußische Familie

Ruth Geede Bild: Pawlik

Ein großes Dankeschön kommt aus dem Siegerland von dem Vorsitzenden der Kreisgruppe, Herrn **Olbricht**, und dem Kulturwart **Frank Schneidewind**. Es gilt den Spendern aus dem Kreis der Ostpreußischen Familie, die nach einem Aufruf in unserer Kolumne mit Büchern und Schriften den Heimatraum der Gruppe in Siegen bereichert haben. Die Spenden konnten bei der Ermland-Wallfahrt in Werl übergeben werden. Leider wurden nicht in allen Fällen die Namen mitgeteilt – deshalb vermitteln wir den Dank der Kreisgruppe Siegerland an die anonymen Spender. Aber Herr Schneidewind kann auch ein Angebot machen, das Mitglieder von Volkstanzgruppen interessieren wird. Unter den Exponaten, die er für einige Heimatstuben besorgen konnte, ist auch eine Frauentracht aus dem südlichen Siebenbürgen. Sie wurde von einer dort lebenden betagten Siebenbürgerin nach Deutschland mitgegeben in der Hoffnung, dass sie hier Verwendung finden könnte. Diese Frauentracht aus den 30er Jahren befindet sich noch bis Januar 2013 in einer Ausstellung. Damit das kostbare Stück nicht in irgendeiner Truhe verschwindet, soll es einer Gruppe übergeben werden, die mit Volkstänzen diese echte Tracht lebendig erhält. Wer sich für dieses neue Angebot aus unserer „Familien-Fundgrube“ interessiert, wende sich bitte schriftlich an den Kulturwart der Ostpreußen-Kreisgruppe Siegerland, Herrn Frank Schneidewind, Grubenstraße 10 in 57462 Olpe.

Fundgrube – ja, da werden wir in der nächsten Nummer wieder mit einer ganz großen Überraschung aufwarten können. Aber ich werde etwas vorsichtiger sein, denn – wie Ihr nun lesen werdet – lag das von einer Russin entdeckte Kreuz nicht sehr lange im Acker von Petrikatschen. Ein Leser meint, dass es den Heimatvertriebenen wohl allzu nahe liege, in Ostpreußen auf jeden Fall auf alte Heimatreste zu stoßen, wenn irgendetwas aus der Erde gebuddelt wird. Das beziehe ich ruhig auf mich, denn ich wollte mit der Information über die Fundstelle auch ein Stück Heimatgeschichte liefern, und die ist gerade in diesem östlichen Grenzland durch die unterschiedliche Besiedlung sehr interessant. Aber das war nicht der einzige Grund, warum mich das Thema so beschäftigte. Als ich den Bericht für Folge 24 schrieb, hatte ich mich vorher mit den „Königsberger Wanderungen“ von Herrn **Jörn Pekrul** befasst, die dann in der nächsten Folge veröffentlicht wurden. Mit Kürzungen, aber diese unterlassene Stelle aus seinem Bericht will ich nun doch bringen, weil sie mich motivierte: „In Königsberg sah ich in der Nähe des Viehmarktes eine Baugrube. In etwa vier Metern Tiefe lag eine Holzkiste, die dort vergraben war. Es lag altes Geschirr darin, auch Kindergeschirr. Es handelte sich offensichtlich um vergrabenes Eigentum von Menschen, die damals hier wohnten. Die russischen Arbeiter waren verblüfft, sie wussten sich den Fund offensichtlich nicht zu erklären. Und es schoben sich vor mein geistiges Auge die Bilder von der Familie, die hier einst wohnte und die ihr Geschirr hier vergrub. Und nun, nach 66 Jahren, kamen diese Sachen wieder ans Tageslicht. Ich musste mich auf den Bordstein setzen, ehe ich weitergehen konnte.“ Dies als Reaktion eines nachgeborenen Ostpreußen.

Und damit haben wir einen guten Übergang zu unserer Extrageschichte.

Eure

Ruth Geede

Ruth Geede

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Das Rätsel um das Kreuz im Acker ist gelöst

Ein deutscher Kirchenkünstler schuf das sakrale Kunstwerk

Das Geheimnis um das in einem Acker in Petrikatschen gefundene Kreuz ist schneller gelöst worden, als ich gedacht hatte. Denn es handelt sich um keinen historischen Fund, wie ich vermutet – und insgeheim erhofft – hatte, sondern um ein Wandkreuz, das von einem heute über 90-jährigen deutschen Kirchenkünstler geschaffen wurde. Ein modernes Kunstwerk, das durch eine Anlehnung an die frühromanische Ausdrucksgestaltung schon zu irreführenden Vermutungen Anlass geben konnte. Aber durch die zahlreichen Zuschriften wurde der vermeintliche Schatz im Acker schnell entzaubert, besonders durch eine, die nicht nur über den Künstler berichtet, sondern auch den Hinweis gibt, dass es als Wandkreuz noch heute erhältlich ist. Aber schön der Reihe nach.

In Folge 24 hatten wir über das Kreuz berichtet, das vor kurzem von Frau **Oxana Kharlamova** in der Nähe von Stallupönen/Ebenrode beim Graben entdeckt worden war. Fundort: Schützenort [Prigorodnoj], das frühere Petrikatschen. Die Russin hatte schon öfters Gegenstände aus der Vorkriegszeit ausgegraben, aber dieser schien ihr ein besonderer Fund zu sein, und deshalb wandte sie sich an Herrn **Hans Dieter Minge** in Berlin mit der Bitte um Deutung oder Klärung. Da er diese ungewöhnliche Arbeit nicht einordnen konnte, wandte er sich an die „Ostpreußische Familie“ und so erschien ein Bericht mit Fotos von dem Bronzekreuz in Folge 24. Wie gesagt, ich vermutete ein älteres Kunstwerk, aber Zweifel waren doch vorhanden, vor allem durch die Auslegung des Vaterunsers auf der Rückseite in der heute allgemein gültigen Form.

Diesem Hinweis gingen sofort einige Leser nach. Als Erster meldete sich Herr **Michael Schuncke** – über dessen Archiv hatten wir vor einiger Zeit berichtet –, der meinte, dass der Fund nicht schwer einzuordnen sei. Er stamme aus dem (Nach-)Jugendstil und sei der Schaffenszeit von Barlach im weitesten Sinne zuzuschreiben. Herr Schuncke wies auch auf das Vaterunser in der angegebenen Form hin, mit der er auch Schwierigkeiten habe – er selber „verspreche“ sich noch heute. Auch Frau **Hanna Hoefer** aus Wanderup erklärte, dass die auf dem Kreuz lesbare Form seit einigen Jahren in der Nordelbischen Kirche – heute Nordkirche – Gültigkeit habe. In ihrem Gesangbuch aus den frühen 90er Jahren sei das Vaterunser bereits so abgedruckt. Herr **Heinz Ney** aus Potsdam ordnete es sogar noch früher ein und meinte, dass die Festlegung auf die neue Form in den 60/70er Jahre erfolgt sei.

Damit war schon die Richtung vorgegeben: Das Kreuz muss in der Nachkriegszeit entstanden sein. Auch **Herr Cornelius Werhahn** aus Kirchnüchel erkannte dies und schrieb uns, dass er schon beim ersten Blick auf die Fotos das Stück für ein modernes Kreuz hielt, etwa aus den Endvierzigern bis 60er Jahren. Die Form sowie die bewusst unregelmäßige Schriftgestaltung wiese nicht auf ältere oder wirklich alte Kunst oder Handwerk hin, auch das selbst im Zeitungsdruck erkennbare glatte, nicht verwitterte Aufhängerloch widerspreche einem alten Fundstück. Der Architekt sieht Ähnlichkeit zu den im Wiederaufbau neu gestalteten Kirchenportalen und sonstigen Nachkriegs-Sakralplastiken.

Und damit hatte er einen wesentlichen Stein für das Mosaik geliefert, zu dessen Vollendung dann Frau **Christa Kraemer**, eine Königsbergerin, entscheidend beitrug. Denn das ist die eigentliche Überraschung: Frau Kraemer besitzt ein identisches Kreuz, das sie vor zehn Jahren geschenkt bekam und zweifellos aus derselben Werkstatt kommt wie der Fund aus Petrikatschen. Sie recherchierte weiter und konnte uns nun genaue Details über den Künstler und die Zeit, in der er diese Arbeiten gefertigt hat, übermitteln. Für diese großartige Hilfe sagen wir ihr schon einmal unseren herzlichen Dank. Geschaffen wurde das Kreuz von dem Kirchenkünstler **Egino Günther Weinert**, *3. März 1920 in Berlin-Schöneberg, der heute in Spanien lebt. Auf ihn und seine Arbeiten werden wir in einem anderen Beitrag genauer eingehen, denn sein Leben und Schaffen gilt und gilt der sakralen Kunst. Der vielfach ausgezeichnete und geehrte Maler, Bildhauer und Goldschmiedemeister schuf das Kreuz etwa um das Jahr 2004. Er arbeitete für die Ursula-Werkstätten in Köln, wo er auch sein erstes Atelier besaß. Das gefundene Kreuz ist also kein Unikat, denn dieses sakrale Kunstwerk im Format sieben mal neuneinhalb Zentimeter ist als „Wandkreuz, klein“ unter der Artikelnummer K22K im Online-Shop gelistet. Die Anschrift der Ursula-Werkstätten Köln: Marzellenstraße 47 in 50668 Köln, Telefon (0221) 135469. Damit wäre wohl jede wichtige Information gegeben bis auf eine: Wer verlor oder vergrub das Kreuz in Petrikatschen? *R.G.*

Wir gratulieren ...



ZUM 101. GEBURTSTAG

Czichowski, Wilhelm, aus Ruttkau, Kreis Ortelsburg, am 20. Juli

ZUM 98. GEBURTSTAG

Lettau, Herta, geb. **Stadie**, aus Rumeyken, Kreis Lyck, am 20. Juli
Piepereit, Emma, aus Lyck, am 20. Juli

ZUM 97. GEBURTSTAG

Gahre, Wanda, geb. **Keil**, aus Wildwiese, Kreis Elchniederung, am 17. Juli

ZUM 95. GEBURTSTAG

Kochanowski, Hildegard, geb. **Neumann**, aus Palmnicken, Kreis Samland, am 18. Juli
Lowski, Alfred, aus Goldbach, Goldbach Süd, Kreis Wehlau, am 22. Juli
Nikoleyczik, Gertrud, geb. **Kaleyka**, aus Lübeckfelde, Kreis Lyck, am 19. Juli

ZUM 94. GEBURTSTAG

Hein, Christel, aus Königsberg-Ponarth, am 20. Juli
Krakowiki, Eva, aus Grüneberg, Kreis Elchniederung, am 17. Juli
Schulz, Monika, geb. **Gruhn**, aus Mathildenhof und Gut Neu Streitswalde, Kreis Heiligenbeil, am 20. Juli

ZUM 93. GEBURTSTAG

Dostal, Erna, geb. **Kondritz**, aus Frankenau, Kreis Neidenburg, am 17. Juli
Krause, Ella, geb. **Kösling**, aus Parnehnen, Kawernicken, Kreis Wehlau, am 17. Juli
Matthes, Christel, geb. **Matthes**, aus Wehlau, Grabenstraße, Kreis Wehlau, am 22. Juli
Pernak, Ingeborg, geb. **Fischer**, aus Wiesengrund, Kreis Lyck, am 15. Juli
Petzold, Elly, geb. **Skerra**, aus Neuhof, Kreis Neidenburg, am 22. Juli
Wiesner, Edeltraut, geb. **Fischer**, aus Schakendorf, Kreis Elchniederung, am 18. Juli

ZUM 92. GEBURTSTAG

Böhnke, Herta, geb. **Böhnke**, aus Genslack, Neu Zimmau, Kreis Wehlau, am 22. Juli
Krüger, Margot, geb. **Witzke**, aus Neidenburg, am 16. Juli
Regel, Inge, geb. **Weißflug**, aus Pillau, Kreis Samland, am17. Juli
Schultze, Grete, geb. **Mitzkat**, aus Georgenheide, Kreis Elchniederung, am 19. Juli
Strunck, Hildegard, geb. **Paykowski**, aus Groß Schöndamerau, Kreis Ortelsburg, am 18. Juli
Trojahn, Lydia, geb. **Skujat**, aus Gründann, Kreis Elchniederung, am 16. Juli

ZUM 91. GEBURTSTAG

Bach, Lieselotte, geb. **Pultke**, aus Balga (Partheinen), Kreis Heiligenbeil, am 16. Juli
Baltrusch, Walter, aus Lyck, Soldauer Weg 11, am 19. Juli
Bräunig, Elli, geb. **Acktun**, aus Schillenberg, Kreis Wehlau, am 21. Juli
Goertz, Else, geb. **Rathke**, aus Pillau, Kreis Samland, am 17. Juli
Kowalewski, Fritz, aus Funken, Kreis Lötzen, am 17. Juli
Kühn, Hans, aus Lyck, Morgenstraße 5, am 19. Juli
Lehmann, Elfriede, geb. **Bartoschewitz**, aus Lyck, Blücherstraße 4, am 22. Juli
Möller, Erna, geb. **Gayko**, aus Nußberg, Kreis Lyck, am 19. Juli
Niewind, Adelheid, geb. **Schwabe**, aus Bruchhöfen, Kreis Ebenrode, am 19. Juli
Patro, Arno, aus Kosnehnen, Kreis Samland, am 21. Juli
Rothenburger, Brigitte, geb. **Klebs von Halle**, aus Frensken, Kreis Ortelsburg, am 17. Juli
Strauss, Hans, aus Königsberg, am 17. Juli
Tschirner, Vera, geb. **Junckníschke**, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, am 17. Juli
Uhlemann, Hildegard, geb. **Steinke**, aus Backeln, Kreis Samland, am 16. Juli
Wellerdt, Lydia, aus Heinrichsdorf, Kreis Neidenburg, am 20. Juli

ZUM 90. GEBURTSTAG

Andersch, Gisela, geb. **Knorr**, aus Friedrichstein, Kreis Samland, am 21. Juli
Berg, Ursula, aus Fischhausen, Kreis Samland, am 17. Juli
Derrey, Helmut, aus Ebenrode, am 17. Juli
Hahn, Ella, geb. **Riechert**, aus Elbings Kolonie, Kreis Elchniederung, am 22. Juli
Hirneise, Erna, geb. **Sabrowski**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 19. Juli
Gallas, Ursula, geb. **Gronau**, aus Guttschallen, Kreis Wehlau, am 16. Juli
Grigoleit, Gerda, geb. **Wolter**, aus Eichhagen, Kreis Ebenrode, am 21. Juli
Guszahn, Max, aus Klein Friedrichsgraben, Kreis Elchniederung, am 19. Juli
Kryszak, Anna, geb. **Starrat**, aus Grenzkrug, Kreis Ebenrode, am 19. Juli
Lojek, Helmtraud, geb. **Sadlowski**, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 19. Juli
Müller, Ursula, geb. **Lindenau**, aus Wehlau, Nadolnystraße, Kreis Wehlau, am 20. Juli
Palfner, Gertrud, geb. **Wichmann**, aus Wilkendorf, Kreis Wehlau, am 18. Juli
Rehberg, Annelies, geb. **Rehberg**, aus Balga, Kreis Heiligenbeil, am 16. Juli
Zerkowski, Norbert, aus Lyck, Am Rathaus 2, am 15. Juli

ZUM 85. GEBURTSTAG

Bajorat, Kurt, aus Hüttenfelde, Kreis Tilsit-Ragnit, am 18. Juli
Bischoff, Gerda, geb. **Goeritz**, aus Grieteinen, Kreis Elchniederung, am 17. Juli
Bönsch, Herta, geb. **Jankowski**, aus Hansbruch, Kreis Lyck, am 21. Juli
Bojarzin, Bruno, aus Großheidenau, Kreis Ortelsburg, am 11. Juli
Escherich, Ruth, geb. **Kirschner**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 18. Juli
Fendler, Alita, geb. **Lamprecht**, aus Seekampen, Kreis Ebenrode, am 22. Juli
Frey, Anita, geb. **Blosze**, aus Schneckenmoor im Gutsbezirk Schnecken Forst, Kreis Elchniederung, am 17. Juli
Fürst, Hertha, geb. **May**, aus Tapiau, Kleinhof, Kreis Wehlau, am 17. Juli
Gehrmann, Waltraut, geb. **Fink**, aus Deutsch Thierau, Kreis Heiligenbeil, am 16. Juli
Hägele-Christ, Erika, geb. **Lutat**, aus Aschenberg, Kreis Elchniederung, am 17. Juli
Hammer, Waltraut, geb. **Boldt**, aus Rauschen, Kreis Samland, am 22. Juli
Heinemann, Else, geb. **Gayko**, aus Langenhöh, Kreis Lyck, am 17. Juli
Jablonski, Alfred, aus Maschen, Kreis Lyck, am 16. Juli
Kahmann, Edith, geb. **Broden**, aus Klein Lasken, Kreis Lyck, am 18. Juli
Kriedemann, Gerhard, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, am 19. Juli
Krieger, Helga, geb. **Huck**, aus Groß Allendorf, Kreis Wehlau, am 18. Juli
Mohr, Erika, geb. **Teschner**, aus Schönrade, Kreis Wehlau, am 21. Juli
Pichottka, Hiltrud, geb. **Reh**, aus Puppen, Kreis Ortelsburg, am 11. Juli
Rogall, Hildegard geb. **Beyer**, aus Wohren, Kreis Ebenrode, am 20. Juli
Rohloff, Inge, geb. Herholz, aus Taplacken, Kreis Samland, am 22. Juli
Sander, Herta, geb. **Nickel**, aus Morgengrund, Kreis Lyck, am 19. Juli
Santelmann, Irmgard, geb. **Kijewski**, aus Groß Schöndamerau, Kreis Ortelsburg, am 22. Juli
Schmidt, Lydia, geb. **Wallner**, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 17. Juli
Schummek, Gertrud, geb. **Nowitzki**, aus Bunhausen, Kreis Lyck, am 15. Juli
Schusdziarra, Ruth, geb. **Butzek**, aus Rohmanen, Kreis Ortelsburg, am 19. Juli
Silberbach, Siegfried, aus Liebemühl, Kreis Mohrungen, am 21. Juli
Utecht, Ilse, geb. **Keding**, aus Trankwitz, Kreis Samland, am 16. Juli
Waltz, Juergen, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 19. Juli
Weber, Dietlind, geb. **Olschewski**, aus Lyck, Otto-Reinke-Straße 20, am 17. Juli
Winzel, Helene, geb. **Tonk**, aus Wickenau, Kreis Neidenburg, am 20. Juli
Zaumzeil, Frieda, geb. **Isekeit**, aus Tutschen, Kreis Ebenrode, am 17. Juli

ZUM 80. GEBURTSTAG

Bartsch, Hanna, geb. **Aust**, aus Blumstein, Kreis Preußisch Eylau, am 16. Juli
Beyer, Erich, aus Kalkhöfen, Kreis Ebenrode, am 17. Juli
Brennemann, Ernst, aus Ehrenwalde, Kreis Lyck, am 22. Juli
Brockmann, Erika, geb. **Goebel**, aus Eckwalde, Kreis Elchniederung, am 19. Juli
Butzlaff, Fritz, aus Ruckenhagen, Kreis Elchniederung, am 17. Juli
Cruanes-Taddey, Ruth, geb. **Taddey**, aus Neidenburg, am 16. Juli
Dietz, Reinhard, aus Alt Passarge, Kreis Heiligenbeil, am 14. Juli
Embacher, Willi, aus Worfengrund, Kreis Ortelsburg, am 22. Juli

Fabian, Günter, aus Rehwalde, Kreis Elchniederung, am 21. Juli
Fabik, Erna, geb. **Bahl**, aus Königshöhe, Kreis Lötzen, am 20. Juli
Friedrich, Elli, geb. **Prill**, aus Bürgersdorf, Bürgersdorf Ost, Kreis Wehlau, am 21. Juli
Glowienka, Helga, geb. **Skuttnick**, aus Rauschenwalde, Kreis Lötzen, am 22. Juli
Heldt, Günter, aus Ebenrode, am 17. Juli
Jäger, Irene, geb. **Zippro**, aus Gardienen, Kreis Neidenburg, am 16. Juli
Kirsten, Christel, geb. **Staginnus**, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 19. Juli
Krumreich, Edith, geb. **Lewedei**, aus Heiligenbeil, Gartenstraße 7, am 21. Juli
Krzossa, Elfriede-W. geb. **Stinski**, aus Mingfen, Kreis Ortelsburg, am 22. Juli
Lagenstein, Ursula, geb. **Vogel**, aus Lindenfließ, Kreis Lyck, am 15. Juli
Lindenschmid, Edith, geb. **Grimm**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 16. Juli
Matern, Rudi, aus Groß Engelau Groß Engelau Abbau, Kreis Wehlau, am 16. Juli
Möbius, Ilse, geb. **Grieslawski**, aus Raudingen, Kreis Samland, am 21. Juli
Neuendorf, Eberhard, aus Metgethen, Kreis Samland, am 20. Juli
Plewe, Arno, aus Stolzenburg, Kreis Heiligenbeil, am 21. Juli
Püschel, Lieselotte, geb. **Hechtfisch**, aus Brandenburg, Kreis Elchniederung, am 17. Juli
Rahlmeyer, Margarete, geb. **Petereit**, aus Altengilge, Kreis Elchniederung, am 22. Juli
Restat, Ingrid, geb. **Schorlepp**, aus Tapiau, Uferstraße, Kreis Wehlau, am 16. Juli
Rogalski, Hans, aus Braynicken, Kreis Neidenburg, am 17. Juli
Schreiber, Friedel, aus Angerapp, am 20. Juli
Schütz, Gunda, geb. **Schmeer**, aus Wehlau, an der Pinnau, Kreis Wehlau, am 21. Juli
Unruh, Klaus, aus Goythenen, Kreis Samland, am 22. Juli
Wieberneit, Heinz, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 22. Juli

ZUM 75. GEBURTSTAG

Breckow, Irmgard, geb. **Reisdorff**, aus Wildenau, Kreis Ortelsburg, am 16. Juli
Buttgereit, Harre, aus Lengfriede, Kreis Ebenrode, am 19. Juli
Dreher, Klaus-Jürgen, aus Fischhausen, Kreis Samland, am 17. Juli
Gaberell, Ursula, geb. **Böhnke**, aus Schwengels, Kreis Heiligenbeil, am 17. Juli

Glückwünsche
Fortsetzung auf Seite 16

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Glückwünsche nur noch ohne Nennung der Adresse möglich:

Die meisten Landsleute freuen sich, wenn sie ihren Namen auf unserer Glückwunschseite finden. Leider sind jedoch nicht alle damit einverstanden, dass dort auch ihre aktuelle Adresse genannt wird. In letzter Zeit hat es unter Hinweis auf den Datenschutz und das allgemeine Persönlichkeitsrecht mehrere diesbezügliche Beschwerden und sogar eine Eingabe an den Beschwerdeausschuss des Deutschen Presserates gegeben.

Die Rechtslage ist tatsächlich so, dass diese Daten nur veröffentlicht werden dürfen, wenn in jedem Einzelfall das Einverständnis der Betroffenen vorliegt. Diese Vorgabe zu erfüllen würde einen Arbeitsaufwand erfordern, den die Redaktion nicht bewältigen könnte. Um rechtlich auf der sicheren Seite zu stehen, haben wir uns daher schweren Herzens entschlossen, die aktuellen Anschriften der Jubilare künftig nicht mehr zu veröffentlichen. Wir bitten dafür um Ihr Verständnis.

Da wir durch den Wegfall der Adresszeilen mehr Platz auf der Seite haben, freuen wir uns, dass wir nun wieder die Glückwünsche zum 75. Geburtstag aufnehmen können, die zwischenzeitlich aus Platzgründen wegfallen mussten.

Eine Bitte zum Schluss: Da es der Redaktion aus organisatorischen Gründen leider nicht möglich ist, eingehende Post an die Jubilare weiterzuleiten, bitten wir Sie, sich an die jeweiligen Heimatkreisgemeinschaften zu wenden.

Ihre *PAZ*

TERMINE DER LO

Jahr 2012

21. bis 23. September: Geschichtsseminar im Ostheim in Bad Pyrmont.
8. bis 14. Oktober: 58. Werkwoche im Ostheim in Bad Pyrmont.
19. bis 21. Oktober: Schriftleiterseminar im Ostheim in Bad Pyrmont.
5. bis 9. November: Kulturhistorisches Seminar im Ostheim in Bad Pyrmont.

Jahr 2013

9./10. März 2013: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Bad Pyrmont.
15. Juni 2013: Sommerfest der Deutschen Vereine in Osterode (Ostpreußen).

Auskünfte bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 414008-0.

HÖRFUNK & FERNSEHEN

SONNABEND, 14. Juli, 12.45 Uhr, NDR: Seide – Eine glänzende Verführung.
SONNABEND, 14. Juli, 17.15 Uhr, SWR: Mit dem Zug durchs Erzgebirge.
SONNABEND, 14. Juli, 21.45 Uhr, 3Sat: Ein Kuss macht Kasse – Klimt zwischen Kunst und Kommerz.
SONNABEND, 14. Juli, 23.45 Uhr, RBB: Die Hindenburg. USA 1975.
SONNTAG, 15. Juli, 9.20 Uhr, WDR 5: Alte und Neue Heimat.
SONNTAG, 15. Juli, 10.45 Uhr, HR: Katharina die Große.
SONNTAG, 15. Juli, 20.15 Uhr, SWR: Wir Reisemeister – Deutschland macht Urlaub.
SONNTAG, 15. Juli, 22 Uhr, MDR: Die große Kurt-Masur-Nacht.
MONTAG, 16. Juli, 21 Uhr, NDR: Norddeutsche Dynastien: Otto.
MONTAG, 16. Juli, 22 Uhr, WDR: Verarmt, verstorben, verscharrt – Wenn der Tod zu teuer wird.
MONTAG, 16. Juli, 22.45 Uhr, ARD: Im Netz von Salafisten. „Wie radikale Muslime junge Menschen verführen."
DIENSTAG, 17. Juli, 20.15 Uhr, RBB: Bilderbuch. Auf den Spuren des Dichters Theodor Fontane und der preußischen Geschichte.
DIENSTAG, 17. Juli, 22.15 Uhr, Phoenix: 1948 – Jüdischer Traum, arabisches Trauma.
DIENSTAG, 17. Juli, 22.45 Uhr ARD: München 1970 – Als der Terror zu uns kam.
MITTWOCH, 18. Juli, 9.10 Uhr, 3Sat: Sankt Petersburg – Lebenslust auf Russisch.
MITTWOCH, 18. Juli, 17 Uhr, 3Sat: Der Kennedy-Mord.
MITTWOCH, 18. Juli, 20.15 Uhr, 3Sat: Marlene Dietrich – Her Own Song.
MITTWOCH, 18. Juli, 21.45 Uhr, Arte: Gustav Klimt – Der Geheimnisvolle.
DONNERSTAG, 19. Juli, 16.55 Uhr, 3Sat: Das Gold der Ostsee – Bernstein.
DONNERSTAG, 19. Juli, 17.35 Uhr, 3Sat: Der Bernsteinzug – eine Reise durchs Baltikum.
DONNERSTAG, 19. Juli, 23.05 Uhr, MDR: Ursula Karruseit.
FREITAG, 20. Juli, 20.15 Uhr, 3Sat: Rassenwahn und Weltherrschaft. Lebensborn-Heime als Zuchtstätte.
FREITAG, 20. Juli, 22.05 Uhr, N-TV: Ein Kohlekraftwerk geht ans Netz.

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN



BUND JUNGES OSTPREUSSEN

Vorsitzender: Stefan Hein, Gst.: Buchtstr. 4, 22087 Hamburg, Tel.: (040) 4140080, E-Post: schmelter@ostpreussen-info.de, www.ostpreussen-info.de.

Beim diesjährigen **Landestreffen der Ostpreußen in NRW auf Schloss Burg am 15. Juli** wird der neue CDU-Generalsekretär Bodo Löttgen sich in seiner Festrede an die Teilnehmer wenden. Löttgen hat sich bereits in der Vergangenheit als Beauftragter der CDU-Landtagsfraktion für Vertriebene und Spätaussiedler einen Namen gemacht. Das NRW-Ostpreußentreffen ist ein „Muss“ für alle Landsleute im Westen: http://www.ostpreussen-nrw.de / Div/Schloss-Burg-2012/index.htm. Für den BJO-Infostand werden noch dringend ein paar helfende Hände gesucht! Wer ist dabei? – Donnerstag, 23. August bis Montag, 3. September: Autoliebhaber können sich über die erste Oldtimer-Gruppenreise nach Pommern, West- und Ostpreußen freuen. Ausgangspunkt der Fahrt ist Bayern. Weitere Auskünfte zum Programm erteilt gerne Rainer Claaßen (claassen@low-bayern.de)! – Der Bund Junges Ostpreußen trauert um Frank-Peter Liedtke (9. März 1949 – 14. Juni 2012). Vor wenigen Tagen ist unser Frank-Peter Liedtke für immer von uns gegangen. Die Lücke, die er hinterlässt, wird bleiben. Anders als andere, die aus der Jugend hinausgewachsen sind, war er bis zuletzt ein aktives Mitglied unseres Verbandes. Aus vollster Überzeugung war er immer einer von uns – ein Jugendlicher, der aus seiner unermüdlichen Arbeit für Ostpreußen Kraft wie aus einem Jungbrunnen schöpfte. Als Mensch werden seine Authentizität, seine Haltung zu klaren Positionen und sein leidenschaftlicher Einsatz in der Sache in Erinnerung bleiben und für uns Vorbildcharakter haben. Denn es waren seine menschlichen Eigenschaften, die sich in unserer Gesellschaft immer weniger, gerade aus falscher Angst vor dem herrschenden Zeitgeist, leisten. Jeder Einzelne von uns ist für die gemeinsamen Gespräche, die langen Nächte an Lagerfeuern in Ostpreußen und seine Impulse für unsere ostpreußische Jugend dankbar. Stefan Hein, Bundesvorsitzender, Raphael Schmelter, Bundesgeschäftsführer.



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Landesgruppe – Busfahrt von Montag, 24. bis Sonntag 30. September. – Zum Landestreffen der Ostpreußen in Mecklenburg-Vorpommern am 29. September in Schwerin plant die Memellandgruppe Mannheim zusammen mit der Landesgruppe der Ostpreußen in Baden Württemberg eine Busfahrt. Reiseablauf: Montag, 24. September: von Stuttgart und Mannheim nach Schwerin. Dienstag: zur freien Verfügung. Mittwoch: Fahrt nach Bad Doberan, Rostock und Warnemünde. Donnerstag: Fahrt zum Müritz-Kölpin- und Plauersee. Freitag: Fahrt nach Wismar und Umgebung. Sonnabend: Teilnahme am Ostpreußentreffen. Sonntag, 30. September: Rückfahrt. Der Fahrpreis inklusive aller Rundfahrten, 6 Ü/F in Doppelzimmer und 5 mal Halbpension beträgt zirka 470 Euro. Anmeldungen bei: Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Heddesheim, Telefon (06203) 43229, E-Mail: Uwe.Jurgsties@gmx.de oder Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon (0711) 854093, E-Mail: uta.luettich-@web.de.

Bamberg – Mittwoch, 18. Juli, 15 Uhr, Villa Remeis (Buslinie 910): Sommertreffen der Gruppe.

Ludwigsburg – Dienstag, 24. Juli, 15 Uhr, Krauthof, Beihinger Straße 27: Sommerfest.

BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Ansbach – Sonnabend, 14. Juli, 15 Uhr, Orangerie: Haben Sie ostpreußische und pommersche Wörter gefunden? Die Gruppe will an viele erinnern und ihre Herkunft erklären. Im August finden aufgrund der Sommerferien keine Veranstaltungen statt.

Augsburg – Sonntag, 15. Juli: **Sommerausflug** nach Herrenchiemsee mit Schifffahrt und Schlossbesichtigung. Anmeldungen beim Vorsitzenden der Kreisgruppe, Johannes Georg Behrendt, Telefon (0821) 722811.

Ingolstadt – Sonntag, 15. Juli, 14.30 Uhr, Gasthaus Bonschab, Münchner Straße 8: Monatstreffen der Gruppe. Im August findet kein Treffen statt.

Landshut – Dienstag, 17. Juli, 14 Uhr, Garten der Insel: Treffen der Gruppe.

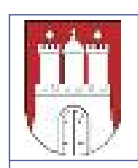
Weißenburg-Gunzenhausen – Freitag, 20. Juli, 18.30 Uhr, Kastaniengarten der Gastwirtschaft Röschelskeller, Gunzenhausen: Sommerabend der Landsmannschaften.



BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 25 09 29, Fax (0421) 25 01 88, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Geschäftsführer: Günter Högemann, Am Heidberg 32, 28865 Lilienthal Telefon (04298) 3712, Fax (04298) 4682 22, E-Mail: g.hoegemann@t-online.de

Bremerhaven – Freitag, 27. Juli: kein Treffen wegen Sommerpause. – Freitag, 10. August: Bederkesa-Fahrt der PL Bremerhaven. Teilnahme anderer Landsmannschaften nach Anmeldung möglich und erwünscht.



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Hans Günter Schattling, Helgolandstr. 27, 22846 Norderstedt, Telefon (040) 5224379.

LANDESGRUPPE

Sonnabend, 11. August, 14 bis 17 Uhr, Einlass ab 13 Uhr, Achtung Änderung: Restaurant/Café „Prinzess“, Alsterdorfer Straße 572, unweit S- und U-Bahnstation Ohlsdorf: **Sommerfest der Landesgruppe,** Referat Kultur. Zu Beginn wird der Vorsitzende Hartmut Klingbeutel Aktuelles aus Ostpreußen berichten. Er war im Juni dieses Jahres dort und besuchte auch die Städte Allenstein und Königsberg. Anschließend singen die Versammelten mit dem LAB-Chor unter der Leitung von Dieter Dziobaka (Gumbinnen) „Land der dunklen Wälder“ und heimatliche Volkslieder. Von 15 bis 15.30 Uhr Plachandern bei Kaffee und Kuchen. Nach der Kaffeepause wird der LAB-Chor mit „Oldis“ humorvoll an die Jugendzeit der Teilnehmer erinnern. Auch mit Literatur und Spaßvorträgen (ostpreußischer Art) wird es lustig werden. Es darf gelacht werden; denn „ ein bisschen Spaß muss sein“. Die Gruppe freut sich auf ein Wiedersehen! Die Veranstaltung leitet der Kulturreferent Siegfried Grawitter, Evastraße 3b, 22089 Hamburg, Telefon (040) 205784.

BEZIRKSGRUPPE

Hamburg-Billstedt – Die Gruppe trifft sich jeden ersten Dienstag im Monat um 14.30 Uhr im Vereinshaus Billstedt-Horn, Möllner Landstraße 197, 22117 Hamburg (Nähe U-Bahn-Station Steinfurter Allee). Gäste sind willkommen. Informationen bei Anneliese Papiz, Telefon (040) 739 26 017.

KREISGRUPPE



Insterburg – Die Gruppe trifft sich jeden ersten Mittwoch im Monat um 12 Uhr im Hotel „Zum Zeppelin“, Fohmestraße 123. Im Juli ist jedoch kein Monatstreffen. – Mittwoch, 1. August: Sommerfest mit kulturellem und musikalischem Programm. Gäste und neue Mitglieder sind herzlich willkommen. Informationen und Anfragen bei Manfred Samel, Telefon und Telefax (040) 587585.



HESSEN

Vorsitzender: Wolfgang Warnat, Robert-Koch-Weg 5, 35578 Wetzlar, Telefon (06441) 204 39 99.

Frankfurt – Am 27. Juni trafen sich Mitglieder der Kreisgruppe zu einem geselligen, kulturellen Nachmittag. Nach der Begrüßung durch die Vorsitzende Gerlinde Groß und informativem Gedankenaustausch kam man zum Thema des Nachmittags. Da anlässlich des 300. Geburtstages vielerorts ausschließlich über Friedrich den Großen gesprochen wird, lenkte die Vorsitzende die Aufmerksamkeit auf das Schicksal seiner Ehefrau, der preußischen Königin Elisabeth Christine. Geboren wurde sie in Wolfenbüttel als Prinzessin von Braunschweig Bevern am 8. November 1715. Wie seinerzeit in vielen Herrscherhäusern üblich, wurde sie aus politischen Gründen am 12. Juni 1733, im Alter von achtzehn Jahren mit dem preußischen Kronprinzen verheiratet. Auch wenn sie, wie sie selbst schrieb, einige schöne Jahre unter dem Augenmerk ihres Schwiegervaters, der ihr große Sympathie entgegen brachte, in Rheinsberg verbrachte, machte dieser folgenschwere Schritt sie über jahrzehntelang zu einem bedauernswerten, geduldigen Opfer. Dies steigerte sich zu einer der bizarrsten Ehegeschichten des europäischen Hochadels. Neben ihrem ruhmreichen, ihr gegenüber aber gefühlskalten und zynischen Gatten, dem der Hof sowie die restliche Familie zu Willen war, verhielten sich diese gegen die Königin so, dass jede Art von aufkommender Zuneigung und Vertrauen im Keime erstickt wurde. Eine ganze Familie gegen sich zu haben, mit einer Schwiegermutter, die den Platz der Königin nicht räumen wollte, unglaublichen Intrigen und sehr geringer Protektion ist nach heutigem Verständnis kaum nachvollziehbar. Diese Ehe endete nach 53 Jahren mit dem Tod Friedrich des Großen 1786. In den elf Jahren, die ihr noch bis zu ihrem Ende am 13. Januar 1797 blieben, wurde sie aber als preußische Königin mit Respekt, Achtung und Ehrerbietung von König Friedrich Wilhelm II., seiner Familie und dem Hof behandelt. Königin Elisabeth Christine von Preußen trug ein schweres und schlimmes Los. Ihr Gatte dagegen trug schwer an einer grausamen, dunklen Seite seines Innersten, die auch sein Ruhm und seine Macht nicht lindern konnte. In den Kinder- und Jugendjahren hatte die Hartherzigkeit seines Vaters seine Seele zerschlagen. Die vielen Jahre im Elend der Kriege, das große Sterben seiner Soldaten, andererseits der Ruhm, die Realisierung seiner Bauvorhaben in Potsdam oder die Bezeichnung „Friedrich der Große“ konnten das Genie nicht heilen. Das Aufzeigen dieser Schicksale führte zu einer lebhaften Diskussion. Im Anschluss daran bereicherte Annemarie Conrad v. Heyendorff-Aschenbrenner die Gemeinschaft mit einigen Kurzgeschichten aus Masuren. Mit einigen humorigen Späßchen ging ein schöner Nachmittag zu Ende.

Wetzlar – Sonnabend, 14. Juli, 13 Uhr, Schützenhaus Wetzlar-Nauborn: Die Kreisgruppe trifft sich zum Grillen.

Wiesbaden – Beim **Monatstreffen** sahen die Besucher einen Dokumentarfilm, den acht Master-Studenten der Hochschule der Medien (HdM) in Stuttgart im Bereich „Studio-Produktion“ hergestellt haben. Unter dem Titel „Stille Helden“ werden Menschen gezeigt, deren Arbeit oft zu wenig gewürdigt wird, obwohl ihr Tun für unsere Gesellschaft wertvoll und unverzichtbar ist. Am Beispiel eines Lastwagenfahrers, einer Altenpflegerin, einer Kindererzieherin und eines Straßenreinigers erfährt man, wie diese Männer und Frauen ihren Alltag erleben, was sie beschäftigt und bewegt, woher sie ihre Kraft zu alldem nehmen und was ihnen Halt im Leben gibt. Dargestellt in 46 Montagemodulen begleiten die Studenten die vier Protagonisten bei der Arbeit und in ihrer Freizeit. Dabei entstehen sehr persönliche Portraits dieser Menschen, weil ihnen der Film eine Stimme und den Raum gibt, sich mit den zentralen Fragen des Lebens und des eigenen Seins auseinanderzusetzen. In bewegenden und eindrucksvollen Bildern sehen die Zuschauer, wie sich die „stillen Helden“ auf ihre Arbeit vorbereiten, was sie dort leisten und was sie im Privatleben umtreibt. Da plant die Altenpflegerin ihre Hochzeit, der holländische Lkw-Fahrer entspannt sich bei der Chorprobe, die Erzieherin macht sich Gedanken, ob sie der eigenen Familie gerecht wird und Jesus, der Straßenkehrer, stellt philosophisch-gelassen fest: „Man kann nur das Gesicht eines Menschen sehen, aber nicht sein Herz.“ Einer der Studenten, Marcus Mangeot, war bei der Vorführung anwesend und erzählte, was zu dem Studienprojekt führte und beantwortete Fragen der Zuschauer. Er ist Autor, Kameramann und Editor des Films. Mit seinem Team arbeitet er bereits an einem neuen Projekt mit dem Titel „Fast erwachsen“, das die Landsmannschaft mit einer Geldsammlung unterstützt. „Stille Helden“ war auf der „17. Filmschau Baden-Württemberg“ im Metropol in Stuttgart zu sehen und wurde für den Filmpreis „Bester Dokumentarfilm“ nominiert.

NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Braunschweig – Im Juli findet kein Treffen wegen der Sommerpause statt. – Beim **Treffen im Mai** hielt Erich Kiemann einen Vortrag „Friedrich der Große aus heutiger Sicht“. Zu Beginn seines Vortrags stellte der Referent die Frage in den Raum: „War Friedrich der Große eine Segen für Preußen und Deutschland?“ Als Antwort ließ er eine Passage aus der Rede des früheren Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker zum 200. Todestag im Jahr 1986 folgen. Weizsäcker führte damals aus: „Wenn auch sein Staat Preußen von der Landkarte verschwunden ist, vieles von dem, was er geschaffen hat, wirkt 200 Jahre nach seinem Tode unter uns fort. Es gehört wahrlich nicht zum schlechtesten Teil der Hinterlassenschaft aus unserer Geschichte!“ Was gehört nun zur positiven Hinterlassenschaft Friedrich II.? Schon als Kronprinz kam er zu der Einsicht, „dass eine echte Staatskunst der Könige auf der Grundlage von Gerechtigkeit und Güte“ zu erfolgen hat. Daran hat er sich später als König stets gehalten. Bereits im ersten Regierungsjahr (1740) setzte er sich die Maxime: „Der Fürst ist der erste Diener seines Staates“. Er förderte die Landwirtschaft, führte den Kartoffelanbau ein und baute damit damaligen Hungersnöten vor. Er verbesserte die Lehrerausbildung und das Volksschulwesen, um nur einige positive Hinterlassenschaften zu erwähnen. Allerdings: Er hat auch Kriege geführt. Die Bewertung dieser Tatsache kann nicht in einem Satz und aus der Sicht von heute vorgenommen werden.

Osnabrück – Dienstag, 31. Juli, 16.45 Uhr, Hotel Ibis, Blumenhaller Weg 152: Die Gruppe trifft sich zum Kegeln.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Werstener Dorfstr. 187, 40591 Düsseldorf, Tel. (02 11) 39 57 63. Postanschrift: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Landesgruppe – Sonntag, 15. Juli, ab 11 Uhr: Zeit zum Plachandern. Auch in diesem Jahr findet an der Gedenkstätte des Deutschen Ostens auf Schloss Burg eine Kulturveranstaltung der Landesgruppe Nordrhein-Westfalen statt. Die Landesgruppe wünscht sich, dass sie recht viele Lands-

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 17

Glückwünsche

Fortsetzung von Seite 15

Karweck, Peter, aus Bartztal, Kreis Ebenrode, am 19. Juli

Konetzka, Herbert, aus Ortelsburg, am 17. Juli

Kypar, Horst, aus Gedwangen, Kreis Neidenburg, am 19. Juli

Perteck, Gerhard, aus Ortelsburg, am 18. Juli

Toffel, Hedwig, geb. **Groß**, verw. **Glodek**, aus Kaunen, Kreis Neidenburg, am 17. Juli

Troll, Gisela, geb. **Broosch**, aus Mollehnen, Kreis Samland, am 18. Juli

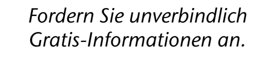


Benn, Jürgen und Frau Ingrid, geb. **Gronau**, aus Bindshonen, Kreis Insterburg, am 13. Juli

Auch im Internet: »Glückwünsche und Heimatarbeit«









Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16

leute und Gäste auf ihrem „Kleinen Ostpreußentreffen“ begrüßen kann. Wie schon in den vergangenen Jahren besteht die Veranstaltung aus einem offiziellen Teil (14 Uhr) und einem unterhaltsamen. Zu Beginn läuten die Glocken aus Königsberg und Breslau, die Teilnehmer gedenken ihrer Toten und hören das Trompetensolo „Ich hatt‘ einen Kameraden“ (Trompeter F. Braun). Bodo Löttgen wird die Ansprache halten. Dr. Bärbel Beutner führt durch die Veranstaltung. Für das leibliche Wohl sorgen die Damen der Gruppen Remscheid, Solingen und Wuppertal mit ostpreußischen Spezialitäten. Zahlreiches Erscheinen ist der Lohn für den Veranstalter mit seinen ehrenamtlichen Mitwirkenden.

Bad Godesberg – Jeden 3. Mittwoch im Monat, ab 17.30 Uhr, Stadthalle Bad Godesberg: Stammtisch der Gruppe. Gäste sind herzlich willkommen. – Mittwoch, 18. Juli, 17.30 Uhr, Erkerzimmer der Stadthalle Bad Godesberg: Stammtisch der Gruppe. – Mittwoch, 1. August, 15 Uhr, Stadthalle Bad Godesberg: Treffen der Frauengruppe.

Dortmund – Montag, 16. Juli, 14.30 Uhr, Ostdeutsche Heimatstuben, Landgrafenschule, Ecke Märkische Straße: Treffen der Gruppe.

Düsseldorf – Jeden Mittwoch, 18.10 bis 20 Uhr, GHH / Eichendorff-Saal: Probe der Chorgemeinschaft Ostpreußen-Westpreußen-Sudetenland unter der Leitung von Radostina Hristova. – Dienstag, 17. Juli, 19.15 Uhr, GHH/Konferenzraum: Vortrag von Prof. Frank-Lothar Kroll, TU Chemnitz „Das ist ein Narr! Der Mensch ist verrückt“ – König Friedrich von Preußen in der deutschen und europäischen Geschichtskultur. – Donnerstag, 19. Juli, 19.30 Uhr, GHH/Raum 312: Offenes Singen mit Barbara Schoch.

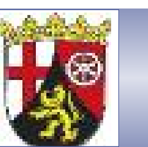
Ennepetal – Sonntag, 15. Juli, ab 11 Uhr, Schloss Burg: Kleines Ostpreußentreffen. – Donnerstag, 19. Juli, 18 Uhr, Heimatstube: Monatsversammlung mit kleinem Imbiss.

Köln – Dienstag, 17. Juli, 14.30 Uhr, Bürgerzentrum Köln-Deutz, Tempelstraße 41 – 43: Die Ostpreußenrunde trifft sich für zwei Stunden. Sie würde sich über eine zahlreiche Beteiligung freuen, besonders über das Erscheinen der eingetragenen Mitglieder. Gäste sind natürlich immer willkommen. Gern werden kleine Darbietungen durch Anwesende für Anwesende begrüßt. Die unweit der KVB-Haltestellen Suevenstraße, Linien 3 und 4 beziehungsweise Deutzer Freiheit, Linien 1 und 7 befindliche Lokalität ist in wenigen Minuten zu erreichen. Wer mit dem PKW anreisen möchte, dem stehen Straßenparkplätze für günstiges Entgelt zur Verfügung. Trotzdem wird geraten mit der KVB zu kommen. Vor der Sommerpause, das ist der Monat August, ist es die letzte Zusammenkunft. Die Gruppe trifft sich danach am dritten Dienstag im September wieder.

Neuss – Donnerstag, 2. August, 15 bis 18 Uhr, Ostdeutsche Heimatstube, Oberstraße 17: Tag der offenen Tür mit Kaffee und Kuchen.

Witten – Montag, 16. Juli, 15 Uhr, Witten-Heven: Vortrag „Preußische Allgemeine Zeitung – Gedenkstein der Vertriebenen“.

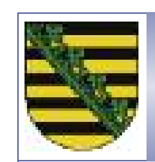
Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Mainz – Jeden Freitag, 13 Uhr, Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz: Die Gruppe trifft sich zum Kartenspielen.

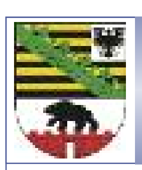


SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Chemnitz – Jeden Montag, 16 Uhr, Leipziger Straße: Kulturkreis „Simon Dach“ trifft sich unter der Leitung von Ingrid Labuhn zur Chorprobe. – Freitag, 20. Juli, 13 Uhr, Leipziger Straße 167: Treffen des Spielezirkels.

Hoyerswerda – Sonnabend, 14. Juli, Lausitzhalle Hoyerswerda: Alljährlicher Markt der Möglichkeiten. Der BdV-Stadtverband wird sich auch in diesem Jahr daran beteiligen.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Siegmund Bartsch (komm.), Lepsiusstraße 14, 06618 Naumburg, Telefon (03445) 774278.

Gardelegen – Freitag, 27. Juli, 14 Uhr, Begegnungsstätte der VS Gardelegen: Liedernachmittag.

Magdeburg – Dienstag, 17. Juli, 13.30 Uhr, Immermannstraße: Treffen der Stickerchen.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Landesgruppe – Zur **Vertreterversammlung** der Landesgruppe am Sonntag, 24. Juni, 10 Uhr, im Haus der Heimat in Kiel konnte der Landesvorsitzende Edmund Ferner 56 Teilnehmer begrüßen. Nach den Regularien wurde Helmut Feilscher aus Büdelsdorf mit der Goldenen Ehrennadel des BdV ausgezeichnet. Danach referierte Edmund Ferner über „Friedrich der Große – Biographische Streiflichter, sein Charakterbild schwankt in der Geschichte.“ Er zeichnete ein umfassendes Bild von Friedrichs Jugend, der strengen und konfliktreichen Erziehung und seiner Prägung durch den Vater bis hin zu der missglückten Flucht und den sich daraus ergebenden Folgen. Ihm galten Kunst, Musik, Philosophie und Literatur mehr als das Amt eines Königs. Umgeben von geistigen Talenten fühlte Friedrich sich in geselliger Runde wohl. Nach dem frühen Tod des Vaters änderte sich der neue König grundlegend. Er führte eine Reihe von Reformen ein, schaffte die Folter ab, erlaubte die Religionsfreiheit und die geistige Freiheit. Doch bald zog er Preußen in eine Reihe von Kriegen über einen langen Zeitraum. Der letzte Krieg brachte Friedrich durch eine glückliche Fügung den endgültigen Gewinn Schlesiens. Friedrich zeigte sich als militärischer Stratege aus. Nach den Kriegen widmete er sich dem Aufbau seines Landes. Er reformierte die Landwirtschaft durch neue und wirtschaftlichere Anbaumethoden und Umgestaltung großer Teile der Landschaft. Durch die mit Wasser der Bevölkerung verbundene Einführung der Kartoffel gelang ihm ein großer Schritt zur besseren Ernährungslage der Bevölkerung. Vielen Arbeitskräften und Fachleuten aus anderen Ländern ermöglichte er die Ansiedlung in Preußen unter Gewährung vieler Vorteile. Manche Reform jedoch, so die Abschaffung der Leibeigenschaft, konnte Friedrich gegen den Widerstand des Adels und der Gutsherrschaft nicht durchsetzen. Durch gewaltige Baumaßnahmen, dem Bau vieler Schlossanlagen und Gärten steigerte er die Wirtschaft, vermehrte den Konsum im Lande und brachte vielen Handwerkern und Baukünstlern Arbeit. Die Einführung des von ihm in Auftrag gegebenen neuen Rechtswesens, des „Allgemeinen Landrechts“, erlebte Friedrich nicht, als er 1786 starb. Es war die größte zivile Errungenschaft Friedrichs. Der aufgeklärte Friedrich der Große bestimmte, dass alle Bürger frei sind, der Staat souverän ist und Könige und Regierungen an bestimmte Gesetze gebunden sind. Friedrich schuf in Preußen den ersten Flächenstaat der Welt, in dem die allgemeine Schulpflicht bis in das letzte versteckte Dorf bestand. – Einstimmig stimmte die Vertreterversammlung einer Satzungsänderung zu, wonach künftig die Landsmannschaften bereits ab je 25 Mitgliedern eine Stimme in der Vertreterversammlung haben. Die Frist für die Einreichung von Anträgen wird von 14 auf 8 Tage verkürzt. Einstimmig wurden der Jahresabschluss sowie der Haushaltsplan 2012 genehmigt und dem Vorstand und der Schatzmeisterin Entlastung erteilt. Nach dem Mittagessen fesselte Regina Wunderlich mit einer musikalischen Zeitreise mit schönen und unsterblichen Melodien aus Operetten, Musicals und Gospelgesängen die Anwesenden. Sie wurde am Klavier von dem Pianisten Imre Sallay begleitet.

Kiel – **Handarbeiten aus Ostpreußen**. – Zum dritten Mal stellt die Arbeitsgemeinschaft „Hilfe für Euch“ in der Utholm-Schule, Kirchenleye 7, bis Sonntag, 15. Juli, 11 bis 18 Uhr, Handarbeiten aus Ostpreußen aus. Sie wurden von Frauen gefertigt, die damit für ihre Familien ein Zubrot verdienen oder ihre mageren Renten aufbessern. Die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft bereiten die Handarbeiten hier vor, nehmen sie auf ihren Hilfsfahrten nach Ostpreußen mit, holen Fertiges wieder ab und bieten es auf Ausstellungen zum Verkauf an. In diesem Jahr werden zum Thema „Sommerträume“ viele schöne Handarbeiten und Dessins für Wohnzimmer, Küche und Bad und darüber hinaus vielerlei hübsche Geschenkartikel angeboten. Auch geschmackvolle Damen und Kinderbekleidung sowie echt Ostpreußisches wie Bärenfang, Honig und Bernstein sind zu erwerben. Bei Kaffee und hausgemachtem Kuchen kann man sich vom Schauen ausruhen und plaudern. Der Erlös der Ausstellung fließt ausnahmslos an die handarbeitenden Frauen sowie etwa 200 weitere bedürftige Familien, die die Arbeitsgemeinschaft seit 29 Jahren betreut.

Neumünster – Freitag, 3. August, 11 Uhr, Friedenshain: Kranzniederlegung zum Tag der Heimat.

Uetersen – 21. Juli, Garten des Hauses „Ueterst End“, Kirchenstraße 7: Sommerfest der Ostpreußengruppe und des Vereins zur Erhaltung ostdeutschen Kulturguts. Die Veranstalter würden sich über viele Besucher freuen.

Aus den Heimatkreisen

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ANGERBURG

Kreisvertreter: Kurt-Werner Sadowski. Kreisgemeinschaft Angerburg e.V., Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Landkreis: Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 9833101.

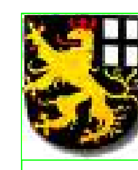
Einladung zu den 58. Angerburger Tagen – Am 8./9. September treffen sich wieder die Angerburger sowie deren Nachkommen und Freunde in der liebenswerten Kreisstadt Rotenburg/Wümme. Das Angerburger Treffen findet auch in diesem Jahr in der Rotenburger Theodor-Heuß-Schule in der Gerberstraße 16 (neben dem Ratsgymnasium) statt. Eingeleitet werden die 58. Angerburger Tage am Sonnabend, 8. September, mit einer Kranzniederlegung am Patenschaftsstein bei der Angerburger Eiche am Kreishaus. Anschließend tagt ab 9.30 Uhr in einer öffentlichen Sitzung die Angerburger Kreisvertretung. Die Sitzung findet im großen Sitzungssaal des Rotenburger Kreishauses statt. Auf der Tagesordnung stehen unter anderem Berichte des Vorstandes, Ehrungen, der Bericht der Kassenprüfer, die Entlastung des Vorstandes für das Geschäftsjahr 2011 und die Verabschiedung des Haushaltsvoranschlages für das Geschäftsjahr 2013. Nutzen Sie die Gelegenheit, sich über die umfangreiche Arbeit des Vorstandes und die Aktivitäten der Kreisgemeinschaft im Berichtszeitraum zu informieren. Nach der Mittagspause starten wir um 13.30 Uhr vom Hotel am Pferdemarkt in Rotenburg/Wümme nach Sittensen ins romantische Tister Moor. Für Kaffee und Kuchen sorgt wieder der Heimatverein der Börde Sittensen e.V. Es ist dafür ein Kostenbeitrag in Höhe von unverändert 10 Euro pro Person einschließlich Busfahrt zu entrichten. Die Mindestteilnehmerzahl beträgt 25. Aus organisatorischen Gründen ist eine vorherige schriftliche Anmeldung unter Angabe der Personenzahl an Brigitte Junker, Sachsenweg 15, 22455 Hamburg, bis spätestens 28. August nötig. Ab 14 Uhr ist die Theodor-Heuß-Schule für alle geöffnet, die nicht an der Busfahrt teilnehmen. Zum Abendessen (ab 18 Uhr) werden Speisen und Getränke (kleine Karte) angeboten. In einem Filmvortrag zeigt Bernd Naumann um 20 Uhr in der Theodor- Heuß-Schule das geschichtsträchtige Naturparadies Masuren untermalt mit typischen Musikklängent. In seinem mitreißenden Live-Vortragsstil spüren die Besucher die Atmosphäre einer Masurenreise in lebendiger Digitaltechnik. In anschließender geselliger Runde lassen die Besucher den Tag ausklingen. Die Angerburger Tage werden am Sonntag, 9. September, fortgesetzt. Um 11 Uhr findet in der Aula der Theodor-Heuß-Schule eine Feierstunde statt. Der Bürgermeister der Stadt Rotenburg/Wümme hat die Gastrede übernommen. Wegen der geringen Beteiligung der Angerburger kann leider kein Gottesdienst mehr in der Michaelskirche stattfinden, was der Vorstand der Kreisgemeinschaft sehr bedauert. Nach der Feierstunde treffen sich in der Theodor-Heuß-Schule die Angerburger und deren Freunde zum Plachandern und Schabbern. Es besteht Gelegenheit zum Mittagessen, außerdem werden Kaffee oder Tee, Kuchen und auch Getränke angeboten. Das Angerburger Zimmer im Honigspeicher beim Rotenburger Heimathaus (früher Heimatmuseum) haben wir mit sämtlichen Exponaten geräumt. Nunmehr befinden sich das Angerburger Zimmer und unsere Geschäftsstelle mit Archiv in einem Verwaltungsgebäude unseres Patenschaftsträgers am Weicheler Damm 11. Am Sonnabend und Sonntag sind die Räume der Angerburger von 12 bis 16 Uhr geöffnet. In der Theodor-Heuß-Schule werden an beiden Tagen Bücher, unter anderem Angerburg von A-Z (4. Auflage), der Kreis Angerburg (E. Pfeiffer, 2. Auflage), Der Kaufherr Thomas Anderson, sowie Postkarten, Landkarten und Angerburger Heimatbriefe verschiedener Jahrgänge angeboten. Das vollständige Programm ist auch im Angerburger Heimatbrief Heft Nr. 149 (Mai 2012) auf den Seiten 46/47 abgedruckt. Freuen Sie sich auf die 58. Angerburger Tage in der Wümmestadt Rotenburg. Kreistreffen sind immer eine gute Gelegenheit, alte und neue Bekannte zu treffen. Der Vorstand der Kreisgemeinschaft hofft auf Ihren Besuch und wünscht Ihnen bis dahin eine gute Zeit sowie einen schönen Sommer. Bleiben Sie uns treu.



LÖTZEN

Kreisvertreter: Dieter Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg. Geschäftsstelle: Ute Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg, Telefon (040) 6083003, Fax: (040) 60890478, E-Mail: KGL.Archiv@gmx.de

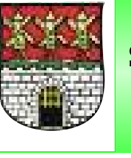
Sonnabend, 21. Juli, 10 bis 16 Uhr, Brachenfelder Straße 23: **Der besondere Tag im Lötzener Heimatmuseum** „Masuren in Neumünster“. Bücher aus 100 Jahren (Sachbücher und Belletristik) werden zum Kauf angeboten. Der Erlös kommt der Museumsarbeit zugute. Es besteht auch Gelegenheit, neben der bisherigen Ausstellung die neue Ausstellung „Lötzen – die Perle Masurens“ zu besichtigen und das Katalogheft zu dieser Ausstellung zu erwerben. „Lötzen – die Perle Masurens“ kann auch in der Geschäftsstelle zum Preis von 5 Euro plus Versandkosten bestellt werden: Ute Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg, oder Telefon (040) 608 30 03 oder KGL.Archiv@gmx.de.



MOHRUNGEN

Geschäftsführender Vorstand: Gisela Harder stellvertr. Kreisvertreterin, Moorfleeter Deich 395, 22113 Hamburg, Telefon/Fax (040) 7373220; Ingrid Tkacz, stellvertr. Kreisvertreterin, Knicktwiete 2, 25436 Tornesch, Telefon/Fax (04122) 55079. Frank Panke, Schatzmeister, Eschenweg 2, 92334 Berching, Telefon (08462)2452. Geschäftsstelle Lothar Gräf, Dr. Siekermann-Weg 28, 58256 Ennepetal, Telefon (02333) 5766, Fax (02333) 5570.

Bruderhilfe 2012 und 20-jähriges Jubiläum des Vereins der Deutschen Bevölkerung „Herder“. – Vom 30. Mai bis 6. Juni weilten die stellvertretende Kreisvertreterin Gisela Harder und Geschäftsführer Lothar Gräf in Mohrungen. Wir zahlten Bruderhilfe aus und nahmen teil an dem 20-jährigen Jubiläum des Vereins der Deutschen Bevölkerung „Herder“. Zur Anreise wählten wir diesmal die Variante Flug ab Dortmund beziehungsweise Lübeck nach Danzig und gemeinsam weiter nach Mohrungen in einem Leihwagen. Es war eine zeitlich kurze, bequeme Anreise und, bei rechtzeitiger Buchung, zu einem vertretbaren Preis. Der Schwerpunkt unserer Arbeit im Kreis Mohrungen war zweifellos das Auszahlen der Bruderhilfe. Zunächst zahlten wir in den Räumen des Vereins der Deutschen Bevölkerung „Herder“ aus und später, an zwei Tagen, in den Mohrunger Stuben, im ehemaligen Mohrunger Rathaus. Es herrschte teilweise großer Andrang. Wir wurden in viele Gespräche verwickelt, die das Auszahlen zwar behinderten, von uns aber ganz bewusst nicht unterbrochen wurden. Immerhin genießen es die deutschsprechenden Leute auch heute noch sehr, ein paar Worte in deutscher Sprache mit Deutschen zu sprechen. Leider war es, größtenteils aus gesundheitlichen Gründen, nicht allen Leuten möglich, das Bruderhilfe-Geld selbst abzuholen. Also fuhren wir durch den Mohrunger Kreis und zahlten vor Ort aus. In Mohrungen besuchten wir natürlich das Schwestergrab auf dem alten Friedhof. Dieses Grab wurde, dank einer großzügigen Spende, verbessert und macht jetzt einen sehr guten Eindruck, was man von dem Rest des Friedhofes leider nicht unbedingt sagen kann. Ebenfalls einen Besuch statteten wir den Gräbern unseres unvergessenen Herbert Preuß sowie unserer ebenfalls unvergessenen Eva Filipowicz ab. Am Freitag, 1. Juni, waren wir von der Vorsitzenden des Vereins der Deutschen Bevölkerung „Herder“ zu einem gemeinsamen Abendessen in deren Heimatstuben eingeladen. Es war ein „fürstliches Mal“, mit selbstgemachter Wurst verschiedener Sorten. Frau Manka hatte eigens ein Schwein schlachten lassen. Lediglich das Brot hatte sie nicht selbst gebakken. Der Abend klang aus mit einem kleinen Klavierkonzert ihres Enkels Piotr. Am Sonnabend, 2 Juni, nahmen wir auf Einladung Frau Mankas am 20-jährigen Jubiläum in Simnau [Szymonowo] und am Sommerfest teil. Nach der Begrüßung fand eine ökumenische Kurzandacht statt. Festreden zum Beispiel des Konsuls aus Danzig folgten. Gisela Harder würdigte die geleistete Arbeit Frau Mankas in den zurückliegenden 20 Jahren und überreichte ihr das Ehrenzeichen der Landsmannschaft Ostpreußen mit einer Urkunde, unterschrieben von dem Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, Stephan Grigat. Ebenfalls überreicht wurden ihr ein Kuchen mit 20 Kerzen für die zurückliegenden 20 Jahre und ein Kuchen, allerdings ohne Kerzen, für die bevorstehenden 20 Jahre. Die folgenden Tage waren angefüllt mit Besuchen im Mohrunger Kreis. Hervorzuheben ist Liebstadt mit dem Besuch des Lapidariums. Zwei weitere Höhepunkte waren der Besuch in Saalfeld [Zalewo] zum Geburtstag von Hilde Klosinska (Mutter Ostpreußen, wie sie hier und da genannt wird) und in Schwalgendorf [Siemlany]. Auf unseren Wegen dorthin wurde natürlich immer Bruderhilfe ausgezahlt. Besonders in Erinnerung dürfte der Besuch in dem wundervoll am See gelegenen Ort Schwalgendorf mit guter touristischer Infrastruktur, am Montag, 4. Juni, bleiben. In diesem Ort wohnen noch viele Deutsche. Gisela Harder hatte uns vorher angemeldet und so saßen wir alle zusammen im großen Wohnzimmer bei Kaffee und Kuchen. Es wurde viel erzählt und besonders für mich, der ich zum ersten Mal an dieser Runde teilnahm, war es unvergesslich beeindruckend. Bei aller angeregter Unterhaltung wurde natürlich nicht das „Auszahlen“ vergessen .Um es nochmals zu sagen, diese Gespräche sind für beide Seiten, nicht nur in Schwalgendorf, gut und wichtig, zeigen sie doch, dass es noch viele Missstände gibt, aber auch, dass viele ihren inneren Frieden gefunden haben. Der Abend klang aus mit einer gemütlichen Runde im Restaurant Park, an der auch Frau Manka, ihr Sohn Waldemar und Herr Nalikowski, der jetzige Betreuer der „Mohrunger Stuben“, teilnahmen. Am Dienstag suchten wir noch einige Empfangsberechtigte in Mohrungen auf und beendeten den Tag mit einem Besuch bei der Witwe von Herbert Preuß, Frau Pruszkowska, die noch sehr unter dem Tod Ihres Mannes leidet. Herr Nalikowski leistete hier, wie auch bei anderen Gelegenheiten, wertvolle Übersetzungshilfe. Am Mittwoch. 6. Juni, frühstückten wir bereits um 6 Uhr und fuhren um 6.30 Uhr nach Danzig. Mein Flug nach Dortmund ging um 11.25 Uhr, Gisela flog drei Stunden später. Wegen der Baustellen und Rückgabe des Mietautos schien uns die frühe Abfahrt allerdings ratsam. Die Fahrt nach Danzig und die Mietwagenabgabe klappten jedoch prima. Um 13 Uhr waren meine Frau, die privat mitgefahren war, und ich wieder in Dortmund und fuhren die letzten 40 Kilometer zurück nach Ennepetal. Von Gisela weiß ich, dass sie ebenfalls ohne Probleme wieder in Hamburg eingetroffen war. Eine sehr schöne, teilweise allerdings auch recht anstrengende Woche, war zu Ende



SCHLOSSBERG (PILLKALLEN)

Kreisvertreter: Michael Gründling, Große Brauhausstraße 1, 06108 Halle/Saale. Geschäftsstelle: Renate Wiese, Tel. (04171) 2400, Fax (04171) 24 24, Rote-Kreuz-Straße 6, 21423 Winsen (Luhe).

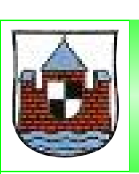
Gedanken zur Ostpreußenreise 2012 in die Heimat meiner Eltern! (Nach der Melodie „Land der dunklen Wälder“): Land der dunklen Wälder, und kristallnen Seen, deine weiten Felder, die sind nicht mehr schön! – Was daraus geworden, tut im Innern weh, wenn ich dort im Norden mir das Land beseh‘. Riesengroße Steppen anstatt Feld und Flur, Binsen, Busch und Quecken sieht man heute nur. Land von uns'ren Eltern als die waren jung, die bestellten Felder sind Erinnerung!



TILSIT-RAGNIT

Kreisvertreter: Dieter Neukamm, Am Rosenbaum 48, 51570 Windeck, Telefon (02243) 2999, Fax (02243) 844199. Geschäftsstelle: Eva Lüders, Telefon/Fax (04342) 5335, Kührenerstraße 1 b, 24211 Preetz, E-Mail: Eva.lueders @arcor.de.

Heimattreffen der Memelstromer 2013 – Die Vorbereitungen zum Heimattreffen 2013 der Kreisgemeinschaften Tilsit-Ragnit, Tilsit-Stadt und Elchniederung haben bereits begonnen. Die Organisation liegt in den Händen der Kreisgemeinschaft Tilsit-Ragnit. Es findet am Samstag, 5. Oktober 2013, in der „OsnabrückHalle“ in Osnabrück statt. Osnabrück liegt in Südniedersachsen an der Grenze zu Nordrhein-Westfalen. Es ist sowohl mit dem Zug als auch mit dem Auto (A 1, A 30) sehr gut zu erreichen, für Fernreisende steht der Flughafen Münster-Osnabrück zur Verfügung. Osnabrück ist eine geschichtsträchtige Bischofsstadt, hier fanden neben Münster im 17. Jahrhundert die Verhandlungen zur Beendigung des 30-jährigen Krieges statt. Osnabrück führt daher die Bezeichnung „Die Friedensstadt“. Die „OsnabrückHalle“ liegt zentrumsnah in der Nähe des Schlosses, das heute die Universität beherbergt. Parkmöglichkeiten sind in der Nähe ausreichend vorhanden.



TILSIT–STADT

Stadtvertreter: Hans Dzieran, Stadtgemeinschaft Tilsit, Postfach 241, 09002 Chemnitz, Telefon (0431) 77723.

Horst Gelhaar verstorben – Am 5. Juni 2012 verstarb Horst Gelhaar im Alter von 82 Jahren. Er war langjähriges Mitglied der Stadtvertretung und Sprecher der Schulgemeinschaft „Freiheiter Schule“. Mit großem Engagement pflegte er die Tradition der Schule, die er einst in Tilsit besuchte. Die von ihm organisierten Schultreffen waren interessant gestaltet, so dass die Anzahl der Teilnehmer jahrelang konstant blieb. Lücken konnten durch Neuzugänge ausgeglichen werden. Horst Gelhaar hat sich große Verdienste in der Heimatarbeit erworben. Die Stadtgemeinschaft wird ihn in dankbarer Erinnerung behalten.

Auch im Internet: »Glückwünsche und Heimatarbeit«

Nimm drei

Überfluss bereitet Entscheidgunsstress

Nimm drei, bezahl zwei. Aber ich brauche nur eine neue Zahnbürste, und weil ich keine Großfamilie habe, sondern nur einen „Single-Haushalt“, entscheide ich mich für den teureren Kauf eines Exemplars. Auch das ist nicht einfach bei der Vielfalt eines so eindeutigen Funktionsgegenstandes: Mit Gelenk im Stiel, harten, weichen Borsten, kurzen oder langen. Vielleicht mit verstärkter Mitte?

Im Tagebuch von Klemperer lese ich, 1942, also vor siebzig Jahren: Befehl, beim Kauf einer neuen Zahnbürste die alte abzuliefern. Klorollen, so es denn mal welche gibt, werden nur einzeln abgegeben. Dabei hatte man sich gerade an sie gewöhnt, nach den geschnittenen Zeitungspapierblättchen auf dem Örtchen. Heute, nimm drei Pakete mit je zehn Rollen und bezahl zwei. Mit und ohne Düfte erhältlich. Mit einem Bahnticket für 27,50 Euro können fünf Personen gemeinsam in den Harz fahren, fahre ich allein, bezahle ich etwa 50. Manchmal frage ich mich, ticke ich nicht mehr richtig oder verstehe ich die Welt nicht mehr und verstehe nur immer Bahnhof.

Besser als die Sorgen von damals

Weiter lese ich über den Mangel an Brot und Lebensmitteln überhaupt. Kenne ich. Brot! Es fehlt immer und da war es gut, dass Mutter nicht rauchte und ihre Rauchermarken gegen welche für Brot eintauschen konnte. Wir waren alle mager wie die Hungerleider, nur der Bauch war prall und der Rock dadurch vorn kürzer als an den Seiten. Kartoffelbäuche eben. Das gewünschte Idealgewicht von heute war leicht zu erreichen und zu halten. Immer diese Gier nach Essen, immer dieses unwürdige Suchen danach und „Mundraub“ begehen. All das kommt mir in dieser Zeit des Überflusses in den Sinn.

Anfangs der dreißiger Jahre kam das Verreisen in Mode, „Kraft durch Freude“, genannt. Auch die ersten Busreisen begannen damals. Der einfache Mensch sollte auch was von der Welt sehen und sich erholen. Wir, die wir lasen und die Neuerung der Leihbibliotheken in Anspruch nahmen, wussten, dass die begüterten jungen Leute nach beendetem Studium auf die Grand Tour gingen, ausgestattet mit genügend Kapital und einem Diener. Gott, wer wollte das nicht auch. Keine Chance! Wer wollte sich nicht bilden? Wenn ich beim Lesen ertappt wurde zu einer Zeit, in der man Pflichten zu erfüllen hatte, gab es eine Rüge: Hast du nichts Besseres zu tun? Eigentlich nicht, hätte ich gern geantwortet, aber das war undenkbar. Und irgendwie hatten sie ja auch recht, das Leben war schwer damals und etwas gab es immer zu tun. Dabei gab es noch so viel weiße Flecken auf dem Globus, über die man noch nichts wusste. Da war es kein Wunder, dass nach Kriegsende der Mensch gleich ins volle Leben eintauchen wollte. Am liebsten im eigenen Auto.

Es gab damals einen Liedermacher, ich glaube er hieß Richard Germer, der sang: „Mensch, kauf‘ dir‘n Auto, sagt mein Freund der Heine, um Zwölf fährst los und bist um eins in Peine. So‘n Auto ist ganz wundervoll. Wenn ich nur wüsst, was ich um eins in Peine soll.“

Das erschien mir damals schon klug. Einfach nur spazieren gehen, undenkbar. Das blieb dem Sonntagnachmittag vorbehalten. In geordneter Familienformation. Dass gleich um die Ecke und mit dem Rad leicht zu erreichen, die Heilige Linde war, wusste ich nicht. Wie nahe die Masurischen Seen, auch nicht. Das alles erfuhr und befuhr ich erst als „Heimweh-Tourist“, wie eine Wortneuschöpfung aussagte. Auf nichts wurden wir vorbereitet, weder auf den Mangel noch auf den Überfluss.

Wie glücklich wäre man gewesen, hätte der Verkäufer einen beim Einkauf gefragt: „Darf es etwas mehr sein?“ Kein Mensch kann sich heute mehr vorstellen, wie groß die Not damals war, und dabei ist das erst siebzig Jahre her. Heute kann man sich in den langen Gängen des Supermarktes mehr als ein bisschen mehr in den Korb laden. Bis 24 Uhr gibt es von allem, einschließlich frischer Brötchen und Brot. Verwirrend, und manchmal könnte es einem ergehen wie dem Esel, der sich zwischen zwei Heuhaufen nicht entscheiden konnte und verhungerte.

Mensch, geht uns das gut, sage ich zu meinen Leuten, die sich auf‘s Klagen verstehen. Wenn alles so bleibt, wie es ist. Ich will gar keine Traumreise machen, kenne ja kaum die neue Heimat, in die ich mich integrieren musste.

Die Rastenburgerin erzählt, ihre Kinder sind mit den Enkeln verreist gewesen. Griechenland. Erst Kultur, dann Badezeit. Auf die Frage, wie es denn war, bekommt sie von den Enkeln zur Antwort: „Nicht so doll.“ Keine Animation. Na, was sagste nu, meint sie. Wir erinnern uns der Fantasiereisen, die spielend stattfanden. Wir fahren nach Jerusalem und ich bin die Tante aus Paris. Schon das Aussprechen der Namen war bezaubernd: Paris - Jerusalem. Toll! Das alles ist noch so parat und wir wundern uns, was wir schon alles erlebt und überlebt haben. Und eigentlich ist ja die Buntheit des Lebens bis hin zu den farbigen Zahnbürsten, ganz schön. Blau oder grün, oder doch lieber gelb, was passt am besten zu den Kacheln im Bad? Vielleicht doch lieber lila, der letzte Versuch, oder? Das sind Sorgen, die der Mensch von heute hat. Aber alles, alles ist besser als Krieg und Röcke, die vorn zu kurz sind.

Christel Bethke

Gerade rechtzeitig

Ein Zufall brach den Bann des Schweigens

Auf der Fahrt sprachen sie kaum miteinander. Claudia brachte Michael mit ihrem Wagen zum Intercity. Sie musste sich auf den Verkehr konzentrieren. Deshalb konnte sie nicht darüber reden, was eigentlich gesagt werden musste. Sie hoffte, dass Michael beim Abschied das entscheidende Wort sagen würde. Nur mit Mühe fanden sie einen Parkplatz. Sie hasteten durch die Eingangshalle. Dann standen sie sich auf dem Bahnsteig gegenüber. Um sie herum war Hektik. Michael und Claudia redeten über Belangloses, „Wenn du die Reicherts triffst, grüße sie noch einmal von mir“, sagte Michael. „Es waren wirklich sehr nette Vermieter. Ich habe gern bei ihnen gewohnt.“

Und er dachte: „Ich konnte nicht hier bleiben, weil das Angebot in Hamburg einfach zu verlockend für mich war. Aber das Anfangsgehalt reicht nicht aus, um zu heiraten. Deshalb habe ich Claudia nicht gefragt, ob sie mit mir kommen will. Sie müsste ihre Stellung aufgeben. Ich könnte die Verantwortung dafür nicht tragen. Und Claudia hat von sich aus niemals eine Andeutung gemacht, dass sie mich in eine ungewisse Zukunft begleiten würde. Gewiss, wir lieben uns. Doch wer weiß, ob diese Liebe eine so lange Trennung übersteht, wie sie jetzt vor uns liegt.“

Claudia sagte: „Ich hoffe, dass du mir ab und zu schreibst. Aber du brauchst es nicht zu versprechen. Zunächst musst du dich in Hamburg ja erst einmal umsehen. Es wird nicht leicht sein, eine günstige Wohnung zu finden.“ Und sie dachte: „Weshalb fragt er mich nicht, ob ich mit ihm gehen will. Wir können uns doch so nicht trennen. Michael muss doch wissen, was er mir bedeutet. Ich liebe ihn. Aber ich fühle, dass wir uns nicht wiedersehen werden, wenn das Wichtigste jetzt ungesagt bleibt.“

Die Lautsprecherstimme ertönte. „Reisende zum Intercity nach Hamburg – bitte einsteigen. Der Zug fährt in wenigen Minuten ab!“ Michael nahm Claudia in die Arme. Für einen Abschiedskuss blieb nicht viel Zeit. Ein Pfiff ertönte. Michael stieg ein und öffnete das Fenster. Er sah zu Claudia herunter und versuchte ein aufmunterndes Lächeln. Dann, als der Zug langsam anfuhr, sagte er etwas. Claudia verstand ihn nicht. Ohne auf ihre Umgebung zu achten, folgte sie dem Wagen. Der Zug fuhr schneller. „Was hast du gesagt, Michael?“ Da geschah es! Claudia spürte das Hindernis erst, als sie es mit beiden Händen umfasste.

Der kleine korpulente Herr hatte an der Bahnsteigkante gestanden. Er fühlte einen Stoß in den Rücken und sah sich plötzlich von der jungen Frau umklammert. Sein steifer, schwarzer Hut kollerte zu Boden. Die Kopfbedeckung wäre beinah unter die Räder des Zuges geraten, hätte sie nicht ein kleiner Junge gerettet, dem der Hut vor die Füße rollte. Er schwenkte ihn wie ein Beutestück in die Luft. Lachen erscholl auf dem Bahnsteig. Auch Michael wurde davon angesteckt. Sie sah sein Jungenlachen, das sie so sehr an ihm liebte. Er beugte sich weit aus dem Wagenfenster, formte die Hände zum Trichter vor den Mund und rief Claudia zu: „Bis bald, in Hamburg!“

Zum Dank bekam der Hutträger einen Kuss

Der Zug fuhr schneller. Michael machte die Geste des Telefonierens. Sie verstand sofort. Der Bann war gebrochen! Durch den unvorhergesehenen Zwischenfall hatte sich die Spannung zwischen ihnen gelöst. Glücklich winkte Claudia Michael nach. Dann drehte sie sich um, ging zu dem kleinen korpulenten Herrn und gab ihm einen Kuss auf die Wange. Als Entschuldigung und Dank an einen glücklichen Zufall, den ihr das Schicksal gebracht hatte.

Albert Loesnau

Erweiterung nimmt Gestalt an

Im Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg herrscht Aufbruchstimmung



Hochrangige diplomatische Vertreter trafen sich in den Räumen des Museums: (v.l.n.r.): Ernestas Mickus (litauischer Botschaftsrat), Harry Liivrand (Kulturattaché der estländischen Botschaft), Carl Eric Laantee Reintamm (Gesandter in der Botschaft Estlands), S. E. Ilgvars Klave (Botschafter von Lettland), Prof. Garleff (Vorstandsvorsitzender der Deutschbaltischen Kulturstiftung), Rolf-Dieter Carl (Vorstandsvorsitzender der Ostpreußischen Kulturstiftung), Dr. Joachim Mähnert (Direktor des Ostpreußischen Landesmuseums) und Hubertus Hilgendorff (stellvertretender Stiftungsratsvorsitzender der Ostpreußischen Kulturstiftung) Bild: OL

Es geht los.“ Im Ostpreußischen Landesmuseum war während der Hansetage nicht nur starkes Besuchergedränge der vielen gutgelaunten Gäste aus aller Welt, sondern schon deutlich Aufbruchsstimmung zu spüren. Anlässlich der weithin Aufmerksamkeit erregenden Ausstellung zur historischen Hanse „Vertraute Ferne“ besuchten am Sonnabend, 30. Juni, hochrangige diplomatische Vertreter der drei baltischen Länder Lettland, Estland und Litauen das Ostpreußische Landesmuseum. Ihr Blick richtete sich auf die neu zu begründende deutschbaltische Abteilung des Museums, die jetzt als weltweit erstes Museum für Kultur und Geschichte der Deutschbalten als eine neue und bedeutende Brücke ins Baltikum konkrete Gestalt annimmt. Denn die Hanse-Ausstellung „Vertraute Ferne“ zeigt mit ihren fast 200 mittelalterlichen Exponaten Leihgaben aus sieben Ländern und bildet damit nahezu den gesamten Hanseraum ab.

Naturgemäß liegt ein Schwerpunkt aber im europäischen Osten. In der neuen deutschbaltischen Abteilung wird die Hanse eine wichtige Rolle spielen, da mit Riga, Reval [Tallinn] und Dorpat [Tartu] viele bedeutende Hansestädte im Baltikum lagen. Denkt man zusätzlich noch an die alten preußischen Städte wie Danzig, Elbing, Königsberg und Thorn, wichtige Hansestädte des Deutschordens-Staates, wird deutlich, welch wichtige historische Klammer die Hanse für das in Lüneburg gelegene Museum darstellt.

Entsprechend bildet diese Ausstellung zur historischen Hanse einen ersten Baustein der neuen Abteilung. Ein weiterer folgt bereits im Herbst mit der sich anschließenden Sonderausstellung „Glanz und Elend. Mythos und Wirklichkeit der Herrenhäuser im Baltikum“, die der extra neu eingestellte Osteuropahistoriker des Ostpreußischen Landesmuseums, Dr. Eike Eckert, betreuen wird. 2014 schließlich – mit dem Abschluss des Modernisierungs- und Erweiterungsbaus des Ostpreußischen Landesmuseums – wird die deutschbaltische Abteilung ein fester Bestandteil der Dauerausstellung sein, die in enger Kooperation mit der in Lüneburg ansässigen Deutschbaltischen Kulturstiftung, aber auch mit dem Nordostinstitut als dem zentralen Forschungsinstitut für das Baltikum geschaffen wird.

Die hohen Gäste zeigten sich von dem Vorhaben wie auch von der laufenden Hanse-Ausstellung begeistert. Schließlich präsentiert das Museum nicht nur ungewöhnliche archäologische Funde, sondern zum Beispiel auch den originalen und überaus prächtigen Revaler Codex lübischen Rechts von 1280 aus dem Staatsarchiv Tallinn.

Derart hochwertige Leihgaben belegen die guten Kontakte und Kooperationen des Ostpreußischen Landesmuseums zu Museen und Archiven nicht nur in Polen und Russland, sondern jetzt auch in den baltischen Ländern. Auf die neue Abteilung, auf weiter wachsende länderübergreifende Kooperationen, auf gegenseitigem regen Austausch und auf den wichtigen Beitrag der Kulturgeschichte zu einem friedlichen Europa stießen Vertreter des Museums mit dem lettischen Botschafter, S. E. Ilgvars Klava, dem litauischen Botschaftsrat Ernestas Mickus sowie dem Gesandten der estnischen Botschaft, Carl Eric Laantee Reintamm und Kulturattaché Harry Liivrand beim gemeinsamen Sektempfang an. Breite Unterstützung für das ambitionierte Projekt wurde zugesichert.

OL

Ostpreußisches Landesmuseum Ritterstraße 10, 21335 Lüneburg Telefon (04131) 75995-0, Telefax (04131) 7599511, presse@ostpreussisches-landesmuseum.de www.ostpreussisches-landesmuseum.de

Kreuzworträtsel (Fragen, zeilenweise):

kleine Entschädigung · verfrüht, hastig · israelisches Parlament · Ratsherrin · Pflanzenkeim, Saatkorn · umgeknickte Heftecke · Lobrede · Oper von Verdi · poetisch: Insel · lösen, losmachen · Gleichklang im Vers · Halbinsel der Danziger Bucht · Seemannsruf · Rundbau

existenzgefährdend · Reihe, Folge · Sturzsee, Sturzwelle

Geburtsnarbe · dt. Maschineningenieur (Rudolf) · Organ des Harnsystems · kurze, dreieckige Flagge

vertikale Ausdehnung · regelmäßig besuchte Kneipe · Tastenmusiker

Dreschplatz in der Scheune · schmieren, fetten · Gesandter des Papstes · biblischer Stammvater · gefährl. Kunststück (Film) · längere Erörterung

immer, zu jeder Zeit · englische Schulstadt · Spielleitung (Kunst, Medien) · die Ackerkrume lockern · franz. Stadt an der Maas

Burg-, Klostersaal · schädlicher, toxischer Stoff · niedersächsischer Hafen · Entwicklungsrichtung, Tendenz

westafrik. Binnenstaat · südfrz. Stadt an der Rhone · Kultbild der Ostkirche · feierliches Versprechen

Leid, Schmerz · aus tiefstem Herzen · Güte, Nachsicht · altgriechischer Dichter · Menge · selbstständig, unabhängig

Zimmer · Boxkampf (englisch) · Statut, Vereinsregel · kostbar; menschlich vornehm · höchster Teil der Karpaten

ärztliches Instrument · Teilstrecke · Metallbolzen

Kurzschrift (Kurzwort) · Ellenbogen · jordanische Hauptstadt · Fischfanggerät · unaufdringlich

durchblicken lassen · griechischer Buchstabe · Rohrverbindungsstück

Fragewort · im Eifer, Tempo nachlassen

Befehl; Auftrag · algerische Stadt · Zeitraum von zehn Jahren · Ungeordnetes · Heldengedicht · Hund bei Walt Disney

metallisch gelb · der gleichen Meinung · Temperatur unter dem Gefrierpunkt · rechter Nebenfluss der Donau · jemandem selbst gehörend

Orgelteil · Fotografie oder Gemälde

Unterkunft, Obdach, Bleibe · Aktion, Handlung · fertig gekocht · Vorname Strawinskys · Körper

Schuldsumme, Fehlbetrag · ugs.: amerikanischer Soldat

Fünfeck · langsames Musikstück · Sport: Fechtwaffe

männliches Haustier · übermenschliches Wesen · ein Nutztier

PAZ12_28

So ist's richtig:

Schüttelrätsel:

Mittelworträtsel: 1. Fussboden, 2. Personal, 3. Splitter, 4. Schlaeger, 5. Kalender, 6. Streifen, 7. Detektiv – Botanik

Magisch: 1. Schrank, 2. Brunnen, 3. Inserat

Schüttelrätsel

In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

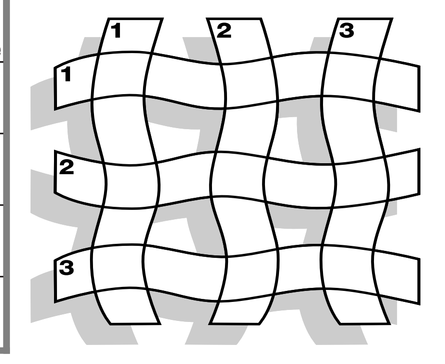
AEPST · AGHS · EGIOR · EFOPT · AINR · GINR · ADEM · FIMR · AEMRS · AGILOR · AADINSTTX · EEGG · EEGN

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich in Pfeilrichtung ein anderes Wort für Pflanzenkunde.

1	PARKETT	BELAG
2	PFLEGE	AKTE
3	HOLZ	NACKT
4	QUER	BANDE
5	WAND	TAG
6	LOHN	GANG
7	HOTEL	BUERO

Magisch



Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

1 Möbelstück
2 Wasserförderanlage
3 Zeitungsanzeige

Heimat stets im Herzen

Ostpreußens »Mutter Teresa« Gisela Madeya verstorben

Am 17. Juni, nur wenige Wochen nach ihrem 99. Geburtstag, den sie noch im Kreise ihrer Familie und Freunde feiern konnte, verstarb Gisela Madeya, geb. Modricker. Als jüngstes Kind des Bauunternehmers Fritz Modricker und seiner Ehefrau Grete, geb. Köpp, wurde sie am 22. Mai 1913 in Rastenburg geboren. Sie verlebte ihre Kindheit und Jugend in Lötzen zusammen mit ihren Großeltern und deren Kindern. Wie schwärmte sie, wenn sie von dem Spiel mit ihrer Freundin Bertel auf dem Holzplatz erzählte, vom Tennis, das ihre Mutter und sie leidenschaftlich spielten, vom Rudern und Schwimmen, von ersten Liebeleien und Festen.

Doch den Ernst des Lebens bekam sie früh zu spüren. Anfang der dreißiger Jahre verließ sie das Lyzeum und begann eine praktische Ausbildung, um mitzuhelfen, die Schulden ihrer Familie abzutragen. Als Chefsekretärin von Dr. Wiedwald in Bethanien, später in Insterburg, erwarb sie durch Freundlichkeit, Hilfsbereitschaft und Kompetenz nicht nur Vertrauen und Achtung bei Ärzten und Patienten, sondern sie wurde geliebt und verehrt. Manche der damals geschlossenen Freundschaften hielten ein Leben lang. 1939 heiratete sie ihren Sandkastengespielen Rudolf Madeya, der seine erste Lehrerstelle in Upalten bekam. Doch lange währte das junge Glück nicht; Rudolf wurde eingezogen, Gisela machte Vertretungen im Krankenhaus. 1942 wurde ihre Tochter Ulrike im Insterburger Krankenhaus geboren; ihre zweite Tochter Bringfriede kam 1944 schon nicht mehr in Ostpreußen, sondern im Warthegau zur Welt. Die eigentliche Flucht begann für sie im Januar 1945. Sie führte über Thüringen und Mekklenburg schließlich nach Schleswig-Holstein, wo Gisela Madeya im Mai die Kapitulation der Wehrmacht in Rendsburg erlebte. Dass ihr Mann verwundet im Lazarett in Flensburg lag, erfuhr sie zufällig auf der Straße. Mutter, Schwiegereltern und Schwester mit Sohn überlebten in verschiedenen Internierungslagern in Dänemark. Nur ihr Bruder blieb verschollen.

Nach Genesung und Entnazifizierung bekam ihr Mann bald eine Vertretungslehrerstelle in Sillenstede bei Jever, wohin nach und nach alle Angehörigen zogen. Von da an war Ehepaar Madeya Treff- und Angelpunkt für Verwandte und Freunde – in Sillenstede, ab 1949 in Edewechterdamm, wo Rudolf eine Hauptlehrerstelle bekam, und schließlich ab 1993 in Wiefelstede, dem Alterssitz. Nach dem Tod ihres Mannes 1995 erfüllte Gisela diese Aufgabe allein.

Nach dem Krieg war sie nicht mehr berufstätig, hatte jedoch alle Hände voll zu tun, Haus und Garten zu besorgen, sich um Mutter und Schwiegereltern zu kümmern, die Kinder auf den rechten Weg zu bringen, in den Ferien auch Nichten und Neffen und andere Verwandte zu versorgen. Immer war das Haus offen, und jeder, der ein Problem hatte, fand Gehör und Zuspruch; auch die Freude wurde geteilt. Bei ihren Kuraufenthalten knüpfte Gisela Madeya wertvolle Beziehungen, die bis heute bestehen. Die Liebe zu Kunst und Kultur, Musik und Natur und Ostpreußen machten den geistigen Austausch interessant. Urlaubsreisen in die nordischen Länder wie auch in den europäischen Süden weiteten ihr Blickfeld und ihr Einfühlungsvermögen in andere Mentalitäten. War Ostpreußen schon durch Großfamilie und Freunde im Haus der Familie Madeya stets präsent, so rückte es nach der Pensionierung ihres Mannes stärker in den Mittelpunkt, als er zum Kreisvertreter des Kreises Lötzen gewählt wurde und die Pennäler-Gemeinschaft der Lötzener Oberschulen organisierte. Immer trug Gisela Madeya die Aktivitäten ihres Mannes mit. Noch einmal intensiviert wurde die Beziehung zu Ostpreußen, als zu der Begegnung der hiesigen Lötzener die der Betreuung der heimatverbliebenen Landsleute kam. Seit 1985 wurden Paketaktionen und Versorgungsfahrten organisiert nach dem Vorbild der Arbeitsgemeinschaft „HILFE für EUCH“, zu deren Gründungsmitgliedern Tochter Ulrike gehörte. Patenschaften wurden aufgebaut und Spenden gesammelt, um die wachsende Zahl der Bedürftigen zu versorgen, und Gisela Madeya schrieb unermüdlich Briefe und erweiterte den Kreis der Interessierten.

Jeder fand Gehör und Zuspruch – auch Freude wurde geteilt

Nach dem Tode ihres Mannes arbeitete sie zusätzlich in der Arbeitsgemeinschaft „HILFE für EUCH“ und wurde Mitglied im „Freundeskreis Ostpreußen“, der auch im Königsberger Gebiet bedürftige deutsche Familien versorgte. Hier lag ihr die Familie Herzen besonders am Herzen, und immer wieder warb sie um Spenden für sie. So konnte deren Haus vollständig renoviert werden. Die Spender hielt sie mit Reiseberichten ihrer Tochter auf dem Laufenden. Das Persönliche, das ist es, was Gisela Madeyas Größe ausmachte. Sie wandte sich jedem ganz zu, konnte zuhören und Rat geben, mitlachen und mitweinen. Ihr 90. Geburtstag, der auf einer Hilfsfahrt in Ostpreußen gefeiert wurde, war ein regelrechter Triumphzug – so viel Zuneigung, ja Liebe, so viel innere Verbundenheit – unbeschreiblich. Die Fahrt mit Tochter Ulrike 2010 im Alter von 97 Jahren sollte ihre letzte bleiben. Aber sie führte weiterhin Spendenaktionen durch. Die letzte beendete Gisela Madeya Anfang Mai. Wieder konnte sie über 1000 Euro in Lötzen und Umgebung verteilen lassen.

Die Berge von Dankesbriefen aus Ostpreußen und der Bundesrepublik, ebenso die große Anzahl von Besuchen bis zu ihrem Lebensende sind ein beredtes Zeugnis für die tiefe Verbundenheit mit ihr. Befragt man Menschen nach dem Besonderen an ihr, so werden Charme und Witz, Disziplin und Schaffensfreude, Gradlinigkeit und Aufrichtigkeit, Zähigkeit und Ausdauer genannt. „Sie war eine starke Persönlichkeit, die ihr Vertriebenenschicksal mit Mut und ganzem Einsatz bis zuletzt ins Positive zu wenden verstand“, heißt es in einem Brief und in einem anderen: „Wie Agnes Miegel zu Recht die Mutter Ostpreußens war und ist, so ist und bleibt Gisela Madeya für die Ostpreußen die Mutter Teresa Ostpreußens“. Ein großes Herz spricht leise. Es leuchtet von innen. (Zenta Maurina). Nun ist es verstummt. Gisela Madeya wird allen sehr fehlen. *Ulrike Madeya*

Besuch königlicher Stuben

Treffen der Güter Schlobitten und Prökelwitz – Virtueller Rundgang

Das Glück spielte mit: Bestes Wetter empfing die Ehemaligen von den Gütern Schlobitten und Prökelwitz, Ostpreußen. Arnold und Lisa Korth aus Bücken hatten ein einmaliges Treffen organisiert. Zusätzlich wurde auch die Heimatgruppe mit Pastor i.R. Dietrich Klinke vorgestellt. „Zeit ist Leben, wenn unsere Zeit abgelaufen ist, sind wir nicht mehr am Leben auf dieser Welt. Wir wollen Gott danken für die Lebenszeit, die er uns gab“. So wurden die Besucher an der Stiftskirche auf das Leben hingewiesen. -



Dankesworte: Friedrich Graf zu Dohna mit Arnold Korth (v.l.n.r.) Bild: Brandes

Traditionell begann der Tag in der Stiftskirche St. Materniani zu Bücken südlich von Hoya an der Weser. Pastor i.R. Dietrich Klinke, Nienburg-Erichshagen (Vertriebener aus der Provinz Westpreußen), hielt den Gottesdienst. In seiner Predigt ging er insbesondere auf die anwesenden Vertriebenen ein. Von seinen Worten waren alle tief berührt. In seiner Predigt ging der Pastor auch auf Alexander Fürst zu Dohna-Schlobitten ein, dem viele ihr Leben verdanken. Die damaligen Eltern mit ihren Kindern, die heute auch schon zur älteren Generation zählen, wurden ab dem 22. Januar 1945 aus Schlobitten und Prökelwitz von dem Fürsten in den rettenden Westen geführt. Im Hoyaer Gebiet gab es weitere Lebensretter: die Familie Behr, die viele Flüchtlinge aufnahm, versorgte und betreute. Der Prediger fasste seine Worte zusammen: „Die Wurzeln, sie tragen bis zum Lebensende, sie sind ein inneres Gut!“. Die Wurzeln unserer Vorfahren seien auch durch die Flucht aus der Heimat nicht verblichen, sie wurden in schwersten Tagen mit in den Westen getragen. Mit dem Kirchenlied „Gott des Himmels und der Erden“, der Text stammt von Heinrich Albert aus Königsberg an die Flucht- und Treckwochen der Vertriebenen erinnert. Danach sang die Gemeinde das Lob- und Dankeslied „Nun lob, mein Seel, den Herren, was in mir ist.“ Den Text schrieb Johann Gramann, ebenfalls Königsberger. Am Schluss wurde das bekannte Lied; „Nun danket alle Gott“ gesungen. Pastor Klinke wies mit den Worten „Die Wurzeln sie tragen bis zum Lebensende, vom Alten zum Neuen“ auch auf seine langjährige Tätigkeit im Königsberger Gebiet hin. Die Wurzeln der christlichen Kirche, so der Pastor, geben den dort lebenden Menschen Lebensmut. Die christliche Kirche hat im russischen Landesteil mit ihrem fruchtbringenden Einsatz viel erreicht. Diese Tatsache sollten wir an die neue Generation weitergeben.

Wurzeln trotz Flucht nicht verblichen

Nach dem Gottesdienst fuhren die Anwesenden zu einem gemeinsamen Mittagessen und Kaffeetrinken in das Hotel „Landhaus Hünecke“ in Nordholz bei Warpe. Lisa Korth hatte das geschmackvolle Mittagessen zusammen mit dem Hotelbesitzer ausgesucht. Zwischenzeitlich wurde ein Gedicht von Elisabeth Krahn, Mohrunger Heimatkreis-Nachrichten, vorgetragen. Es folgte eine Bilderschau des Gutes Prökelwitz, zusammengestellt und kommentiert von Arnold Korth und Joachim Prinz. Viele Fotos regten zur Diskussion an, denn einiges war unbekannt. Alexandra Gräfin zu Dohna-Schlobitten ging auf die Trakehnerzucht auf Schlobitten ein, wobei die Remonte (Pferde, die für die Armee bestimmt sind), auf Gut Prökelwitz gezüchtet wurden. Friedrich Graf zu Dohna-Schlobitten überraschte die ehemaligen Mitarbeiter seines Vaters mit einem Vortrag. Die Besitzer derer zu Dohna-Schlobitten verfolgten von Beginn an bis 1945 nachstehende Ziele: Pferdezucht, Trakehner (Abraham Burggraf zu Dohna-Schlobitten führte erstmals das Stuttbuch für seine Trakehner), Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Teichwirtschaft und Industrialisierung.

Die königlichen Stuben auf Schloss Schlobitten bildeten den zweiten Teil. Das gesprochene Wort in Verbindung mit den Schwarz-Weiß-Fotos, der Schlossanlage, des Schlossinneren zeigte Unbekanntes. Die virtuelle Schau mittels Computeranimation machte es möglich, den Rundgang um die Schlossanlage und die fürstlichen Räume, Gemächer, die königlichen Stuben im Schloss Schlobitten zu bestaunen. Die Zuhörer erfuhren, dass auf Schlobitten alle preußischen Könige zu Gast gewesen waren. Für die Anwesenden bedeutete die Vorführung ein großes Erlebnis, denn nur ganz wenige der Bediensteten der ehemaligen Güter Schlobitten und Prökelwitz waren jemals im Schloss gewesen, das leider heute eine Ruine ist.

Sophie Gräfin zu Dohna-Schlobitten dankte den Anwesenden für ihr Erscheinen, es sei für alle ein erlebnisreicher Tag gewesen.

Reinhard Feuerabend, Walsrode, der vom Gut Schlobitten stammt, hat sämtliche Familien, die ab 1944 auf Gut Schlobitten wohnten, namentlich erforscht. Zusätzlich wurden alle Wohnungen, ebenfalls die Wirtschaftsgebäude intensiv beschrieben. Auf Gut Schlobitten wurden schon früh Maschinen eingesetzt. Durch die vielen mitgeführten Fotos aus der Zeit vor 1944 wurden die Besucher in ihre ostpreußische Heimat zurückversetzt. *Winfried Brandes*

»Savoir vivre« im englischen Landhaus

Im Norden Deutschlands erfüllten sich zwei Köche mit einer ungewöhnlichen Pension einen Lebenstraum

Erholungsuchende halten sich vorwiegend an den Stränden von Nord- und Ostsee auf, besichtigen küstennahe Orte wie Kiel oder Schleswig. Im schleswig-holsteinischen Hinterland, zwischen Schlei und Eckernförde gelegen, gibt es die Pension „Rosenduft & Kochlust“, die eine ungewöhnliche Mischung aus Entspannung pur und Aktivurlaub bietet.

„Wenn dir das Leben eine Tür zuschlägt, öffnet dir der liebe Gott ein Fenster.“ Diese zum Trost gedachten Worte musste schon so mancher vom Schicksal Getroffener von seinen Lieben hören. Doch dieser Spruch hat sich schon allzu oft als wahr erwiesen. So auch für die in Rinteln geborene Nadine Kramm und den gebürtigen Norweger Sverre Steen. Nach einigen Jahren in Irland lief der Arbeitsvertrag der Umweltökonomin und Absolventin der Ballymaloe Cookery School und somit professionellen Köchin mit Referenzen in Fünf-Sterne-Hotels Nadine Kramm just in dem Moment aus, als sich Irland auf dem Höhepunkt seiner Bankenkrise befand. Und auch der Arbeitgeber ihres Partners kündigte Entlassungen an, bot aber jenen, die selbst kündigen, eine Abfindung an. Also, was nun?

Schon lange hatten die beiden einen Traum: eine eigene Pension im britischen Landhausstil mit angeschlossener Kochschule. Und während sich die Tür zu ihrem Leben in Irland schloss, entschieden Kramm und Steen, die Initiative zu ergreifen. Doch aufgrund ihrer Berufserfahrung wussten die beiden, dass man nicht einfach irgendwo eine Pension eröffnet und hofft, dass Gäste kommen. Steen, der einen Master of Business Administration mit Schwerpunkt Marketing hat, war bewusst, dass als erstes geprüft werden musste, wo der ideale Standort für die Umsetzung ihrer Geschäftsidee ist. Einzig gesetzt war, dass die beiden in den Norden Deutschlands wollten, weil ihnen das rauere Klima und Meeresluft mehr zusagen als beispielsweise bayerische Berge oder der Schwarzwald. Dann, Ende 2009 stand fest, dass es nach Schleswig-Holstein ging. Zwischen Ostsee und Schlei im kleinen Holzdorf, etwas abgelegen, fanden sie einen Resthof, den sie auch dank EU-Fördermitteln und einem für die Banken überzeugenden Geschäftsplan in wenigen Monaten sanierten, modernisierten und mit Hilfe einer Innenarchitektin einrichteten. Herausgekommen ist ein ganz besonderer Ort.

Nördlich von Eckernförde, aber noch vor Kappeln, abseits der Hauptstraße zwischen Feldern und Wäldchen kurz vor dem Gehöft Rußland, befindet sich nun die Pension „Rosenduft & Kochlust“. Man glaubt Nadine Kramm sofort, dass viele ihrer zuvor gestressten, aufgedrehten Gäste innerhalb weniger Tage an diesem Ort der Ruhe und des Friedens „runterkommen“. Die Luft, der Wind, die Natur und vor allem die Atmosphäre der sechs Gästezimmer zählenden Pension und ihre beiden Inhaber strahlen etwas aus, was sofort das Herz ruhiger schlagen und die Schultern entspannen lässt. Der Speisesaal, einst ein Stall, ist dezent mit alten Bauernmöbeln und mit neuen Tischen und Stühlen im Landhausstil eingerichtet. Der Raum ist dezent dekoriert und das ausgestellte Gästebuch kündet von der Zufriedenheit der Gäste, die seit der Eröffnung im März 2011 den Weg zu „Rosenduft & Kochlust“ gefunden haben. Jedes Zimmer ist individuell eingerichtet. Sverre Steen mag vor allem Apple Blossom. Hier dominiert ein zartes Grün die Farbgestaltung. Beim Turmzimmer Rosewood hingegen ist ein zartes Rosé bestimmend, bei Polo Blue, even überrascht es noch bei dem Namen, setzt ein starkes Königsblau Akzente. Während die Gäste im Sommer vor allem die Gegend anschauen wollen, nach Kiel, Kappeln, Eckernförde, Schleswig oder nach Arnis, der mit 300 Einwohnern kleinsten Stadt Deutschlands, fahren, Spaziergänge an der Ostsee machen oder auch einfach nur im großen Garten von „Rosenduft & Kochlust“ zwischen Blumen und Kräutern sitzen wollen, kommen im Winter viele Gäste, um zugleich einen Kochkurs zu absolvieren.

Fernab vom Trubel der Stadt stellt sich schnell Erholung ein


Genießen und aktiv sein: Bei „Rosenduft & Kochlust“ gehören Kochkurse mit zum Angebot Bild: Kirsten Haarmann

Die große Schulküche ist ein Traum. Ihre Einrichtung mutet französisch an und verrät somit etwas über die Passion der Köchin. Denn Nadine Kramm liebt die französische Küche, dementsprechend stehen auch „Französische Landhausküche“ und „Küche der Provence“ auf dem Plan, aber auch Desserts und klassische Pâtisserie. Anfang Dezember gibt es aber auch die zur Jahreszeit passenden Kurse „Festliche Weihnachtsküche“ und „Canapés & Fingerfood für die Feiertage“. Aber auch wer keinen Kochkurs (halber Tag 85 Euro pro Person) bucht, kann von Nadine Kramms Kochkünsten profitieren, denn abends zaubert sie immer ein Menü (34 Euro pro Person), das überwiegend aus Zutaten der Region besteht. Je nach Saison kommen Kräuter und Gemüse aus dem eigenen Garten. Die Hühner dort liefern die Eier und hin und wieder – zu ihrem Bedauern – auch das Fleisch.

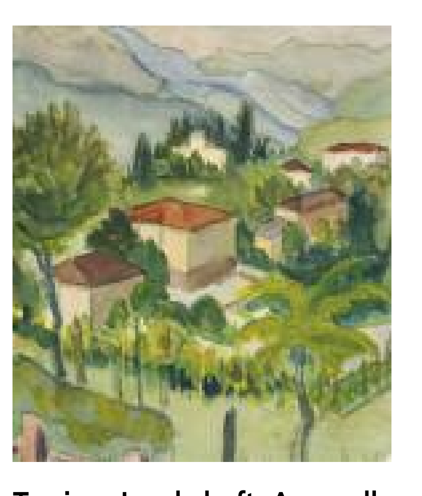
Um die 70 Euro kostet eine Nacht pro Person mit Frühstück und Nachmittagstee samt hausgemachtem Gebäck. Dieses Geld ist gerade für jene, die nach starkem Alltagsstress oder auch nach einem Schicksalsschlag wieder zu sich selbst finden wollen, gut investiert.

Rebecca Bellano

Rosenduft & Kochlust, Nadine Kramm und Sverre Steen, Glasholz 1, 24364 Holzdorf, Telefon (0435) 912003, www.rosenduft-undkochlust.de

Meldungen

Hermann Hesse als Maler


Tessiner Landschaft: Aquarell Bild: Galerie Ludorff

Hermann Hesse – Der Anfang aller Kunst ist die Liebe – Aquarelle und Gedichte von Hermann Hesse“. Bis zum 25. August zeigt die Galerie Ludorff in Düsseldorf Werke des Schriftstellers und Malers Hermann Hesse, die in den 20er Jahren im Tessin entstanden sind, wohin sich der Literat zurückzog, um von den bewegenden Ereignissen in seinem Leben Abstand zu finden. In Montagnola bewohnte er die in Hanglage oberhalb des Luganer Sees liegende „Casa Camuzzi“, von wo aus sich ihm der weitläufige Blick über die Wald- und Gebirgslandschaft des Tessins eröffnete. Er fand heraus, dass das Aquarell seiner Ausdrucksform am ehesten entsprach. In Hesses Aquarellen finden das besondere Licht und die intensiven Farben der Landschaft seiner neuen Wahlheimat Ausdruck. *PAZ*

Galerie Ludorff, Königsallee 22, 40212 Düsseldorf, Telefon (0211)326566, www.ludorff.com.

In Folge 27 hat sich auf dieser Seite durch eine technische Panne leider der Fehlerteufel eingeschlichen. Es wurde zweimal das gleiche Bild abgedruckt. Wir bitten, das Versehen zu entschuldigen.

Lesen für die Entwicklung

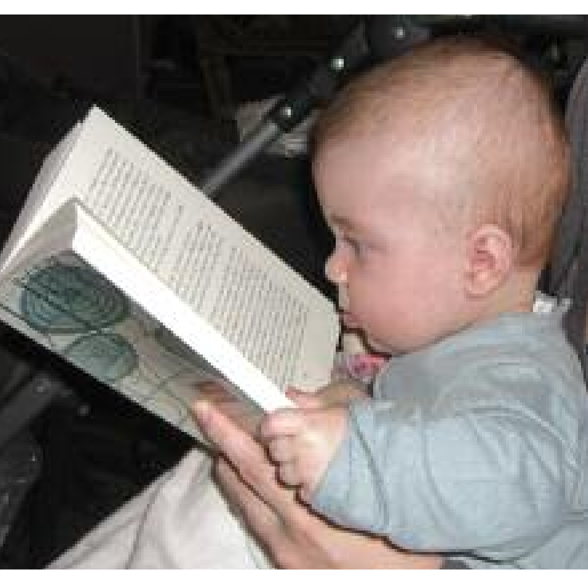
Stiftungsinitiative bindet Kinderärzte mit ein

Noch rollen die Tränen, nur langsam beruhigt sich Louisa von den komischen Dingen, die der Kinderarzt mit ihr gemacht hat. Wiegen, Messen, in Ohren, Mund und Nase schauen, und dann wurde sie auch noch gedreht und geschüttelt, um ihre Reaktionen im Rahmen der U6-Untersuchung zu testen. Doch dann reicht der Arzt einen Leinenbeutel rüber. „Buchstart“ steht dort in orangefarbenen Lettern.

Neugierig inspiziert die gerade ein Jahr alte Louisa den Beutel und zieht gleich mehrere Dinge heraus. „Eddie der kleine Eisbär“ (Ladenpreis 6,90 Euro) und „Trippel, Trappel Mäuschen – Kitzelspiele für die Kleinsten“ (5,95 Euro), zudem mehrere Broschüren und Zettel. Am meisten angetan hat es ihr die Broschüre „Gedichte für Wichte – Bücherspaß für Kinder unter drei“, die sie sofort anbeißt.

Der Bücher-Beutel gehört zum Programm „Lesestart – Drei Meilensteine für das Lesen“, das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung finanziert und von der Stiftung Lesen durchgeführt wird.

Da Studien ergeben haben, dass Kinder, denen früh und viel vorgelesen wird, in der Schule besser und oft auch phantasievoller sind, bringt der Bund auf diese Weise seit letztem Jahr Kinder so früh wie möglich mit Büchern in Kontakt.


Vorlesen schon im Kleinkindalter: Freude für Eltern und Babys Bild: Bellano

Innerhalb von acht Jahren werden rund 4,5 Millionen Lesestart-Sets an Kinder aus drei aufeinanderfolgenden Jahrgängen verschenkt. „Von 2011 bis 2013 erhalten Eltern mit einjährigen Kindern das erste Set beim Kinderarzt im Rahmen der U6-Vorsorge“, heißt es auf der Internetseite www.lesestart.de. „Von 2013 bis 2015 gibt es das nächste Set in Bibliotheken, wenn die Kinder drei Jahre alt sind. Insgesamt können mit den ersten beiden Sets jeweils die Hälfte aller Kinder der drei Jahrgänge erreicht werden. Auf das dritte Lesestart-Set können sich ab 2016 sogar alle Schulanfänger freuen!“

Erst Ende 2011 ergab eine Untersuchung, wie wichtig Vorlese-Erfahrungen sind. „Die Studie zeigt überraschend eindeutig, in wie vielen Bereichen sich Kinder, denen vorgelesen wird, anders entwickeln als Kinder, denen nicht vorgelesen wird – nämlich nicht nur in ihrem Leseverhalten, sondern auch in ihrer sozialen Kompetenz, ihrem Schulerfolg und ihrer aktiven Freizeitgestaltung“, so Simone C. Ehmig, Leiterin des Instituts für Lese- und Medienforschung der Stiftung Lesen.

Daher finden sich in dem Bücherbeutel auch Leseanleitungen für Eltern, die zudem in mehreren Sprachen dargeboten werden. *Bel*

Lieber Rentner als Berater

»Die Alte Hasen GmbH« hilft Senioren bei Geldanlagen

Zwei Renterehepaare nehmen ihren Finanzberater als Geisel und sperren ihn im Keller eines Einfamilienhauses ein, um von dem Mann die Rückzahlung von gut 2,5 Millionen Euro aus verlorenen Geldanlagen zu erzwingen. Der Fall aus Traunstein erregte selbst kurz nach der Bankenkrise Aufsehen und ist doch, was die falsche Beratung angeht, kein Einzelfall. Nicht erst mit steigendem Alter fühlen sich Anleger bei Banken und Finanzdienstleistern oft schlecht aufgehoben. Die verkaufen gerade Rentnern unpassende Lebensversicherungen oder zweifelhafte Immobilienfonds. Oft bereitet es Älteren zudem Probleme, offen über die Finanzierung des Alters zu sprechen. Wer den Lebensabend im Ausland verbringen möchte oder sich für Wege interessiert, die von der Politik lange als sicher gepriesene Rente aufzubessern, sucht ebenfalls Rat.

Die Verbraucherzentralen haben inzwischen den Bedarf entdeckt und bieten seriöse Beratung an. Selten ist jedoch, dass sachkundige Senioren andere Senioren professionell beraten, auch wenn der 62-jährige TV-Schuldnerberater Peter Zwegat für seinen nüchternaltersweisen Blick auf die Geldsorgen anderer im Fernsehen bekannt ist. „Die Alten Hasen GmbH“ bietet solchen fachkundigen Rat. Diese Honorarberater sind alle mindestens 55 Jahre alt. Jeder von ihnen blickt so auf gut 30 Jahre Berufserfahrung zurück. Seit 2002 gibt es die Dienstleistung, inzwischen bundesweit. „Bereits in der Dekade zwischen 50 und 60 empfiehlt es sich, über die finanzielle Situation in der Rente nachzudenken“, sagt Eberhard Beer. Er ist einer der „alten Hasen“, die ab 65 Euro für die erste halbe Stunde ihr Wissen für die richtige Anlage anbieten. Danach steigt der Stundensatz auf 160 bis 270 Euro. Viel Geld, doch eine falsche Beratung ist mitunter teurer. Die Idee kam den Gründern Joachim Schwer und Karl-Heinz Norek anfangs wegen fehlender Angebote für Ältere, allerdings auch, weil die Berater am Markt, ob Selbstständige oder Bankmitarbeiter, selten unabhängig sind. Wie Peter Zwegat betonen auch diese ergrauten Geldexperten, dass es eigentlich keine Bankberater gebe, nur Verkäufer. Beer hält mit dem „finanziellen Maßanzug“ für seine Kunden dagegen. Mit verschiedenen Angeboten zu kommen und diese dann von „alten Hasen“ prüfen zu lassen, ist ebenso möglich. Auch die Stiftung Warentest untersuchte Anbieter auf Seniorenfreundlichkeit und gab daraufhin den Rat, immer eine zweite Person mitzunehmen sowie den eigenen Anlagetyp vorher bestimmen zu lassen und schriftlich mit den späteren Vertragspartnern festzuhalten. Oftmals ermöglichen neutrale Fachkundige überhaupt erst einen wirklichen Vergleich der verschiedenen Verträge. Doch nach diesen müssen Senioren lange suchen, dringen zudem mit ihren Plänen und Erwartungen nicht bei den üblichen Vertragspartnern durch. „Wir verstehen einen Kunden in diesem Alter viel besser als ein 25-Jähriger“, so Beer. „Wir haben alle in gehobenen Positionen bei verschiedenen Banken gearbeitet“, sagt er und nennt gern den entscheidenden Vorzug vor der Branche: „Wir sind zwar keine Millionäre, haben aber ein vernünftiges Auskommen und müssen deshalb niemandem das Geld aus der Tasche ziehen.“ Dass die „alten Hasen“ keine Gebühren oder Provisionen verlangen, überzeugte neben deren Arbeit auch die Stiftung Warentest. Sie hält eine Warnliste mit Anbietern bereit, die schon einmal negativ aufgefallen sind. *SV*

Ältere haben mehr Berufs- und Lebenserfahrung



Er änderte die Zeiten

Dutschke und seine Folgen

Neu für die meisten Leser wird sein, dass der Studentenführer der 60er und 70er Jahre Rudi Dutschke auf seine Art Deutschland liebte. Er war sogar eher Patriot als Pirat oder gar Terrorist. Das erfahren wir in einem Buch von zwei verdienten SPD-Funktionären mit Abitur über den Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS), ein Buch, das es in seinen wesentlichen Teilen schon einmal gab, das wegen übergroßer Langeweile nicht mal die Korrektoren ganz durchgelesen hatten und das man nun unter einem neuen Titel, „Dutschkes Deutschland“ nun noch einmal herausgebracht hat. Man muss sich nur durcharbeiten, bis auf Seite 111 die „sozialutopische Weinrunde“ kommt, und lesen, wie einige Herren, die heute noch unter uns leben, in feuchtfröhlicher Stimmung den Terror der RAF erdachten und entwarfen, dann allerdings wird es spannend und abscheulich wie ein Schweden-Krimi von Wallander.

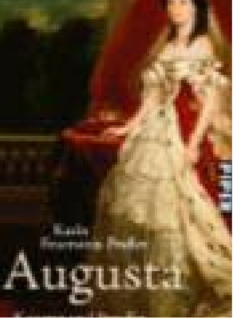
Fritz Teufel, Rainer Langhans, Uschi Obermaier und Rudi Dutschke kamen aus einer kleinen Münchener Studentengruppe namens „Subversive Aktion“ und die wollten, anders als die Piratenpartei heute, wirklich was kaputt machen. Und zwar alles, und nachdem Rudi zu spießig gewesen war, gemeinsam in die Analyse zu gehen und sein Gretchen in die gemeinsame Bettgemeinschaft einzubringen, trennten sich deren Wege radikal, die Kommune 1 machte die Spaßrevolution und Rudi – mein Freund Rudi – machte Ernst, er rief zum Langen Marsch, zu dem Gerhard Schröder und 100 000 Studenten aufbrachen und 1998 auch ankamen. Viele sind was geworden. Schröder ging später zu Gasprom und die anderen bekamen eine Festanstellung, mindestens als Lehrer. Dutschke war weitsichtiger als seine einsitgen Mitkämpfer. Er ahnte bald, dass die Bewegung ohne Basis in der Arbeiterschaft „militärisch“ nicht siegen könne, und gab die bis heute für die deutsche Gesellschaft folgenreiche Parole aus: die vom „langen, mühevollen Marsch durch die Institutionen“.

Damals, zwischen 1967 und 1968, schien alles für die Ewigkeit verändert zu sein. Ein heute nicht mehr vorstellbarer Optimismus wollte alles Bisherige umkrempeln. Man wühlte alles um, mit beiden Händen, stellte alles in Frage, fragte nach jeder Anordnung: „Warum?“ Oder: „Muss das sein?“ Man hatte ja mit der Scheu vor den Autoritäten auch die Hemmungen verloren. Dutschke, die einmalige Lichterscheinung, hinterließ eine veränderte Umwelt. Kein Stein blieb mehr auf dem anderen, kein Begriff, kein Mensch, der sich nicht verändert hätte. Nicht nur die Studentenschaft, die Professoren, die Universität, auch die Literatur, die Kunst, die Musik, das Theater, der Film, Wohnen, Städtebau, Umgangsformen – alles und jedes hatte sich verändert, ist bis heute verändert geblieben, ob zum Besseren, ist die Frage. Selbst die Gegner der Bewegung, Konservative, Bauernverbände, Burschenschaften, Berufssoldaten, Polizisten, CDU- und sogar CSU-Funktionäre sahen anders aus, kleideten sich anders, redeten anders, hatten sich nach diesem einmaligen, kurzen Induktionsstrom, der in diesem Jahr durch die Gesellschaft fuhr, gewandelt. Wie es dazu kam ist in „Dutschkes Deutschland“ zu lesen. *Klaus Rainer Röhl*

> Die RAF war weniger erfolgreich

***Tilman P. Fichter/Siegward Lönnendonker: „Dutschkes Deutschland. Der sozialistische Deutsche Studentenbund, die nationale Frage und die DDR-Kritik von links“**, Klartext Verlag, Essen 2011, gebunden, 318 Seiten, 19,99 Euro*

Alle Bücher sind über den PMD, Mendelssohnstraße 12, 04109 Leipzig, Telefon (03 41) 6 04 97 11, www.preussischer-mediendienst.de, zu beziehen.



Der Drache und die Fee

Eindrucksvolle Porträts der Kaiserinnen Augusta und Auguste Victoria

Bismarck sprach von der „alten Fregatte“, wenn er Kaiserin Augusta (1811–1890), die Gattin Wilhelms I., charakterisieren wollte. Der Ehefrau ihres Enkels Wilhelm II., Kaiserin Auguste Victoria (1858–1921), erging es kaum besser, sie war in den Augen des Reichskanzlers eine „holsteinische Kuh“. Der Unterschied bestand allerdings darin, dass letzteres nur verächtlich war, während das Verhältnis des Kanzlers zu Augusta gern unter der Überschrift „Feinde fürs Leben“ präsentiert wird.

Dies geschieht auch in der Augusta-Biografie von Karin Feuerstein-Praßer. Die Autorin erweitert mit „Augusta. Kaiserin und Preußin“ ihr bereits in dem Buch „Die deutschen Kaiserinnen 1871 bis 1918“ enthaltenes Porträt hier deutlich. Souverän und gut lesbar erzählt sie vom meist wenig glücklichen Leben der Kaiserin und bindet dieses zugleich in die großen Linien der deutschen Geschichte des 19. Jahrhunderts ein. Augusta, geboren als Prinzessin von Sachsen-Weimar-Eisenach, wuchs am „Musenhof“ ihres Großvaters Carl August auf, Goethe war quasi ein Familienmitglied. Eine große Liebe verband sie mit Wilhelm I. nicht, die Ehe wurde auf Wunsch der Eltern geschlossen, in späteren Jahren galt sie als vollständig zerrüttet. Augusta war unnahbar und betrachtete Berlin als ihr „Fegefeuer“. Wohlgefühlt hat sie sich wohl nur in Koblenz, als ihr Mann, damals Kronprinz, in den 1850er Jahren Generalgouverneur der Rheinprovinz war. Es war zugleich die einzige Zeit, in der sie sich einiger Beliebtheit erfreute, zumindest bei der dortigen Bevölkerung. Sie war vergleichsweise liberal, den Katholiken stand sie offen gegenüber, kriegerische Auseinandersetzungen verabscheute sie. In der Hauptstadt galt sie jedoch vielen bis zum Schluss, auch wegen ihrer Vorliebe für Koblenz, als der „Drache vom Rhein“. Später söhnte sich Augusta mit Bismarck aus. Ihre karitative Tätigkeit, etwa durch den von ihr begründeten „Vaterländischen Frauenverein“, wurde zwar anerkannt, aber eine allseits beliebte „Landesmutter“ war sie nie.

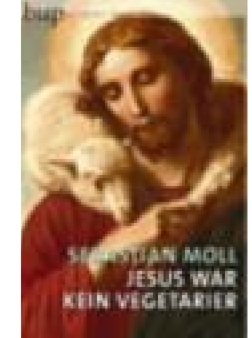
Ganz im Gegensatz zu ihrer fast unmittelbaren Nachfolgerin Auguste Victoria, wie Angelika Obert, Leiterin des evangelischen Rundfunkdienstes Berlin, in ihrem Lebensbild „Auguste Victoria. Wie die Provinzprinzessin zur Kaiserin der Herzen wurde“ über die letzte deutsche Kaiserin darlegt. Politisch hielt sich Auguste Victoria meist zurück, sie stand bedingungslos hinter ihrem Mann. Auch als sie sich im Ersten Weltkrieg zugunsten von Hindenburg einsetzte, verstand sie dies als Unterstützung Wilhelms II. Ausführlich schildert Obert, wie sich die Kaiserin vor allem mittels des von ihr gegründeten „Evangelisch-Kirchlichen Hilfsvereins“ einer Vielzahl von sozialen Notständen annahm. Der von ihr ebenfalls initiierte „Kirchenbauverein“ und die daraus resultierenden Neubauten trugen ihr den Spitznamen „Kirchenguste“ ein.

> Bismarck war von beiden Frauen nicht angetan

Menschen zu helfen, war ihr ein echtes Anliegen. Als „gute Fee“ erschien sie gern selbst inkognito bei Bedürftigen. Die vorsorgende Kinderheilkunde in Deutschland geht auf eine ihrer Initiativen zurück. Vielleicht hätte die Autorin die tiefe, wenn auch theologisch nicht allzu stark reflektierte Frömmigkeit Auguste Victorias als Motivation für ihre Tätigkeit stärker herausarbeiten können. Die von überholten Klischees geprägten Urteile über Wilhelm II. mindern zuweilen die Lesefreude des Buches.

Im Gegensatz zum Ableben Kaiserin Augustas wurde der Tod Auguste Victorias im April 1921 wirklich betrauert. Im mittlerweile republikanischen Deutschland waren 200 000 Menschen auf den Beinen, um Abschied zu nehmen, sogar ein Kranz der Potsdamer SPD wurde bei der Beisetzung gesichtet. *Erik Lommatzsch*

***Karin Feuerstein-Praßer: „Augusta. Kaiserin und Preußin“**, Piper, München 2011, broschiert, 320 Seiten, 9,95 Euro; **Angelika Obert: „Auguste Victoria. Wie die Provinzprinzessin zur Kaiserin der Herzen wurde“**, Wichern-Verlag, Berlin 2011, geb., 143 Seiten, 14,95 Euro*



Bibel contra Zeitgeist

Jesus als Vegetarier oder Frauenrechtler? Die EKD in der Kritik

Der Autor hat Mut. Mit diesem Büchlein verspielt er gerade seine kirchliche Karriere, denn er stellt sich gegen alles, was heute in den evangelischen Landeskirchen als hoch und heilig gilt: die Frauenordination, die Segnung von homosexuellen Paaren, das Verbot der Judenmission und die verfälschende Bibelübersetzung in „gerechter Sprache“.

Solche Leute werden heute nicht mehr zu Pastoren ordiniert, sondern an den kirchlichen Pranger gestellt. Dabei ist Sebastian Moll kein Dummkopf, sondern ein promovierter Theologe, der die Aussagen der Bibel – frei von zeitgeistiger Ideologie – zu Gehör und zur Geltung bringen will. Er richtet sich gegen alle Versuche, die Bibel sozusagen von allem Überflüssigen, scheinbar Antiquierten zu reinigen. Dies versuchte beispielsweise im 2. Jahrhundert auch der Häretiker Marcion, der das Neue Testament von den Einflüssen des Judentums zu reinigen versuchte. Über dieses Thema hat Moll seine Doktorarbeit verfasst.

Doch auch heute haben solche Versuche in der evangelischen Kirche Hochkonjunktur, wie der Autor verrät – erstaunlich genug für die evangelische Christenheit, wo seit Luthers Zeiten die alleinige Autorität der Heiligen Schrift gelten soll („allein die Bibel“). Doch diese seligen Zeiten sind anscheinend vorbei, folgt man den hier zitierten Verlautbarungen der theologischen Kammer der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) oder einigen Theologen, die Jesus zum Vegetarier oder Feministen machen wollen.

Regelrecht witzig wird es in Molls Verteidigungsschrift der Bibel, wenn er über die Frage nachdenkt, ob Martin Luther heute zum evangelischen Pastor ordiniert werden würde. Dazu zitiert er aus dessen Schrift von 1532 („Von den Schleichern und Winkelpredigern“), wo der Reformator mit klarsten biblischen Argumenten die Ordination von Frauen in das Predigtamt ablehnt. Moll regt daher an, ob Luther nicht konsequenterweise „posthum aus der evangelischen Kirche ausgeschlossen werden müsse“.

Moll geht es in seinem Büchlein, das sich in ein bis zwei Stunden lesen lässt, nicht um Krawall. Ähnlich wie die Apologeten in der Zeit der frühen Kirche versucht er die ursprüngliche biblische Botschaft gegenüber einem scheinbar übermächtigen Zeitgeist zu „verteidigen“. Dies war in der Kirchengeschichte zuweilen schädlich für kirchliche Karrieren, aber auf lange Sicht für den christlichen Glauben wertvoll. Im 20. Jahrhundert waren es Theologen wie Dietrich Bonhoeffer oder Joseph Kentenich, die gegen das zeitgeistige Christentum der Nationalsozialisten aufbegehrten und dafür im Konzentrationslager landeten.

Wir leben in einer Zeit, wo selbst die blödsinnigste These über den christlichen Glauben noch Abnehmer findet. Jesus ein Vegetarier, Feminist, Antidiskriminierungsbeauftragter oder gar ein Partyhai? Da hilft Moll. Er stellt viele Fragen und aktiviert dabei das Gehirn und den biblischen Glauben des Lesers. *H. E. Bues*

***Sebastian Moll: „Jesus war kein Vegetarier“**, Berlin University Press, Berlin 2011, geb., 110 Seiten, 19,90 Euro*

»Zur richtigen Zeit am rechten Ort«

Über die Leistungen des preußischen Kriegsministers Albrecht von Roon

Guntram Schulze-Wegener, Fregattenkapitän der Reserve und Autor militärgeschichtlicher Überblicksdarstellungen wie „Deutschland zur See. Illustrierte Marinegeschichte von den Anfängen bis heute“ oder „Illustrierte Deutsche Kriegsgeschichte. Von den Anfängen bis heute“, thematisiert in seinem jüngsten Buch Albrecht von Roon, preußischer Kriegsminister von 1859 bis 1873 – also während der Heeresreform und den Einigungskriegen –, daneben Marineminister von 1861 bis 1871 sowie schließlich 1873 als formeller Höhepunkt der politischen Karriere zu deren Ende auch noch Präsident des Staatsministeriums.

Wer in der preußischen Geschichte des 19. Jahrhunderts fit und firm ist und konzentrierte Informationen über Roon wünscht, wird möglicherweise eine Fokussierung auf das Thema der Arbeit vermissen. Wer allerdings auch an Handbuchwissen über die für Preußen wie Deutschland so wichtige und interessante Zeit vom Vormärz bis zur Reichsgründung Interesse hat, kann getrost zu diesem Buch greifen. Als roter Faden zieht sich durch den Text, wie Roon die Ereignisse und Entwicklungen wahrgenommen und wie er daran mitgewirkt hat.

Schulze-Wegener steht seinem Untersuchungsgegenstand nicht unkritisch gegenüber. So arbeitet er im Vergleich mit dem Eisernen Kanzler Otto von Bismarck und dem Generalstabschef Helmuth von Moltke dessen Schwächen heraus. Aber auf den Charakter Roons lässt er nichts kommen. Für ihn ist der Generalfeldmarschall der „eherne Inbegriff des Preußentums“. Schulze-Wegener mag Roon, das ist unübersehbar. Und diese Sympathie bezieht sich nicht nur auf den Mann, sondern auch auf dessen historisch bedeutendstes Werk, die Heeresreform. So spricht er im Zusammenhang mit dieser umstrittenen Reform von Kriegsminister Roon als dem „richtigen Mann zur richtigen Zeit am rechten Ort“.

> Roon als Inbegriff des Preußentums

Auf die Heeresreform bezieht sich auch die aus wissenschaftlicher Sicht interessanteste Aussage der Arbeit. Schulze-Wegener beschäftigt sich mit den Ursachen, dem Sinn und Zweck dieser Reform, die auf eine Stärkung der Linie auf Kosten der Landwehr hinauslief. Bezeichnenderweise beginnt er mit diesen Betrachtungen den mit „Macht“ überschriebenen Hauptteil seiner Biografie, der von dem Anfangsteil „Aufstieg“ und dem Endteil „Ausklang“ eingerahmt wird. Zur Einleitung referiert er die bisherigen zwei Erklärungsstränge. Da ist zum einen der heeresreformkritische Ansatz, der den Heeresreformern um Roon politische Motive unterstellt. Sie hätten in reaktionärer Absicht mit einer Entbürgerlichung der Streitkräfte durch Schwächung der Landwehr das Rad der Zeit vor die Scharnhorstsche Heeresreform mit ihrer Verbürgerlichung der Streitkräfte zurückdrehen wollen. Dem steht der heeresreformfreundliche Erklärungsansatz gegenüber, die Heeresreformer hätten mit ihrer Änderung der Wehrverfassung den Veränderungen seit den Befreiungskriegen Rechnungen getragen und einen seitdem entstandenen Reformstau aufgelöst. Schulze-Wegener versucht beide Erklärungsansätze zu entkräften, um dann einen eigenen vorzustellen.

Dazu holt er weit aus. Schulze-Wegener geht von einer chronischen zahlenmäßigen Unterlegenheit der Preußen gegenüber ihren potenziellen Gegnern aus. Dieses Dilemma lasse sich nur durch Praevenire (Zuvorkommen) kompensieren. Mit dieser Betonung der Notwendigkeit des Praevenire befindet sich der Reserveoffizier im Einklang mit den Militärs um Alfred Graf von Schlieffen, dem Vater des Schlieffenplans. Es ist allerdings auch diese Einschätzung, an der gemäß herrschender Lehre Deutschlands Mitschuld am Ausbruch des Ersten Weltkrieges vor allem festgemacht wird, habe sie doch in Kombination mit dem vielgescholtenen Primat des Militärs gegenüber der Politik dazu geführt, dass in Deutschland 1914 das Militär losgeschlagen habe, bevor die Politik alle Möglichkeiten einer friedlichen Lösung der Julikrise habe ausschöpfen können.

> Heeresreform Basis für Reichsgründung

Die von Schulze-Wegener als notwendig gepriesene Fähigkeit zum Praevenire setzt in seinen Augen eines voraus: „eiserne Disziplin“, „die heute ohne Wissen um die inneren Zusammenhänge jener Epoche gern als pure Menschenschinderei ausgelegt wird, obwohl sie keineswegs ein Manko, sondern vielmehr überlebenswichtig gewesen ist“. Es ist diese eiserne Disziplin beziehungsweise deren Einübung, die uns Schulze-Wegener in seiner Roon-Biografie als Sinn und Zweck der Heeresreform vermitteln will. Begeistert schildert der Autor, wie Friedrich der Große mit Disziplin die Schlacht von Leuthen gegen einen zahlenmäßig überlegenen Gegner gewann. Dass Preußen mit einer auf Kadavergehorsam statt Überzeugung setzenden Armee kein halbes Jahrhundert nach Leuthen bei Jena und Auerstedt fast untergegangen wäre, thematisiert Schulze-Wegener nicht. *Manuel Ruoff*

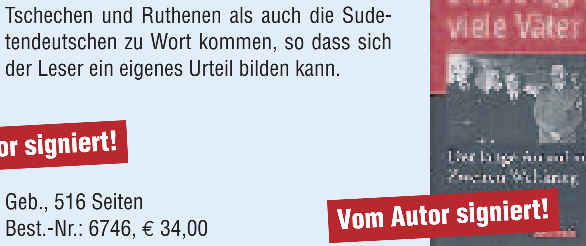
***Guntram Schulze-Wegener: „Albrecht von Roon. Kriegsminister, Generalfeldmarschall, Ministerpräsident“**, bebra wissenschaft, Berlin 2011, broschiert, 312 Seiten, 28 Abbildungen, 26,95 Euro*

Gerd Schultze-Rhonhof

Das tschechisch-deutsche Drama 1918-1939

Errichtung und Zusammenbruch eines Vielvölkerstaates als Vorspiel zum Zweiten Weltkrieg Die Besetzung der Tschechei durch deutsche Truppen von 1939 bis 1945 und die anschließende Vertreibung der Sudetendeutschen von 1945 bis 1946 werden heutzutage gemeinhin als das »tschechischdeutsche Drama des 20. Jahrhunderts« wahrgenommen. Die Zeit davor löst sich im Nebel des Vergessens auf, dennoch strahlen diese Jahre bis 1939 auf die Zukunft ganz Europas aus: Es sind die Ereignisse jener Zeit, die direkt in den Zweiten Weltkrieg führen. Deshalb ist das tschechisch-deutsche Verhältnis von 1918 bis 1939 ein entscheidender und schicksalhafter Abschnitt der deutschen Geschichte. Der Autor des Buches »1939 Der Krieg, der viele Väter hatte« untersucht nun, wie das Geschehen in der Tschechoslowakei von 1918 bis 1939 den Marsch in den Zweiten Weltkrieg ausgelöst hat. Er zeichnet ein differenziertes Bild des Vielvölkerstaats mit seinen sieben Sprachnationen und den sechs Millionen Minderheitenbürgern, die 1938 und 39 diesen Staat verlassen wollten. Er lässt dabei immer wieder sowohl die damals lebenden Slowaken, Tschechen und Ruthenen als auch die Sudetendeutschen zu Wort kommen, so dass sich der Leser ein eigenes Urteil bilden kann.





Geb., 516 Seiten
Best.-Nr.: 6746, € 34,00





Gerd Schultze-Rhonhof

1939 – Der Krieg, der viele Väter hatte

Geb., 656 Seiten
Best.-Nr.: 2261, € 39,95

Arno Surmanski

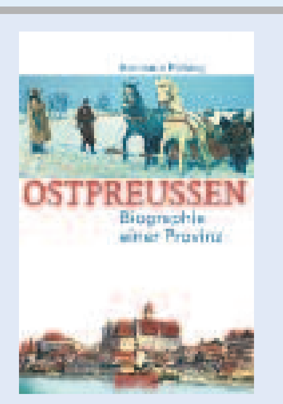


Tod eine Richters
Roman über ein ungewolltes Kind
Geb., 270 Seiten
Best.-Nr.: 7171

Die masurische Eisenbahnreise und andere heitere Geschichten
Am Lachen erkennt man den Narren, sagten die Alten.
Geb., 248 Seiten
Best.-Nr.: 6973

Das alte Ostpreußen
Bild-/Textband
In den Archiven in Warschau und Allenstein fand man Fotos, die im Auftrag des Königsberger Denkmalamtes Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts angefertigt wurden.
Großformat, Geb., 359 Seiten
Best.-Nr.: 6430



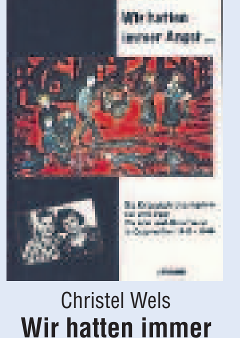


Hermann Pölking
Ostpreußen – Biographie einer Provinz
928 S., 131 Abb., 15 Karten
Best.-Nr.: 7144, € 29,95

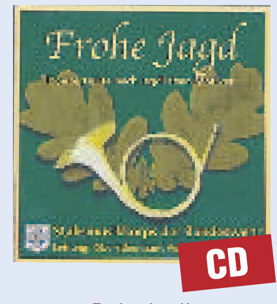
Sommer in Ostpreußen 1942
In einem Bonus-Interview kommt der Erzähler Arno Surminski zu Wort.
Laufzeit: 56 Minuten + 15 Minuten Bonusfilm,
Best.-Nr.: 6981, € 14,95

Die schönsten Volkslieder
Gesungen von Peter Schreier, Tenor und Theo Adam, Bariton mit dem Rundfunk- und Thomanerchor und dem Gewandhausorchester Leipzig unter der Leitung von Horst Neumann und der Dresdner Philharmonie unter der Leitung von Johannes Winkler
1 Wenn alle Brünnlein fließen; 2 Im Krug zum grünen Kranze; 3 Das Wandern ist des Müllers Lust; 4 Im Wald und auf der Heide; 5 Ein Jäger längs dem Weiher ging; 6 Mit dem Pfeil, dem Bogen; 7 Ein Jäger aus Kurpfalz; 8 Bald gras ich am Neckar; 9 Im schönsten Wiesengrunde; 10 Sah ein Knab' ein Röslein steh'n; 11 An der Saale hellem Strande; 12 Kein Feuer, keine Kohle; 13 Ach, wie ist's möglich dann u.v.m.
Gesamtspielzeit: 50:16 Min
Mit allen Liedertexten im Beiheft
Best.-Nr.: 6893, € 14,95

Märsche des Soldatenkönigs 1688-1740
Fahnentruppenmärsche, Grenadiermärsche, Musketiermärsche, Trupp-Märsche, Vergatterung u. Zapfenstreiche
Gesamtspielzeit: 44:33
Best.-Nr.: 7112, € 17,95



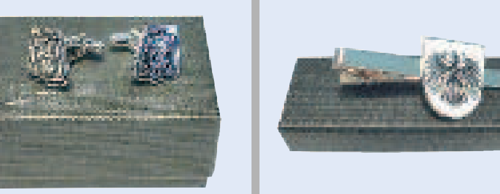
Christel Wels
Wir hatten immer Angst
Die Kriegsschicksalsjahre der Zwillinge Christel und Alice Faust in Ostpreußen
Kart., 180 Seiten
Best.-Nr.: 7099, € 12,90



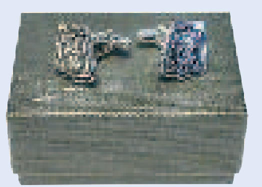
Frohe Jagd!
Konzertsuite nach jagdlichen Motiven
Es spielt das Stabsmusikkorps der Bundeswehr unter der Leitung von OTL Volker Wörrlein
15 Titel, Gesamtspielzeit: 40:57 Min
Best.-Nr.: 7180, € 14,95



Der fröhliche Ostpreuße
Lustige Geschichten und Lieder in ostpreußischem Dialekt
Laufzeit: 46 Minuten
Best.-Nr.: 1057



Husaren-Manschettenknöpfe



Silbernes Herrschermonogramm „F.W, R" mit aufgesetzter Krone auf schwarzem Grund, silbern eingefasst. Die Vorderseite ist emailliert, Maße: Breite: 17 mm, Höhe: 19 mm. Die Lieferung erfolgt in einem hochwertige Geschenkkarton.
Best.-Nr.: 7017, € 24,95

Preußen-Krawattenklammer



Preußenadler in Wappenform golden eingefaßt, emaillierte Oberfläche auf eine goldene Krawattenklammer aufgesetzt. Maße: Wappen: B: 22 mm, H: 25 mm, Klammer: B: 55 mm. Die Lieferung erfolgt in einem hochwertigen Geschenkkarton.
Best.-Nr.: 6932, € 12,95




Sommer in Ostpreußen 1942
In einem Bonus-Interview kommt der Erzähler Arno Surminski zu Wort.
Laufzeit: 56 Minuten + 15 Minuten Bonusfilm,
Best.-Nr.: 6981, € 14,95



Märsche und Balladen aus den Freiheitskriegen 1813-1815
Gesamt-Spieldauer: 58:09
Stabsmusikkorps Berlin, Heeresmusikkorps 300 Koblenz, Heeresmusikkorps 100 Hannover, Radio-Sinfonie-Orchester Berlin
Best.-Nr.: 6891, € 14,95




Peter Gosztony
Der Kampf um Berlin 1945
in Augenzeugenberichten
Geb., 436 Seiten
Best.-Nr.: 7188, € 19,95



Preußische Pickelhaube, Repro
Originalgetreue Replik einer preußischen Pickelhaube. Leder mit Metallbeschlägen. Einheitsgröße mit verstellbarem Kinnriemen.
Best.-Nr.: 7059, € 139,95

Ostpreußen-Seidenkrawatte



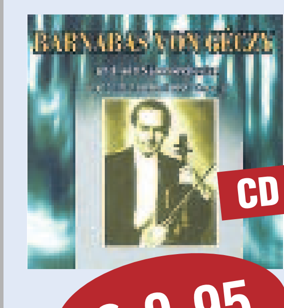

Edle Seidenkrawatte in den Farben Preußens mit der Elchschaufel Farben: schwarz/weiß mit der Elchschaufel
Best.-Nr.: 7091



E. Windemuth
Ostpreußen – mein Schicksal
Eine Tragödie der Vertreibung
Kart., 144 Seiten mit Abb.
Best.-Nr.: 4494, € 16,00



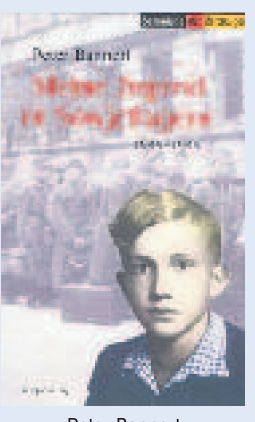
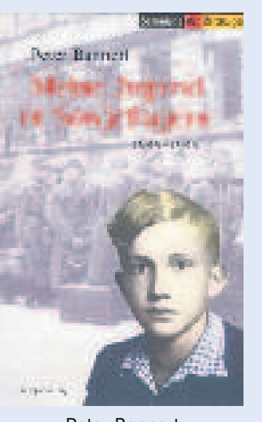
Traupaar des deutschen Films
Willy Fritsch und Lilian Harvey
insges: 13 Titel Inhal
Best.-Nr.: 7185



Barnabbas von Geczy und sein Salonorchester
Sag' beim Abschied leise „Servus"
21 Titel
Best.-Nr.: 3304



Ostpreußen wie es war
In Filmaufnahmen aus den 20er und 30er Jahren werden Kultur und Tradition Ostpreußens wieder lebendig. Mit dem Bonusfilm „Alltag in Ostpreußen", Laufzeit: 72 Minuten + 45 Minuten Bonusfilm
Best.-Nr.: 3656, € 19,95

Peter Bannert
Meine Jugend in Sowjetlagern 1945-49
Kart., 178 Seiten
Best.-Nr.: 7173, € 12,90

Rundstempel



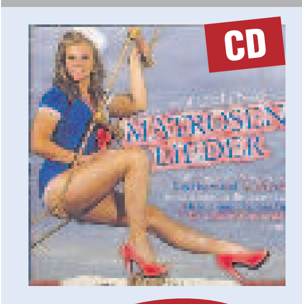


Best.-Nr. 6216
Best.-Nr. 6472
Best.-Nr. 5538
Best.-Nr. 5539

pro Stück nur € 12,95



Udo Ulfkotte
Mein Feld, mein Wald, mein Teich
Gebunden, 272 Seiten, zahlreiche Abbildungen
Best.-Nr.: 7190, € 19,95



Soldaten- und Matrosenlieder
insgesamt 31 Titel
Best.-Nr.: 7182



Deutsche Märsche
insgesamt 60 Titel
Best.-Nr.: 7183



Wir machen Musik!
Deutsche Tonfilmperlen der 20er bis 40er Jahre
Mit Hans Albers, Zarah Leander, Willy Fritsch, Margot Hielscher, Heinz Rühmann u.a.
Inhalt: Ich bin nur ein armer Wandergesell, Der Vetter aus Dingsda, Ein Freund, ein guter Freund u.v.a.
36 Titel auf 2 CDs
Best.-Nr.: 7074, € 12,95

Preußen-Schlüsselanhänger



Preußenadler im Wappen auf den Farben Preußens Oberfläche des Emblems ist emailliert
Best.-Nr.: 6776, € 4,95

Elchschaufel-Schlüsselanhänger rund



Schlüsselanhänger
mit der Elchschaufel.
Durchmesser 30 mm.
Best.-Nr.: 6829, € 4,95

Memelland-Schlüsselanhänger



Mit den Farben und dem Wappen der Stadt Memel
Best.-Nr.: 7111, € 4,95

Elchschaufel-Schlüsselanhänger



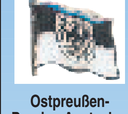
Elchschaufel-Schlüsselanhänger
Best.-Nr.: 6638, € 4,95

Königsberg-Schlüsselanhänger



Stadtwappen Königsbergs auf den Farben Preußens Oberfläche des Emblems ist emailliert
Best.-Nr.: 6775, € 4,95

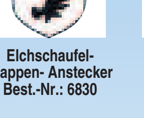
Heimat-Anstecker



Ostpreußen-Provinz-Anstecker Best.-Nr.: 5889
Ostpreußen-Elchschaufel-Anstecker Best.-Nr.: 6055
Königsberg-Anstecker Best.-Nr.: 6056
Westpreußen-Anstecker Best.-Nr.: 6504



Sudetenland-Anstecker Best.-Nr.: 6880
Schlesien-Anstecker Best.-Nr.: 6778
Elchschaufel-Wappen-Anstecker Best.-Nr.: 6830
Elchschaufel-Anstecker Best.-Nr.: 6642

Preußenadler-Flaggen-Anstecker Best.-Nr.: 6722
Preußen-Anstecker Best.-Nr.: 6057
Pommern-Anstecker Best.-Nr.: 6928





Alfred de Zayas
Verbrechen an Deutschen
Deportation, Zwangsaussiedlung u. ethnische Säuberung
Laufzeit: ca. 92 Min.
Best.-Nr.: 7129, € 9,95

Abzeichen Volksabstimmung Ostpreußen



Replik eines Originalabzeichens
Inschrift: Abstimmung: Ost- und Westpreußen 11.7. 1920
Durchmesser: 25 mm, an Nadel mit Sicherungshülse
Best.-Nr.: 6925, € 6,95

Königsberg-Wappen Nadel



Königsberg-Wappen Nadel
Das Königsberger Wappen farbig dargestellt mit Inschrift „Königsberg Pr" Maße: Breite 15 mm, Höhe 19 mm, an langer Nadel mit Nadelsicherung
Best.-Nr.: 7126, € 3,95



PMD Preußischer Mediendienst
Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden oder faxen an: Preußischer Mediendienst
Mottelerstraße 7 · 04155 Leipzig · Tel. (03 41) 6 04 97 11 · Fax (03 41) 6 04 97 12

28/12

Lieferung gegen Rechnung. Achtung! Die Versandkostenpauschale beträgt nur € 3.50*, ab einem Bestellwert von € 80.00 ist die Lieferung versandkostenfrei *nur gültig bei Versand innerhalb Deutschland ohne Inseln. Auslandslieferung gegen Vorkasse, es werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. Videofilme, DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Bestellcoupon



Menge	Best.-Nr.	Titel	Preis

Vorname: Name:
Straße/Nr.: Telefon:
PLZ/Ort:
Ort/Datum: Unterschrift:

Über 1500 weitere Artikel finden Sie auch in unserem Internetshop www.preussischer-mediendienst.de

MELDUNGEN

Aufruf zur Auswanderung

Lissabon – Portugals Ministerpräsident Pedros Passos Coelho hat die Jugend seines Landes aufgefordert, übers Auswandern nachzudenken. Die Jugendarbeitslosigkeit stieg seit 2000 von damals 9,6 auf zuletzt 36,6 Prozent. Seit Beginn der Krise 2009 verließen jedes Jahr laut Schätzungen 120 000 bis 150 000 Menschen das Zehn-Millionen-Einwohner-Land. Zuvor hatte Portugal seit Einführung des Euro mehr Ein- als Auswanderer registriert. *H.H.*

Schlaflos durch Netzwerke

London – Laut einer Untersuchung der britischen Universität Salford mindert die Teilnahme an sogenannten „sozialen Netzwerken“ übers Internet das Selbstwertgefühl. Von 300 Probanden sagte knapp die Hälfte, dass der Vergleich mit anderen Leuten bei „Facebook“, „Twitter“ und Co. bei ihnen Minderwertigkeitsgefühle auslöse. Zwei Drittel gaben an, nach der Nutzung der Netzwerke schlecht schlafen oder entspannen zu können. *H.H.*

ZUR PERSON

Die Feder des großen FJS

Im August wird bei Bastei Lübbe (Quadriga) der Buchtitel „Bayern kann es auch allein – Plädoyer für den eigenen Staat“ erscheinen. Der Autor ist – nein, kein Vertreter der Bayernpartei, sondern niemand anderer als **Wilfried Scharnagl**, das Urgestein der CSU und Alter Ego des großen FJS.

Dessen Satz: „Was Strauß denkt, schreibt Scharnagl, was Scharnagl schreibt, denkt Strauß“, wurde berühmt. Strauß sagte den Satz vor versammelter Öffentlichkeit im Bayerischen Hof zu München, als Scharnagl dort sein Buch „Franz Josef Strauß – der Mensch und Staatsmann“ vorstellte.

Nun wissen wir nicht genau, was Scharnagl, der 1938 geborene legendäre „Bayernkurier“-Chefredakteur von 1977 bis 2001, in seinem neuen Werk darlegen wird. Ein bisschen besorgt macht uns der Titel aber gerade hier im Norden schon, trotz Artikel 37 GG (Bundeszwang). Gerade weil wir ja wissen, dass es Bayern al-



leine könnte. Wir aber nicht ohne Bayern! Es ist ja jetzt mit 3,7 Milliarden Euro das größte Geberland des Länderfinanzausgleichs. Nicht zuletzt Berlin, die alte Hauptstadt Preußens, hängt am bayerischen Tropf.

Außerdem hat Peter Gauweiler, ein weiterer Prachtbayer, der jetzt erneut gegen die europäische Transferunion klagt, das Vorwort zu Scharnagls Buch geliefert. Und was erklärte Gauweiler gerade erst im „Handelsblatt“? „Für Bayern“, so der schwarze Peter, „ist es eher relativ, ob uns die Vorschriften der anderen, wie wir unser Leben zu gestalten haben, aus Berlin oder Brüssel erreichen. Beide zusammen als Vorschriftenmacher sind eindeutig zu viel – das schaffen wir nervlich nicht.“

Ja Kruzitürken, was sollen wir heroben denn sagen, wenn ihr da herunten schon die Nerven verliert? *Michael Leh*



Zeichnung: Mohr

Frisierter Hohlkörper

Warum wir die V-Leute zu Unrecht schelten, wieso wir uns so gern ablenken lassen, und wie uns Rumänien die Zukunft zeigt / Der Wochenrückblick mit Hans Heckel

Nun kriegen's die Jungs vom Verfassungsschutz aber richtig dicke. Alle dreschen auf sie ein. Immer wieder im Mittelpunkt steht die Spezies „V-Mann“, also die nebenamtlichen Spitzel im trüben Milieu. Der Skandal: Jede Menge von diesen Typen hat Geld vom Staat kassiert und gleichzeitig ordentlich auf die braune Tube gedrückt wie der Chef des „Thüringer Heimatschutzes“ Tino Brandt. Der „Heimatschutz“ war der ideologische Brutkasten für das „Zwickauer Trio“.

Kann denn das angehen, dass die unsere Steuergroschen an Leute verplempern, die damit Staatsfeinde produzieren, auf die dann später mit noch mehr Steuergeld aufgepasst werden muss? Die Antwort ist verblüffend einfach: Ja, und es muss sogar, denn die V-Mann-Branche folgt wie alle anderen Wirtschaftssparten den simplen Gesetzen der Betriebswirtschaft.

Wie sieht er denn aus, der gemeine V-Mann? Meist sind es prekäre Existenzen, Schule hat mal so eben geklappt, der Eintritt ins Berufsleben wurde irgendwie verstolpert, Frust baut sich auf und fällt bei den braunen Kameraden auf fruchtbaren Boden. Nur Geld gibt's da auch keins zu holen, weshalb man sich Gedanken machen muss, wie sich das karge Hartz-IV-Salär anderweitig aufbessern lässt. V-Mann zu werden liegt da nahe.

Stellen Sie sich vor, Sie sind der V-Mann bei der „Kameradschaft Adolf und Eva“, jeden Monat geht's zum Gespräch beim V-Mann-Führer, der ihnen ein paar hübsche Scheinchen rüberreicht. Tino Brandt brachte es auf zusammen 200 000 Mark, wofür man in den 90ern in etwa so viel bekam wie heute für 200 000 Euro. Schönes, bequemes Leben: Hier ein bisschen rumkrakeelen, dort ein wenig singen und immer schön ausschlafen – wunderbar!

Doch nun geschieht etwas Schreckliches: Ihre Kameraden von „Adolf und Eva“ haben die Memoiren von Andrea Nahles gelesen, sind davon restlos entflammt und wollen als „Aussteiger“ künftig bei der Verdi-Jugend „gegen rechts“ mitmarschieren! Das bedeutet: Ihre wirtschaftliche Existenz als V-Mann ist akut bedroht, und Sie müssten wieder Pfanddosen sammeln in der Säuferecke am Hauptbahnhof, da, wo die ganz harten Alkis abhängen, die nicht mal mehr das mit dem Dosenwegbringen gebacken kriegen. Igitt!

Um das zu verhindern, gibt es nur zwei Wege: Entweder Sie holen Ihre wankenden Kameraden zurück ins Boot des Nationalsozialismus, oder Sie schwärmen aus, um ahnungslose 16-Jährige von den Vorzügen der braunen Idee zu überzeugen und bauen mit denen den Laden wieder auf. So fabrizieren Sie also „Nazis“ mit dem Geld des Staates.

Der V-Mann teilt das paradoxe Schicksal vieler Berufstätiger, die sich mit der Bearbeitung eines bestimmten Problems befassen. Verschwindet das Problem, haben sie selber eines, und zwar ein existenzielles. Also sind sie selbst daran interessiert, nie vollständig Erfolg zu haben.

> V-Mann ist ein toller Job: Hier krakeelen, dort ein wenig singen und immer ausschlafen

Wir können uns sicher sein, dass wir nie eine Frauenbeauftragte erleben werden, die verkündet, dass es in ihrer Gemeinde keine gravierende Frauendiskriminierung mehr gibt, weshalb man ihre Stelle streichen könne. Sie wird weiter und weiter gegen die „alltägliche Benachteiligung von Frauen in allen Lebensbereichen“ zetern, selbst wenn sich unter den 20 000 Einwohnern ihres Arbeitsgebiets nur noch 20 Männer finden, die elektronische Fußfesseln tragen müssen und nachts zentral interniert werden.

Ebenso weiß ein schlauer V-Mann, dass er ohne vitales Nazi-Problem harten Zeiten entgegen geht. Also wird er dafür sorgen, dass er seine Beobachtungsobjekte bei der braunen Stange hält und womöglich noch welche hinzu rekrutiert.

Allerdings wäre es ungerecht, der V-Mann-Branche vorzuwerfen, sie lebe wie ein Haufen Parasiten von unseren Steuergeldern und richte damit auch noch Schaden an. Eine gut geölte Nazi-Szene kann dem Staat durchaus nützlich sein. Schließlich werden dort regelmäßig Skandale hervorgebracht, welche die Aufmerksamkeit des Publikums ablenken können von Sachen, die die Menschen gar nicht so genau sehen sollen.

Die Methode der gezielten Ablenkung funktioniert auch auf EU-Ebene. Monatelang hat sich das gesamte etablierte Europa auf die finsteren Ungarn eingeschossen, weil dort eine Mitte-Rechts-Regierung, die den EU-Partnern nicht passt, das Kommando hat. Man konnte den Eindruck gewinnen, dass in Budapest eine faschistische Diktatur im Werden ist. Wir waren alle sehr besorgt.

Mit dieser tiefen Sorge hat man uns derart beschäftigt, dass wir gar keine Zeit mehr hatten, einen Blick auf Ungarns Nachbarland Rumänien zu werfen. Dort nutzt der neue Ministerpräsident Victor Ponta den Windschatten des Ungarn-Getöses, um in aller Schnelle einen Staatsstreich zu organisieren. Ponta ist Chef der Sozialdemokraten. Die sind aus Nicolae Ceausescus Kommunisten hervorgegangen und genießen die feste Unterstützung der EU-Sozialdemokraten.

Der 39-Jährige hat nach seiner Machtübernahme Anfang Mai sofort angefangen aufzuräumen: Erst setzte er den Parlamentspräsidenten ab, dann beschnitt er die Befugnisse des Verfassungsgerichts drastisch und nun will er den konservativen Präsidenten Traian Basescu aus dem Weg räumen – alles mehr oder minder unter Bruch der Verfassung.

Abgesetzt ist auch der Leiter des Nationalarchivs, wo die Zeugnisse der kommunistischen Gewaltherrschaft verwahrt werden. Ebenso der Chef des staatlichen Fernsehens und der des Instituts für die Aufarbeitung der politischen Verbrechen von Pontas Partei vor 1989. Fort ist überdies der Ombudsmann, der die Bürger bei Beschwerden gegen Regierungsorgane vertreten hat. Ponta säubert wie ein kleiner Stalin, zum Glück nicht so blutig, dafür aber sehr viel flinker.

Martin Schulz, deutscher Sozialdemokrat und Präsident des EU-Parlaments, findet das alles ganz unproblematisch: „Soweit ich das sehe, ist das Vorgehen der Regierung Ponta legal.“ Benötigt er eine neue Brille? Ach, was soll das Gemaule: Legal, illegal – wen interessiert das noch? Rumänien ist Mitglied einer EU, in der man sich von solchem Klimperkram längst freigemacht hat, wo gesetzeskräftige Verträge gequetscht und gedehnt, gedreht und gebogen und manchmal auch ganz einfach gebrochen werden, wie es den Herrschenden gerade passt. Warum sollte Ponta seinen Bürgern also noch ein demokratisches Bullerbü vorgaukeln, wo auf der wichtigeren Ebene, der europäischen nämlich, der Putsch längst tägliche Praxis ist?

Statt ihn zu schelten, sollten wir dem Rumänen dafür danken, dass er uns wie kein anderer einen Blick darauf ermöglicht hat, wie die europäische Demokratie der Zukunft aussieht: Wo früher die demokratischen Instanzen und Regularien herrschten mit Gewaltenteilung und strikter Bindung an die Verfassung, da sehen wir demnächst einen sozialdemokratisch frisierten Hohlkörper, der sich auf dem Weg seiner „alternativlosen“ Politik von keinem Gesetz, keinem Vertrag und keiner Verfassung mehr nerven lässt.

Unangenehm ist nur, dass der Putsch in Bukarest so ganz offen und ungeschminkt vonstattengeht, weshalb sich mittlerweile Unmut breitmacht unter einigen EU-Partnern. Was dem Genossen Ponta da helfen könnte, wäre eine handfeste „Gefahr von rechts“, die „zügiges und entschlossenes Handeln ohne Tabus“ zwingend erforderlich macht. Wehe dem, der noch nach der „Verfassung“ kräht, wenn es um die Verhinderung eines neuen Faschismus geht.

Hier könnten wir Victor Ponta aushelfen. Wir müssten bloß ein paar Dutzend V-Leute mit der rumänischen Sprache vertraut machen und anschließend in den Straßen von Bukarest aussetzen. Keine sechs Monate später würde sich unser rumänischer Freund einer munteren Nazi-Szene erfreuen können, die ihm ganz andere Möglichkeiten zum Durchgreifen eröffnet.

MEINUNGEN

Der CDU-Politiker und Nahost-Kenner **Jürgen Todenhöfer** *hat* **Syrien** *besucht und mit allen Seiten gesprochen. In der „Bild“-Zeitung (9. Juli) erhebt er gegen die vom Westen unterstützten* ***Rebellen schwere Vorwürfe:***

„Die radikalisierten Gruppen der Rebellen kritisiere ich, weil sie gezielt Zivilisten töten und diese anschließend als Opfer der Regierung ausgeben. Diese ‚Massaker-Marketing-Strategie‘ gehört zum Widerlichsten, was ich in kriegerischen Auseinandersetzungen jemals erlebt habe. Ich werfe den radikalen Gruppierungen der Rebellen vor, dass sie sich inzwischen mit El-Kaida-Kämpfern verbündet haben.“

In einem gemeinsamen Beitrag für die „Frankfurter Allgemeine“ (10. Juli) verteidigen die Wirtschaftswissenschaftler ***Hans-Werner Sinn*** *und* ***Walter Krämer*** *ihre* ***Kritik am ESM*** *und den jüngsten Brüsseler EU-Gipfel-Beschlüssen:*

„Der Ablauf ist immer der gleiche: Erst werden wir mit dem Placebo der politischen Schranken und Verhaltensmaßregeln bewogen, unser Portemonnaie zu zücken, und wenn das Portemonnaie erst einmal auf dem Tisch liegt, werden wir bedrängt, auf die politischen Schranken zu verzichten. Das Spiel hat sich mittlerweile so häufig wiederholt, dass wir nicht verstehen, woher die deutsche Regierung und einige unserer Kollegen die Hoffnung nehmen, dieses Mal könnte es anders sein.“

Teilchen-Jagd

Seit Demokrit bereits kapiert
Atome jeder Gimpel:
Was unteilbar sich tituliert,
muss auch es sein – wie simpel!

Indes, vor Jahren schon begann
es störend aufzufallen,
dass man die Dinger spalten kann
und manche selbst zerknallen.

Das quält als echtes Kernproblem
bereits ein ganzes Weilchen,
denn wie bestimmt man im System
Partikel oder Teilchen?

Die sind ja klein und blitzgeschwind,
sodass – fürwahr zum Jammern –
sie bestenfalls erahnbar sind
als Spur in Nebelkammern.

Und während man sich irgendwie
im Trüben weiterhantelt,
ist außerdem die Theorie
noch unscharf und zerquantelt!

Inzwischen gibt's auch laufend mehr
an Teilchen, an verqueren,
denn jeweils muss ein neues her,
die alten zu erklären.

Drum forschten alle mit Elan,
dass man ein letztes finde,
das den gespaltnen Teilchen-Klan
am Ende doch verbinde.

Und nun, so heißt es, sei's entdeckt,
das kleine unbekannte –
das man fürs Marketing perfekt
gleich „Gott-Partikel“ nannte!

Zwar steht nicht fest, ob alles passt,
und viele werden fragen:
Warum posaunt man's aus voll Hast?
Ich will's euch gerne sagen:

Denn seht die Pleite-Union:
Man hofft jetzt im Geheimen,
zur Not sie mit dem „Higgs-Boson“
noch halbwegs zu verleimen!

Pannonicus